

ID Verlag Berlin

Joachim Hirsch
Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat

ID Verlag Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
I. Globalisierung des Kapitals, Staat und Demokratie	
Was heißt »Globalisierung«?	14
Transformation des Staates: auf dem Weg zum »nationalen Wettbewerbsstaat«	28
Das neue kapitalistische Weltsystem: Ende des Imperialismus?	41
Demokratie und Staatsbürgerschaft	55
II. Die Krise des bürgerlichen Nationalstaats	
Globalisierung des Kapitals und die Transformation des Sicherheitsstaats	70
Die Krise des politischen Universalismus	85
III. Von der Klassen- zur »Zivil«-Gesellschaft	
Was bedeutet eigentlich »Gesellschaft«?	102
Globalisierung des Kapitals und die Umwälzung der Klassenverhältnisse	107
»Zivilgesellschaft«: das Ende einer Begriffskonjunktur	122
Von der »Zivil«- zur »Bürgergesellschaft«: Etappen eines anscheinend unaufhaltsamen Abstiegs	128
IV. Was bleibt von linker Politik?	
Globalisierung des Kapitals, Klassen und Kämpfe	138
Perspektiven internationaler Solidarität	149
Außerparlamentarische Politik: Ein Auslaufmodell?	160
Literaturverzeichnis	168
Publikationsnachweis	171

ID Verlag
Postfach 360205
D-10972 Berlin

ISBN: 3-89408-070-1

1. Auflage 1998

Titel: SupportAgentur, Berlin
Layout: seb, Hamburg
Druck: Winddruck, Siegen

Buchhandelsauslieferung
BRD, A und NL: SoVa, Frankfurt/M.
CH: Buch Service Basel

Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat

1989 ist, wenn man so will, das kurze 20. Jahrhundert zu Ende gegangen, das mit der russischen Oktoberrevolution begonnen hatte. Sein Verlauf war gekennzeichnet durch die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, die »Machtergreifung« des Faschismus, seine Niederwerfung durch die Alliierten des zweiten Weltkriegs und den darauf folgenden Beginn des Kalten Kriegs. Unter dem Gegensatz zwischen dem von den USA dominierten »freien Westen« und dem sowjetischen Lager bildete sich in der Nachkriegszeit der als »fordistisch« bezeichnete Kapitalismus heraus, charakterisiert durch eine erhebliche Ausweitung des Staatsinterventionismus, die Einbeziehung der Lohnabhängigenorganisationen in die staatlichen Regulierungsmechanismen, tayloristische Massenproduktion und Massenkonsum sowie einen systematischen Ausbau des bürokratischen Sozialstaats. Grundlage für diese historisch besondere Form des Kapitalismus waren die globalen Kräfteverhältnisse, die sich als Folge von Revolution, Konterrevolution, Krieg und internationaler Systemkonkurrenz herausgebildet hatten. Eine Zeit lang konnte der Eindruck entstehen, als wäre das »goldene Zeitalter« eines sozialstaatlich »zivilisierten« Kapitalismus eröffnet worden, gekennzeichnet durch hohe Wachstumsraten, rasch zunehmende Masseneinkommen, umfassende soziale Sicherung und Vollbeschäftigung. Die Sicherung des Kapitalprofits und ein kontinuierliches Wachstum des allgemeinen Wohlstands schienen miteinander vereinbar geworden zu sein.

Die Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre machte allerdings deutlich, daß der kapitalistische Klassenwiderspruch nur vorübergehend, als Folge einer historisch einmaligen politischen Situation, als entschärft erscheinen konnte. Im Gefolge dieser Krise formierten sich die politisch-sozialen Kräfte neu und das internationale Kapital leitete in Zusammenarbeit mit den in vielen Teilen der Welt an die Macht gekommenen neoliberalen Regierungen eine grundlegende Restrukturierung des kapitalistischen Systems ein. Die

Stichworte dafür sind Flexibilisierung, Deregulierung und Internationalisierung der Produktion. Mit der strategisch durchgesetzten Entfesselung des Markts kehrte, wenn man so will, der Kapitalismus wieder zu seinem Normalzustand zurück, eine Entwicklung, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entscheidend befördert wurde.

Wenn heute von »Globalisierung« geredet wird, so ist darunter im wesentlichen diese Strategie der Krisenlösung mit allen ihren politischen und sozialen Folgen zu verstehen. Eben dieser Zusammenhang wird allerdings im öffentlichen Diskurs in der Regel unterschlagen. »Globalisierung« ist inzwischen zu einem schwammigen Begriff geworden, der vieles meint, wenig sagt und alles rechtfertigt. Er zeichnet sich durch eine erhebliche analytische Unschärfe aus und ist gerade deshalb als ideologische Propagandaformel zur Legitimierung kapitalistischer Restrukturierungsprozesse, oder genauer: als Begleitmusik einer neuen Phase des internationalen Klassenkampfes geeignet.

Will man begreifen, was sich hinter dieser Entwicklung verbirgt, welche Interessen dabei im Spiel sind und welche gesellschaftlichen Widersprüche sich damit verbinden, so muß man sich auf die weltgeschichtlichen Prozesse und Umbrüche beziehen, die das zurückliegende Jahrhundert bestimmt haben. Mit einer ideologiekritischen Auseinandersetzung mit dem »Neoliberalismus« ist es dabei nicht getan. Es kommt vielmehr darauf an, die mit diesem historischen Transformationsprozeß des Weltkapitalismus verbundenen realen ökonomischen, sozialen und politischen Strukturveränderungen zu begreifen. Sie beinhalten nämlich auch die Notwendigkeit, sich von vielen traditionellen politischen Orientierungen zu verabschieden. Die Krise des »fordistischen« Nachkriegskapitalismus, die darauf folgende Globalisierungsoffensive, die imperialistische Neuordnung der Welt einschließlich des Endes der Sowjetunion haben nicht nur das staatssozialistische Experiment endgültig erledigt, sondern auch den sozialdemokratisch-staatsreformistischen Strategien zur Gesellschaftsveränderung den Boden entzogen.

Die politischen Folgen dieses Prozesses machen sich besonders deutlich an der Transformation des bürgerlich-kapitalistischen Staats fest. Der fordistische »Sicherheitsstaat« der Nachkriegsära hatte ein doppeltes Gesicht: Auf der einen Seite war er ein »Wohlfahrtsstaat«, der breite gesellschaftliche

Gruppen materiell zu integrieren beanspruchte. Auf der anderen Seite funktionierte er als ein bürokratischer, politische Abweichungen repressiv verfolgender Überwachungsstaat. Er bildete damit den Bezugspunkt von sowohl sozial-demokratischen Reformstrategien als auch einer radikalen, gegen den »autoritären Etatismus« (Poulantzas) der fordistischen Ära gerichteten Staatskritik. Die mit dem Stichwort »Globalisierung« bezeichneten ökonomisch-sozialen Umbauprozesse haben mittlerweile die Struktur, Position und Funktion der Staatsapparate tiefgreifend verändert. Der »Sicherheitsstaats« wurde zum historisch neuen Typ des »nationalen Wettbewerbsstaats« umgeformt, dessen grundlegende politische Priorität in der Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen für ein grenzüberschreitend flexibel gemachtes Kapital besteht. Die damit verbundene Veränderung in der gesellschaftlichen Rolle des Staatensystems beinhaltet nicht einfach eine Schwächung oder einen Souveränitätsverlust des Staats, wie oft behauptet wird. Der »nationale Wettbewerbsstaat« bleibt – wenn auch in gewandelten Formen – ein autoritärer und starker Staat. Verändert haben sich aber die politisch-sozialen Ausgrenzungsmuster, die Feindbilder und Legitimationsbeschaffungsmechanismen. Diese Transformation des Staats war nicht das Ergebnis einer sachzwanghaften Gesetzmäßigkeit, sondern einer politisch durchgesetzten kapitalistischen Krisenlösungsstrategie. Sie hat allerdings Bedingungen geschaffen, die nicht nur eine Reformulierung der Kapitalismus- und Staatstheorie, sondern auch ein gründliches Überdenken traditioneller Konzepte emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung notwendig machen.

In diesem Band ist eine Reihe von Beiträgen zu dieser Thematik versammelt, die zum Teil auf früher publizierten Manuskripten beruhen. Diese sind jedoch zum Teil erheblich überarbeitet und aktualisiert worden. Bei den ersten vier Beiträgen handelt es sich um Vorträge, die ich in den Jahren 1996 und 1997 in Mexiko, Süd-Korea und Argentinien gehalten habe. Alle Beiträge beziehen sich auf Fragestellungen und Argumentationen, die ich in dem 1995 im ID Verlag erschienenen Buch »Der nationale Wettbewerbsstaat« zur Diskussion gestellt habe. Damit hatte ich an den 1980 erstmals publizierten Band »Der Sicherheitsstaat« angeknüpft, in dem ich versuchte, die spezifische Struktur des »fordistischen« Staats der Nachkriegszeit auf den Begriff zu bringen. Die vorliegenden Texte beziehen sich auf die mit dem

Übergang vom »Fordismus« zum »Postfordismus« verbundenen staatlichen Transformationsprozesse und die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen. Diese sind meines Erachtens nicht zuletzt darin zu sehen, daß die – in linken Diskussionen traditionell eher vernachlässigte – »demokratische Frage« neu gestellt werden muß. Dies zu tun heißt allerdings auch, sich von überkommenen Politikbegriffen und politischen Orientierungen zu lösen.

Da die meisten dieser Beiträge nur schwer oder überhaupt nicht in deutscher Sprache zugänglich sind, schien es sinnvoll, sie noch einmal gesammelt zu veröffentlichen. Sie beleuchten nicht zuletzt Aspekte, die in den Buchveröffentlichungen zu kurz gekommen sind, stellen grundlegende Thesen pointierter dar und sind wohl auch sprachlich etwas leichter zugänglich. Die Texte sind systematisch geordnet, können aber ohne Schwierigkeiten einzeln gelesen werden. Abgeschlossen sind die darin ausgeführten Analysen und konzeptionellen Überlegungen keinesfalls. Ich hoffe aber, daß sie Anregungen für die notwendigen politischen und theoretischen Diskussionen geben können.

Frankfurt/Main, im Januar 1998

Joachim Hirsch

- Globalisierung
des Kapitals,
Staat und Demokratie

Was heißt »Globalisierung«?

I. Zwischen Begriff und Fetisch

Der Begriff »Globalisierung« wird in der öffentlichen Diskussion ebenso inflationär wie schwammig gebraucht. Es geht dabei, wie man schnell feststellen muß, um recht komplexe Zusammenhänge. Dies bedeutet, daß es kaum möglich sein wird, die gesamte Problematik auf knappem Raum auch nur einigermaßen umfassend zu behandeln. Ich will mich deshalb darauf beschränken, einige grundlegende Aspekte aufzuzeigen und wichtige Fragen anzuschneiden. Auf viele Einzelheiten muß ich verzichten, manchmal auch auf ausführliche Begründungen und vor allem auf eine breitere Darlegung des theoretischen Hintergrunds meiner Argumentation (vgl. dazu vor allem Hirsch 1995).

»Globalisierung« ist in aller Munde, aber gleichzeitig wird darunter höchst Verschiedenes verstanden. Das ist natürlich vom politischen und theoretischen Standpunkt abhängig. Für die einen enthält sie das Versprechen auf einer bessere und friedlichere Welt, für die anderen verbindet sich damit die Vorstellung eines globalen Chaos. In diesem Kapitel werde ich versuchen, einen theoretisch begründeten Begriff von Globalisierung zu entwickeln. Ich hoffe, damit die Grundlagen dafür zu schaffen, in den folgenden Teilen einige wichtige Aspekte dieser Entwicklung genauer behandeln zu können, um am Ende auf die Frage nach den Dimensionen einer demokratischen Politik unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen einzugehen.

Schauen wir erst einmal, was sich im Alltagsbewußtsein mit »Globalisierung« verbindet. Offenbar recht Unterschiedliches: Internet, Coca-Cola, Satellitenfernsehen, IBM, Freihandel, e-mail, der Sieg der »Demokratie« über den »Kommunismus«, die Schaffung regionaler Wirtschaftszonen wie im Fall der Europäischen Union oder der Nordamerikanischen Freihandelszone, Hollywoods Soap Operas, Microsoft, weltumspannende Finanzspekulationen, die Klimakatastrophe, vielleicht auch die Vereinten Nationen und

die »humanitären« Militärinterventionen, die in ihrem Namen durchgeführt werden. Dies sind nur wenige Beispiele.

»Globalisierung« ist also mehr als ein wissenschaftlicher Begriff. Im gewissen Sinne ist er heute eher ein *Fetisch*. D.h., das Wort wird häufig gebraucht, aber meist nicht genau verstanden, bedeutet oft Gegensätzliches, die Bedeutungen haben aber eines gemeinsam: Es wird so etwas wie eine geheime Macht bezeichnet, die die Welt bewegt, unser aller Leben bestimmt und uns immer stärker beherrscht. Jedenfalls gibt es heute kaum ein gesellschaftliches Problem, keine Katastrophe und keine Krise, die nicht mit »Globalisierung« in Zusammenhang gebracht würden. Und sie muß ebenso dazu herhalten, den Menschen immer größere materielle Opfer abzuverlangen. Gleichzeitig verbinden sich damit aber auch große Hoffnungen: auf eine geeinte, sichere und friedliche Welt, gar auf die Möglichkeit einer demokratischen »Weltregierung«. Entsprechend groß ist die Konjunktur ideologischer Begriffe im Zusammenhang mit Globalisierung: Man redet von der Welt als einem »globalen Dorf«, von einer »Weltgesellschaft« oder gar einer »Völkergemeinschaft«.

Dem Glauben an das Heraufziehen einer friedlichen und humanen »Weltgesellschaft« widersprechen allerdings alle praktischen Erfahrungen: Kriege und Bürgerkriege nehmen zu, die sozialen Spaltungen sowohl innerhalb der einzelnen Gesellschaften als auch auf internationaler Ebene werden größer, Rassismus, Nationalismus und der sogenannte »Fundamentalismus« scheinen immer gefährlicher zu werden, nicht zu vergessen schließlich die anschwellenden Massenfluchtbewegungen, die immer häufiger an hermetisch geschlossene nationale Grenzen stoßen.

Bei all diesen widersprüchlichen Bedeutungen ist »Globalisierung« inzwischen zu einem Alltagswort geworden und bestimmt immer mehr die öffentliche Diskussion. Und dies, obwohl die Entdeckung, daß die Erde eine runde Kugel ist, nun doch schon einige Jahrhunderte zurückliegt. Wieso wird also jetzt gerade das Zeitalter der Globalisierung ausgerufen? Augenscheinlich hängt die Konjunktur des Begriffs mit einigen wichtigen neueren Entwicklungen zusammen: dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des von ihr beherrschten Imperiums, dem Ende der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges, der offenkundig durch nichts mehr behinderten Ausbrei-

tung kapitalistischer Produktionsverhältnisse über die ganze Welt. Und er bezieht sich auf die Tatsache, daß es heute nur noch eine bestimmende Weltmacht, ein militärisches Zentrum gibt, das die Welt beherrscht: die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Deshalb erscheint die Welt mehr als jemals geeint und geschlossen. Es ist kein Zufall, daß ein US-Präsident den zweiten Golfkrieg als Krieg für eine »neue Weltordnung« proklamiert hat – was im Klartext den Anspruch der USA auf umfassende Kontrolle der Weltgeschehnisse meint. Der Begriff »Globalisierung« weist in gewissem Sinne also auch auf das Ende des »kurzen« 20. Jahrhunderts hin, das mit der russischen Revolution 1917 begann und mit dem historischen Systemwechsel 1989 endete.

Daß globale Beziehungen und Abhängigkeiten das Bewußtsein der Menschen bestimmen, ist allerdings nicht neu. Der Ursprung des modernen »globalen« Denkens hängt ganz wesentlich mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen Durchsetzung sowohl des Kapitalismus als auch des Nationalstaats zusammen. Damit veränderte sich die antike und mittelalterliche Vorstellung von einem umfassenden, die »zivilisierte Welt« umspannenden »Reich«. An deren Stelle trat das Bild einer von einer Gruppe rivalisierender Staaten beherrschten Welt, die versuchen, ihren Einfluß auf die noch »unentdeckten« Teile des Globus auszudehnen. Auch dies hieß »Globalisierung«, wenn auch dieser Begriff noch nicht gebraucht wurde. Ein bekanntes Sprichwort sagt, daß im Herrschaftsgebiet der spanischen Könige die Sonne nie unterging: Der Globus erschien als Beute der kolonialen Mächte.

Es ist interessant, daß die aktuelle Konjunktur des Begriffs »Globalisierung« auch damit zusammenhängt, daß das Zeitalter der kolonialen Aufteilung der Welt zu Ende gegangen ist. Es gibt nichts mehr zu »entdecken« und den beherrschenden Staaten zuzuschlagen, zumindest nicht im geographischen Sinne. Die Metapher vom »Raumschiff Erde« drückt das neue Bewußtsein von der Begrenztheit der Erde aus: die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, die Möglichkeit globaler Umweltkatastrophen und nicht zuletzt zunehmende Verteilungskonflikte. Damit rücken die zerstörerischen Wirkungen eben der Produktions- und Lebensweise in den Vordergrund, die gerade erst zur allgemeingültigen bzw. »globalen« erklärt worden ist. Der Begriff »Globalisierung« verweist damit auf einen realen Widerspruch: Der

»Sieg« des Kapitalismus trägt die Möglichkeit in sich, zugleich seine gesellschaftlichen und natürlichen Grundlagen zu zerstören.

Mit »Globalisierung« verbindet sich somit immer eine doppelte und widersprüchliche Bedeutung. Er symbolisiert die Hoffnung auf Fortschritt, Frieden und eine geeinte und bessere Welt, und zugleich verbindet sich mit ihm Abhängigkeit, Fremdbestimmung und Bedrohung. Während vom »globalen Dorf« geredet wird, nehmen Kriege und Bürgerkriege zu. Deshalb bezieht sich der Begriff »Globalisierung« immer zugleich auf sein Gegenteil, sei es Regionalisierung und Lokalisierung, die »kleinen Gemeinschaften«, aber die Welle des Rassismus und Nationalismus, die sie begleitet. Wenn man also den Begriff »Globalisierung« nicht leichtfertig gebrauchen und etwas genauer darüber nachdenken würde, könnte man durchaus einiges über den Zustand der Welt, ihre Entwicklung und die sie bestimmenden Widersprüche erkennen. Im Gewirr der Bedeutungen, Ideologien und Hoffnungen ist es die Aufgabe der Wissenschaft, genauer zu erklären, was unter »Globalisierung« als gesellschaftlich-politischem Phänomen verstanden werden muß, wo ihre Ursachen liegen und welche Konsequenzen sie langfristig hat. Dies ist nicht ganz einfach, weil es sich um einen recht komplexen Zusammenhang technischer, ökonomischer, politischer und kulturell-ideologischer Faktoren handelt. Genau genommen ist eine wirkliche Begriffsklärung nur im Rahmen einer umfassenderen Theorie der Gesellschaft und ihrer Entwicklung möglich. Ich beziehe mich hier auf das Konzept einer historisch-materialistischen Kapitalismusanalyse, das in der Marxschen Tradition steht. Meiner Auffassung nach bietet dieser theoretische Rahmen als einziger die Möglichkeit, die Frage nach den Ursachen und der Bedeutung von »Globalisierung« zureichend zu beantworten.

II. Was ist unter »Globalisierung« zu verstehen und welches sind ihre Dimensionen?

Wenn von »Globalisierung« gesprochen wird, können analytisch mehrere Bedeutungsebenen unterschieden werden.

(1) *Technisch* verbindet sich damit vor allem die Durchsetzung neuartiger Technologien, insbesondere die revolutionären Veränderungen, die mit den fortgeschrittenen Informationsverarbeitungs- und -übertragungsmöglich-

keiten verbunden sind. Sie gestatten es, weit auseinanderliegende Teile der Welt direkt und schnell »online« zu verbinden. Diese Entwicklung liegt der Vorstellung vom »globalen Dorf« vor allem zugrunde.

(2) *Politisch* wird von Globalisierung vor allem im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Spaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke gesprochen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gilt der historische Sieg des liberalen Demokratiemodells als endgültig. Die USA sind zur weltweit uneingeschränkt dominierenden Militärmacht geworden. Darauf gründet sich eine neue Rolle der Vereinten Nationen, von denen erwartet wird, sie könnten eines Tages die Rolle einer allgemeinen »Weltregierung« übernehmen.

(3) *Ideologisch-kulturell* kann man unter Globalisierung die Universalisierung bestimmter Wertmuster verstehen, z.B. die allgemeine Anerkennung liberaldemokratischer Prinzipien und grundlegender Menschenrechte, aber auch die Verallgemeinerung des kapitalistischen Konsummodells. Diese Entwicklung verbindet sich sehr stark mit der Entstehung weltumspannender Medienmonopole.

(4) *Ökonomisch* bezieht sich der Begriff zunächst auf die Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalverkehrs, die Internationalisierung der Produktion und die immer beherrschender werdende Stellung multinationaler Unternehmungen. Wichtig ist dabei allerdings, daß das Kapital zwar weitgehend grenzenlos geworden ist, nicht aber seine Arbeitskräfte, die Menschen. Sie bleiben in nationalstaatliche Grenzen eingebunden, sofern sie nicht zur Wanderung und zur Flucht gezwungen werden. Ich werde auf diese Eigentümlichkeit des herrschenden Globalisierungsprozesses später noch zurückkommen. Jedenfalls läßt sich aber heute zum ersten Mal in der Geschichte von einem die gesamte Welt umspannenden kapitalistischen Markt sprechen. Der Kapitalismus ist weltweit beherrschend und universell geworden.

III. Was ist neu an der aktuellen Globalisierung und was sind ihre Ursachen?

Diese Entwicklungen sind ganz offensichtlich. Trotzdem bleibt die Frage, ob es sich dabei um etwas wirklich Neues handelt. Des öfteren wird die Mei-

nung vertreten, »Globalisierung« sei nichts anders als die ideologische Waffe, mit der Unternehmer und neoliberale Regierungen ihre Interessen durchzusetzen versuchen. Die Frage ist also, ob wir es tatsächlich mit einer historisch veränderten Qualität des Kapitalismus zu tun haben oder ob nur die Tendenzen weiterwirken, die seine Entwicklung immer schon bestimmt haben. Immerhin ist daran zu erinnern, daß der Kapitalismus seit seiner Entstehung ein »globales« System ist: Wie gesagt, waren schon seine Anfänge eng mit dem Kolonialismus verbunden, und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehört der Imperialismus zu seinen entscheidenden Strukturmerkmalen. Ist »Globalisierung« also mehr als ein ideologisches Schlagwort und ein Modebegriff, nämlich eine historisch-analytische Kategorie?

Will man diese Frage klären, so muß nach den *Ursachen* der aktuellen Entwicklung gesucht werden. Und es ist leicht nachzuweisen, daß technologische, politische und kulturelle Erklärungen dafür nicht ausreichend sind. Meine These ist, daß es sich bei der Globalisierung im Kern um einen *ökonomischen Vorgang* handelt. Die Frage ist also, ob und in welcher Weise wir es mit einer *historischen Strukturveränderung des Kapitalismus* zu tun haben, die dieser Gesellschaftsform ein ganz neues Gesicht und eine ganz neue Bedeutung verleiht.

Dazu ist es notwendig, einen Blick auf die Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrhundert zu werfen. Diese kann als eine Abfolge struktureller Krisen verstanden werden. Am Beginn steht die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, der im Zusammenhang mit der russischen Oktoberrevolution eine Serie revolutionärer Bewegungen vorausgegangen waren. Die Lösung dieser Krise bestand in der Durchsetzung einer Akkumulations- und Regulationsweise des Kapitalismus, die sich von der vorhergehenden grundsätzlich unterschied: des *Fordismus*. Der Fordismus schuf mit der Durchsetzung tayloristischer Massenproduktion und des Massenkonsums die Bedingungen für eine strukturelle Verbesserung der Profitabilität des Kapitals im Weltmaßstab. Dies wiederum hatte tiefgreifende soziale Umwälzungen und politische Kräfteverschiebungen zur Voraussetzung, vor allem die gescheiterte sozialistische Revolution im Westen, die erfolgreiche russische Revolution, den zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Sieg über den Faschismus. Daraus ging die international dominierende Stellung

der USA hervor, die es ihnen möglich machte, ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Konflikt mit dem sowjetischen Staatssozialismus im westlichen Teil der Welt beherrschend zu machen.

Lassen Sie mich die Merkmale des fordistischen Kapitalismus kurz zusammenfassen:

Charakteristisch ist zunächst die Durchsetzung einer *Akkumulationsstrategie*, die auf tayloristischer Massenproduktion, einer starken Ausdehnung der kapitalistischen Lohnarbeit zu Lasten der traditionellen agrarischen und handwerklichen Produktion und der Durchsetzung eines Massenkonsummodells beruht. Damit ging das Kapital zu einer systematischen Erschließung des *inneren Marktes* über. D.h., der Konsum der Arbeiterklasse wurde selbst ein Teil des Kapitalverwertungsprozesses. Die Folge dieser Entwicklung war eine fortschreitende *Durchkapitalisierung* der Gesellschaft in der Weise, daß traditionelle Formen der Subsistenzproduktion, wie z.B. Teile der Hausarbeit, durch kapitalistisch produzierte Waren verdrängt und die sozialen Beziehungen insgesamt in erheblichem Umfang kommerzialisiert wurden.

Die Durchsetzung dieses neuen Akkumulationsmodus war an die Etablierung einer politisch-sozialen *Regulationsweise* gebunden, die durch folgendes charakterisiert war: einen hohen Grad an staatlicher Wirtschaftssteuerung, den Ausbau einer staatsinterventionistischen Wachstums-, Einkommens- und Beschäftigungspolitik, die Anerkennung der Gewerkschaften und die politische Institutionalisierung übergreifender Klassenkompromisse im Rahmen korporativer, d.h. Unternehmer, Gewerkschaften und den Staat in »sozialpartnerschaftlichen« Verhandlungssystemen zusammenbindender Strukturen. Besonders bedeutungsvoll war der allmähliche Ausbau des Sozialstaats, der nicht nur einen wichtigen Mechanismus zur politischen Integration der Lohnabhängigen in der Auseinandersetzung mit dem »Kommunismus«, sondern auch eine entscheidende Stütze des fordistischen Massenkonsummodells darstellte.

Die Integration der Arbeiterklasse in den fordistischen Akkumulationsmodus, die Durchsetzung neuer Produktionstechnologien und Arbeitsorganisationsformen sowie die neue politische Regulationsweise sorgten eine Zeitlang für sehr starke Produktivitätsfortschritte, hohe Profitraten und ein

relativ beständiges wirtschaftliches Wachstum. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus schien es möglich geworden zu sein, steigende Masseneinkommen mit einer enormen Profitabilität des Kapitals zu verbinden. Der Fordismus der beiden Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg erschien so als ein »goldenes Zeitalter« des Kapitalismus – wenn auch keinesfalls für alle. Aber er war zugleich die Basis einer umfassenden Reformpolitik, mit der sich die Vorstellung verband, ihn allmählich demokratisch gestalten und »zivilisieren« zu können. Er war die entscheidende Grundlage für die Durchsetzung politischer Reform- und »Volks«-Parteien sozialdemokratischen Typs.

Der Fordismus kann durchaus als *globales* System betrachtet werden. Dem Fordismus der kapitalistischen Metropolen entsprach in gewisser Weise ein »peripherer«, der sich in einigen Teilen der abhängigen Länder herauszubilden begann. Die Strategie der Importsubstitution, d.h. der Versuch, unter protektionistischer Abschottung der Märkte eine nachholende Industrialisierung durchzusetzen, die zu dieser Zeit in der kapitalistischen Peripherie vorherrschte, kann als Versuch gewertet werden, auch hier allmählich fordistische ökonomische und soziale Strukturen ähnlich derer in den entwickelten kapitalistischen Metropolen zu schaffen.

Gleichzeitig blieb der Fordismus aber im Kern *nationalstaatlich* organisiert. In seinem Zentrum stand die Erweiterung der Binnenmärkte auf der Basis einer erweiterten Staatsintervention und staatlich institutionalisierter Klassenkompromisse. Dies hatte die Möglichkeit einer relativ unabhängigen nationalstaatlichen Regulation ökonomisch-sozialer Verhältnisse zur Voraussetzung, nicht zuletzt die Kontrolle der Nationalstaaten über den grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehr. Weltweit wurde dieses System von »National«-Ökonomien durch ein Geflecht internationaler Organisationen koordiniert. Dabei kam den Institutionen des Bretton-Woods-Systems, dem IWF und der Weltbank, bei der Regulation des internationalen Währungssystems und bei der Koordination der nationalen Geldwirtschaften eine besondere Bedeutung zu. Dieses System wurde durch die Vereinigten Staaten auf der Basis ihrer absoluten ökonomischen Überlegenheit gestützt und garantiert. Der US-Dollar wurde zu einem politisch, durch die USA und die mit ihnen kooperierenden Regierungen regulierten Weltgeld.

Dieses nicht nur für das Kapital, sondern zumindest auch für einen Teil der Bevölkerung »goldene Zeitalter« des Kapitalismus währte allerdings nicht sehr lange. In den siebziger Jahren brach eine neue Weltwirtschaftskrise aus, die bis heute andauert.

Der Grund dafür kann im wesentlichen darin gesehen werden, daß sich im Rahmen der bestehenden tayloristischen Technologien und Arbeitsprozesse die Kapitalprofite nicht beliebig steigern ließen und damit der Akkumulations- und Wachstumsprozeß wiederum ins Stocken geriet. Die im fordistisch-tayloristischen Produktionsprozeß liegenden Produktivitätsreserven erwiesen sich als durchaus begrenzt. Die wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise geriet damit mehr und mehr in Konflikt mit den Profitinteressen des Kapitals. Dadurch erschien es so, als wäre die Krise des Fordismus eine Krise des Sozialstaats. Tatsächlich war es eher so, daß die ökonomische Basis des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ins Wanken geriet. Die Vereinbarkeit von Kapitalprofit und Massenwohlfahrt hatte ein Ende gefunden. Und damit entfiel auch die Grundlage für die den Fordismus charakterisierenden Klassenkompromisse.

Diese Entwicklung galt nicht nur für die kapitalistischen Zentren, sondern betraf – teilweise zeitlich verzögert, aber insgesamt viel stärker – auch die Länder der Peripherie. Als krisenverschärfend erwies sich, daß das internationale fordistische Regime und das von den USA garantierte ökonomische Regulationssystem zu einer verstärkten Internationalisierung der Produktion und zu einem wachsenden Einfluß multinationaler Konzerne geführt hatte. Auch dadurch wurden die Grundlagen der nationalstaatlich orientierten, auf die Entwicklung des inneren Marktes gerichteten Akkumulations- und Regulationsweise mehr und mehr untergraben.

Vergegenwärtigt man sich diesen historischen Zusammenhang, dann läßt sich genauer bestimmen, was »Globalisierung« bedeutet: Es ist die entscheidende *Strategie des Kapitals* zur Lösung der Fordismus-Krise. »Globalisierung« im ökonomischen Sinne, d.h. die radikale Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalverkehrs soll nun die Voraussetzungen für eine erneute, systematisch und weltumspannend durchgeführte Rationalisierung des kapitalistischen Produktions- und Arbeitsprozesses schaffen. Im einzelnen geht es

- *erstens* um die Durchsetzung von Technologien und Arbeitsprozessen, die dem Kapital einen erneuten und umfassenden Rationalisierungsschub versprechen, d.h. um eine technologische Revolution zur Erschließung neuer Märkte und Profitquellen. Dies weist darauf hin, daß die Durchsetzung der neuen Technologien keinesfalls die Ursache, sondern der *Zweck* der Globalisierung ist;

- *zweitens* geht es um eine strukturelle Verschiebung der gesellschaftlichen Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals, des Abbaus des Sozialstaats und der Zerstörung der diesem zugrundeliegenden Klassenkompromisse;

- und *drittens* geht es darum, daß das internationale Kapital in die Lage versetzt wird, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen die jeweils kostengünstigsten Produktionsstandorte auszunutzen und im Rahmen weltumspannender Unternehmensnetzwerke miteinander zu kombinieren (»worldwide sourcing«).

Alle diese Veränderungen der kapitalistischen Akkumulations- und Regulationsweise setzen einen radikalen Umbau der sozialen und politischen Strukturen und der Klassenverhältnisse voraus. Erstes Ziel der Globalisierung war es deshalb, die in der fordistischen Regulationsweise institutionalisierten sozialen Interessen- und Kompromißstrukturen zu zerschlagen.

Globalisierung ist demnach kein einfacher, d.h. nur technisch zu begreifender ökonomischer Prozeß, und er bezeichnet auch keine simple und unveränderliche »Logik« des Kapitals, sondern sie ist eine umfassende *politische Strategie*.

Diese Strategie wurde im wesentlichen durch das internationalisierte Kapital in Zusammenarbeit mit den neoliberalen Regierungen durchgesetzt, die infolge der Krise des Fordismus an die Macht gekommen waren. Die ökonomische Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik hat das Ziel, die politisch-institutionellen Bedingungen für einen tiefgreifenden Umbau der Klassenverhältnisse auf nationaler wie internationaler Ebene zu schaffen, der die Voraussetzung für die technische Reorganisation der kapitalistischen Produktion sind. Entscheidend dabei ist, daß sie zu Struktur- und Funktionsveränderungen der Staaten führt, die sie zu einer sozialen Regulierung und einer wohlfahrtsstaatlichen Politik im traditionellen Sinne völlig unfähig machen. Der seit den siebziger Jahren beherrschend gewordene Neoli-

beralismus liefert die ideologische Legitimation für diese kapitalistische Krisenüberwindungsstrategie.

Damit läßt sich die eingangs gestellte Frage beantworten: Die aktuelle Globalisierung ist im Kern *ein Projekt des kapitalistischen Klassenkampfes*. Sie ist kein »objektiver« ökonomischer Mechanismus, noch weniger eine eigenständige politisch-kulturelle Entwicklung, sondern eine politische Strategie.

Aus ihr geht deshalb durchaus der »alte« Kapitalismus hervor, d.h. eine Klassengesellschaft, die auf der marktvermittelten Ausbeutung der Arbeitskraft beruht. Aber es ist ein Kapitalismus in einer ganz neuen *Form*, mit radikal veränderten Klassenverhältnissen, einer neuen Bedeutung von Politik und einer völlig anderen Rolle des Staates. Schon deshalb ist der globalisierte Kapitalismus weit davon entfernt, ein neues und stabiles »goldenes Zeitalter« zu begründen, das durch eine Verbindung von sozialer Wohlfahrt, Frieden und Demokratie gekennzeichnet ist. Vielmehr ist zu erwarten, daß die dem Kapitalismus innewohnenden Antagonismen und Widersprüche in neuer Form zum Ausdruck kommen werden.

IV. Vereinheitlichung und Fragmentierung der Welt

Die Vorstellung, die Globalisierung des Kapitalismus führe zu einer einheitlichen, harmonischen und kooperativen »Weltgesellschaft«, ist daher sicherlich falsch. Das neoliberale Versprechen einer zunehmenden Wohlfahrt und einer fortschreitenden Demokratisierung hat sich längst als Lüge erwiesen. Tatsächlich bedeutet Globalisierung zugleich auch eine wachsende ökonomische, soziale und politische *Fragmentierung*. Dies läßt sich auf mehreren Ebenen feststellen:

(1) Eine Ebene ist die der *Pluralisierung des kapitalistischen Zentrums*. Die Krise des Fordismus hat auch das Ende der US-Hegemonie bedeutet. Unter dem Schirm der von den USA garantierten Nachkriegs-Weltordnung konnten Japan und Westeuropa zu ebenbürtigen Konkurrenten heranwachsen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die Vereinigten Staaten zwar die uneingeschränkt dominierende Militärmacht, aber sie verfügen nicht mehr über die ökonomische Kapazität, die zur Ausübung einer hegemonialen Position notwendig ist. Das kapitalistische Zentrum besitzt nun die Gestalt einer »Triade«, d.h., es besteht aus mehreren Polen, die in eine

sich intensivierende Konkurrenz verstrickt sind. Damit verschiebt sich eine Achse der internationalen Auseinandersetzungen vom Ost-West-Gegensatz zu einem Konflikt zwischen den kapitalistischen Metropolen. D.h., der *innerimperialistische* Konflikt, der bis zum zweiten Weltkrieg beherrschend war, tritt wieder in den Vordergrund.

Dies ist der Grund dafür, daß die der Globalisierung zugrundeliegende Tendenz zur Liberalisierung und zum Freihandel durch einen gleichzeitig wachsenden regionalen Protektionismus und die Existenz zumindest latenter Wirtschaftskriege gebrochen wird. Allerdings kann der Konflikt zwischen den kapitalistischen Metropolen angesichts der waffentechnischen Überlegenheit der USA praktisch nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgefochten werden. Die »Triade«-Mächte konkurrieren daher untereinander vorrangig wirtschaftlich und politisch, finden sich aber zugleich gelegentlich unter Führung der USA zu militärischen Operationen gegen die Peripherie zusammen, wie etwa im Falle des zweiten Golfkriegs oder der Balkan-Intervention. Hier nehmen die USA tendenziell die Funktion eines gemeinsam bezahlten Mietpolizisten (»rent-a-cop«) der Metropolen wahr. Dieses Ungleichgewicht von militärischer und ökonomischer Macht führt dazu, daß der Imperialismus eine neuartige und sehr komplexe Gestalt annimmt.

(2) Gleichzeitig kommt es zu einer weiteren *Ausdifferenzierung der kapitalistischen Peripherie*. Von einer eindeutig lokalisierbaren »Dritten Welt« im traditionellen Sinne kann heute nicht mehr gesprochen werden. Im Zuge der neoliberalen Politik und der durch sie verursachten gesellschaftlichen Spaltungen entwickeln sich »Drittwelt«-Lebensbedingungen auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen, z.B. in Los Angeles, Paris oder London. Während das lateinamerikanische Entwicklungsmodell praktisch gescheitert ist, konnten die südostasiatischen »Tigerstaaten« erstaunliche Erfolge im Sinne eines kapitalistischen Wachstums verbuchen. Das Verhältnis von »Zentrum« und »Peripherie« ist heute also sozial-räumlich erheblich komplexer und differenzierter geworden.

(3) Diese Tendenzen führen zusammengenommen zu immer stärker *wachsenden internationalen Ungleichheiten*. Die fordistische Vision einer allgemeinen und relativ gleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Welt hat sich als völlig unreal erwiesen. Die Vermögensunterschiede sind größer als

jemals, und ganze Weltregionen scheinen von jeder wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt und der absoluten Verelendung preisgegeben zu werden. Dies gilt besonders für große Teile Afrikas und möglicherweise auch für viele Länder, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind. Dadurch kommt es zu einer Verstärkung der internationalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen. Diese stoßen zugleich an immer hermetischer abgeriegelte nationale Grenzen.

(4) Die Hoffnung, daß die Globalisierung zu einem allmählichen *Verschwinden der Nationalstaaten* und zur Entstehung einer gemeinsamen und demokratischen »Weltregierung« führe, ist enttäuscht worden. Die Nationalstaaten haben zwar ihre Funktion und ihre Bedeutung sehr stark verändert, bestimmen aber immer noch entscheidend die politische Weltordnung. Die kapitalistische Globalisierung bedeutet zugleich auch eine Re-Nationalisierung der Politik. Wenn die Vereinten Nationen überhaupt handlungsfähig sind, so nur dann, wenn dies im Interesse der dominierenden Staaten liegt. Jenseits der Nationalstaaten gibt es nach wie vor keine politische Instanz, die sowohl demokratisch legitimiert als auch im Sinne einer weltgesellschaftlichen Ordnung handlungsfähig wäre.

(5) Dies hat dazu geführt, daß die bestehende Weltgesellschaft faktisch durch eine wachsende Zahl von *Kriegen und Bürgerkriegen* gekennzeichnet ist. Der Glaube, mit der Globalisierung bräche ein neues Zeitalter der Demokratie, der Wohlfahrt, des Friedens und der Humanität an, wird durch das deutliche Anschwellen von Nationalismus, Rassismus und Wohlstandschauvinismus widerlegt. Die Vorstellung, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei ein umfassender Sieg der Demokratie und eine allgemeine Verwirklichung der Menschenrechte möglich geworden, hat sich als offensichtlich illusionär erwiesen.

Es wäre allerdings falsch, diese Tendenzen zu verabsolutieren. Zweifellos besitzt die »neue Weltordnung« insgesamt eher die Züge eines globalen Chaos. Gleichzeitig bringt aber die Globalisierung die Menschen tatsächlich auch näher zusammen. Dies gilt nicht nur deshalb, weil durch die sich anbahnenden globalen Umweltkatastrophen mehr oder weniger alle betroffen sind. Mit den Umwälzungen der letzten Jahre sind auch die Forderungen nach Demokratie, sozialer Wohlfahrt und nach Menschenrechten stärker ge-

worden. Nach dem Ende des Kalten Krieges stehen die kapitalistischen Systeme insgesamt vor einem sehr viel stärker gewordenen demokratischen Legitimationsdruck. Die Globalisierung des Kapitalismus hat demokratische und soziale Bewegungen keinesfalls zum Verstummen gebracht. In gewissem Sinne hat sie ihnen sogar zunehmenden Nachdruck verliehen. Die Entwicklung neuer Formen der internationalen Kooperation unabhängig von den staatlichen Herrschaftsapparaten kann ihre Chancen erhöhen.

Das heißt: Die kapitalistische Globalisierung ist keineswegs ein erfolgreich abgeschlossenes Projekt, sondern eine nach wie vor umkämpfte Entwicklung, deren Ausgang keineswegs sicher ist.

V. Abschließende Bemerkungen

Die Globalisierung des Kapitalismus verändert die Welt tiefgreifend, ohne daß damit die kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse verschwunden wären. Sie hat diese sogar in verschiedener Hinsicht verstärkt und die damit verbundenen Konflikte vergrößert. Die Globalisierung ist kein natürlicher Vorgang oder Ausdruck einer »objektiven« Logik, sondern ein politisch durchgesetzter und zugleich umkämpfter Prozeß. Die mit ihr verbundenen Umwälzungen führen allerdings dazu, daß grundlegende wissenschaftliche und politische Kategorien neu überdacht werden müssen. Das gilt für den Begriff des Staates ebenso wie für den der Klasse, der Nation oder der Demokratie. Vor allem müssen wir davon ausgehen, daß einige traditionelle Strategien der politischen Linken heute nicht mehr tauglich sind. Was dies im einzelnen bedeutet, werde ich in den nächsten Kapiteln zu erläutern versuchen.

Transformation des Staates: auf dem Weg zum »nationalen Wettbewerbsstaat«

I. Fragestellung

Im vorangegangenen Kapitel habe ich ausgeführt, daß die Globalisierung des Kapitalismus als Strategie zur Überwindung der in den siebziger Jahren ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise betrachtet werden muß. Ihr Ziel ist eine tiefgreifende Reorganisation der kapitalistischen Sozial- und Klassenbeziehungen im Weltmaßstab. Nun geht es darum, wie sich dies auf die Stellung und Struktur des Staates auswirkt. Dabei wird uns vor allem die Frage nach der Zukunft der bürgerlich-liberalen Demokratie beschäftigen.

II. Was heißt »Transformation«?

Der Typus des modernen bürgerlich-kapitalistischen Staates, wie er sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts entwickelt hat, ist im Augenblick sehr tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt. Dies gilt allgemein und betrifft sowohl die Staaten der kapitalistisch entwickelten als auch die der peripheren Länder, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise. Es kommt dabei zu einer grundlegenden Transformation der Demokratie, deren Eigenart darin besteht, *daß sie die vorhandenen institutionellen Strukturen* des liberaldemokratischen Repräsentativsystems weitgehend *unberührt läßt*. D.h., es kommt im allgemeinen nicht zu scharfen institutionellen Brüchen und selten zu offenen Staatskrisen, sondern zu einer allmählichen Transformation innerhalb der vorhandenen politischen Apparaturen. Berücksichtigt man, daß insbesondere die Zeit nach 1989 durch den Sturz vieler Diktaturen und eine allgemeine Ausbreitung demokratischer Verhältnisse geprägt ist, so läßt sich mit einer gewissen Zuspitzung sogar der paradoxe Sachverhalt diagnostizieren, daß der des öfteren proklamierte historische »Sieg« der liberalen Demokratie im Zusammenhang mit der Globalisierung des Kapitalismus zugleich mit einer ihrer tiefgreifenden Krisen verbunden ist.

Diese Entwicklung ist kein automatischer oder quasi naturgesetzlich notwendiger Prozeß, sondern sie wird politisch, d.h. durch die Staaten selbst oder genauer: durch die herrschenden Regierungen bewußt vorangetrieben. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil des Phänomens, das wir als »Globalisierung« bezeichnen. Vor allem die Deregulierung des internationalen Geld- und Kapitalverkehrs ist das entscheidende Mittel zur Durchsetzung dieser Transformation des Staates und der Demokratie.

Bekanntermaßen gibt es nicht *einen* kapitalistischen Staat, genausowenig wie es nur *einen* Typus der bürgerlichen Demokratie gibt. Historisch haben sich – ungeachtet einiger grundlegender Strukturmerkmale – im Zuge der kapitalistischen Entwicklung sehr unterschiedliche politische Formen durchgesetzt. Was unter »Staat« und »Demokratie« zu verstehen ist, hat sich seit dem 18. Jahrhundert vielfach verändert. Man kann daher auch nicht allgemein von einer Krise »des« Staates oder »der« Demokratie sprechen, sondern muß sich auf eine spezifische historische Situation beziehen. Das führt uns zu der Frage: *Welcher Staat*, oder genauer: welcher historische Typus des kapitalistischen Staates wird augenblicklich transformiert?

Ich habe bereits erläutert, daß sich um die Mitte dieses Jahrhunderts in globalem Maßstab eine historische besondere Form des Kapitalismus, der *Fordismus* herausgebildet hatte. Dieser war durch eine spezifische Akkumulations- und Regulationsweise charakterisiert, innerhalb deren sich der Typus des »fordistischen« oder »keynesianischen« Staates entwickelte. Dies geschah nicht nur in den kapitalistischen Metropolen, sondern ansatzweise auch in der Peripherie.

Zu den wesentlichen Merkmalen des fordistischen Staates gehörten: ein relativ hoher Grad ökonomisch-sozialer Staatsintervention, eine planmäßige Wachstums-, Einkommensverteilungs- und Beschäftigungspolitik sowie der allmähliche Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme. Seine politische Basis war die Institutionalisierung umfassender Klassenkompromisse durch Einbeziehung sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften in den politischen Regulierungsprozeß. Der fordistische Staat trug damit sehr stark die Züge eines liberalen Neo-Korporatismus. Das heißt, er war ein politisches System, das sich sehr wesentlich auf regelmäßige »sozialpartnerschaftliche« Verhandlungen zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat stützte. Die

staatlich vermittelte soziale Regulierung war eine wichtige Voraussetzung eines ökonomischen Wachstumsprozesses, der vor allem auf die Entwicklung des inneren Marktes gerichtet war. Steigende Masseneinkommen und der Ausbau des Wohlfahrtsstaats wurden zwar im wesentlichen durch die Organisationen der Arbeiterbewegung erkämpft. Sie waren aber zugleich eine wichtige ökonomische Stütze des fordistisch-tayloristischen Massenproduktions- und Massenkonsummodells. Die Tatsache, daß unter den Bedingungen des Fordismus steigende Kapitalprofite mit steigenden Masseneinkommen vereinbar erschienen, wurde zur Grundlage des politischen Systems und eines historisch besonderen Staatstypus. Sie ermöglichte die die Mitte des 20. Jahrhunderts kennzeichnende Phase eines staatsinterventionistischen Reformkapitalismus.

Eine wesentliche Voraussetzung dieser Regulationsweise, die sich auf die nationalen Staatsapparate und die durch sie vermittelten sozialen Kompromisse stützte, war die relative Abkoppelung der nationalen Ökonomien vom Weltmarkt mittels einer politischen Kontrolle des grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehrs. Diese Abkoppelung war zunächst eine Folge der Krise der dreißiger Jahre und dem damit verbundenen Zusammenbruch des Goldstandards, wurde aber nun zur Basis einer neuen kapitalistischen Aufschwungperiode. Die gewachsene ökonomische Souveränität der Nationalstaaten und die eingeschränkte internationale Mobilität des Kapitals machten übergreifende soziale Kompromisse und die damit verbundenen sozialpolitischen Staatsinterventionen auf nationaler Ebene überhaupt erst möglich.

Wie schon erläutert, besteht ein wesentliches Ziel der Globalisierungsstrategie in der Zerstörung dieses sozialstaatlich-korporativen »fordistischen« Klassenkompromisses, und zwar deshalb, weil er zu einem entscheidenden Hindernis für die Profitabilität des Kapitals geworden war. Dies bedeutet zugleich, daß die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen des fordistischen Staates unterminiert werden. Instrument dieser Politik ist vor allem eine umfassende Liberalisierung nicht nur des Waren- und Dienstleistungs-, sondern insbesondere des Geld- und Kapitalverkehrs. D.h., die Staaten verzichten bewußt auf eine politische Kontrolle der internationalen Geld- und Kapitalbewegungen und sorgen damit für eine entscheidende Veränderung ihrer eigenen Strukturen und Funktionsbedingungen.

Die unmittelbare Folge dieser Entwicklung ist, daß der Inhalt und der Bewegungsspielraum der nationalstaatlichen Politik direkter und unvermittelter von den internationalen Kapitalbewegungen bestimmt wird. Die Zwänge des Kapitalverwertungsprozesses auf Weltmarktebene oder genauer: die Interessen des internationalisierten Kapitals werden sehr viel mehr als zuvor zur unmittelbaren Determinante nationalstaatlicher Politik. Jede wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahme, die die kapitalistischen Verwertungsbedingungen beeinträchtigt, führt dadurch zu direkten und politisch praktisch nicht mehr kontrollierbaren Gegenreaktionen des Kapitals.

Um nur wenige Beispiele zu nennen:

- Wird versucht, sozialstaatliche Sicherungssysteme auszubauen oder auch nur zu erhalten, berührt dies die Profitabilität des Kapitals innerhalb des jeweiligen nationalen »Standorts«. Dagegen kann das Kapital unmittelbar mit seiner Abwanderung drohen. Die Folgen davon sind der Verlust von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit, geringeres Wachstum, weniger Steuereinnahmen, damit auch weniger finanzielle Mittel des Staates. Diese Reaktion des Kapitals ist möglich geworden, weil es kaum noch politische Schranken für seine internationale Beweglichkeit gibt und weil die technischen Voraussetzungen für flexible Produktionsverlagerungen immer besser werden. Die einzelstaatliche politische Organisation des Kapitalismus kann unter diesen Bedingungen besonders effektiv dazu benutzt werden, die Arbeitskräfte zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Mit der Drohung einer Abwanderung des Kapitals in Länder oder Regionen, in denen die Löhne niedrig, die sozialstaatlichen Sicherungen gering oder die ökologischen Standards schlecht sind, können die im nationalstaatlichen Rahmen lebenden Bevölkerungen wechselseitig systematisch erpreßt werden.

- Eine eigenständige nationale Konjunktur- und Beschäftigungspolitik mit Hilfe einer staatlichen Regulierung der Geldmenge und der Zinssätze scheitert immer offensichtlicher an den Reaktionen der internationalen Geld- und Finanzmärkte. Beispielsweise indem entsprechende Maßnahmen zu gefährlichen Schwankungen des Wechselkurses, inflationären Kapitalzuflüssen oder deflationären Kapitalabzügen führen.

- Die Wechselkurse sind staatlich kaum mehr kontrollierbar und unterliegen in hohem Maße spekulativen internationalen Kapitalbewegungen.

Die mexikanische Peso-Krise Ende 1994 mit ihren verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen ist nur ein Beispiel dafür. Praktisch ist es möglich geworden, daß mächtige Finanzgruppen allein durch Wechselkursmanipulationen einzelne Staaten wirtschaftspolitisch in die Knie zwingen. Die Kontrolle, die früher von internationalen Währungsinstitutionen, vor allem dem IWF, über abhängige Länder ausgeübt wurde, hat sich verallgemeinert und ist gleichzeitig in entscheidendem Maße privatisiert worden. In starkem Umfang fungiert der IWF heute als eine Hilfsinstanz mächtiger privater Finanzgruppen.

Dies bedeutet, daß die Regierungen selbst mächtiger Staaten gezwungen sind, sich weitgehend dem Druck der internationalen Kapital- und Finanzmärkte zu unterwerfen. Die Folge davon ist ein absolutes Primat der »Standortpolitik«. Mit diesem Begriff wird eine Politik bezeichnet, deren vorrangiges Ziel darin besteht, im nationalen Rahmen optimale Verwertungsbedingungen für das international flexible Kapital zu schaffen. Dies heißt praktisch vor allem die Senkung der Masseneinkommen, der Abbau sozialer Maßnahmen im Rahmen einer neoliberalen Austeritätspolitik, das Niedrighalten ökologischer Standards sowie die Sicherung politischer »Stabilität« im Sinne der Unterdrückung nicht konformer Bevölkerungsinteressen. Damit setzt sich im internationalen Maßstab immer stärker eine Politik der »competitive austerity«, d.h. eines internationalen (Sozial-)Sparwettbewerbs, durch. Die Deregulierung der internationalen Kapital- und Finanzmärkte hat damit praktisch ähnliche Wirkungen wie die berüchtigten Auflagen des Internationalen Währungsfonds. Der Unterschied ist, daß diese Zwangsmaßnahmen nicht mehr nur gegen abhängige Länder, sondern auch in den kapitalistischen Metropolen selbst wirksam werden, keiner politischen Entscheidungsprozesse bedürfen und daher auch keinerlei politischer Kontrolle mehr unterliegen.

Daran wird deutlich, was die nationalstaatliche politische Organisation für das kapitalistische Klassenverhältnis grundsätzlich bedeutet: Sie hält die Bevölkerungen, aber nicht das Kapital innerhalb der nationalen Grenzen fest. Auf diese Weise schafft die spezifische Form des bürgerlichen Nationalstaates die strukturelle Möglichkeit, die Menschen und die sozialen Klassen politisch-ökonomisch zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Der Staat

als Mittel der Klassenherrschaft hat grundsätzlich diese Funktion. Sie wird indessen im Zuge der kapitalistischen Globalisierung immer bedeutungsvoller.

III. Der nationale Wettbewerbsstaat

Diese Entwicklung ist es vor allem, die es nahelegt, von der Durchsetzung eines *neuen Typus* des kapitalistischen Staates zu sprechen. Man kann den Staat des globalisierten Kapitalismus als »nationalen Wettbewerbsstaat« bezeichnen. Das heißt, es handelt sich um einen Staat, dessen innere Strukturen und dessen Politik entscheidend von den Zwängen der internationalen »Standortkonkurrenz« bestimmt werden. Er hat vor allem zwei Merkmale:

(1) In *funktionaler* Hinsicht hört der Staat auf, die nationale Ökonomie auf der Basis administrativ organisierter Klassenkompromisse zu regulieren. Sein vorrangiges Ziel ist nun vielmehr die Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen auf nationaler Ebene in bezug auf den globalisierten Akkumulationsprozeß in fortwährender Konkurrenz mit anderen nationalen »Standorten«. Dies geschieht ohne Rücksicht auf einen internen sozialen und politischen Interessenausgleich, materielle Wohlfahrt oder die Anforderungen einer gleichgewichtigen Entwicklung der sozialen Räume und Sektoren. Die Folge davon ist, daß ökonomische Prosperität, wirtschaftliches Wachstum und Massenwohlstand völlig verschiedene Dinge geworden sind. Staatliche Wirtschaftspolitik im Sinne von »Standortpolitik« erweist sich immer mehr als Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals. Das heißt, daß wirtschaftliches Wachstum keinesfalls mehr – wie noch im Fordismus – mit zunehmendem Massenwohlstand verbunden ist, sondern tendenziell zur *Verarmung* breiter Schichten der Bevölkerung führt.

(2) *Strukturell* vollzieht sich damit eine Entdemokratisierung *innerhalb* des institutionellen Rahmens der liberalen Demokratie. D.h., grundlegende politische Entscheidungen werden von demokratischen Willensbildungsprozessen und den sich darin ausdrückenden Interessen der Bevölkerung abgekoppelt. Staatliche Politik unterwirft sich unmittelbar den sogenannten »Sachzwängen« des Weltmarkts. Von Parlamenten und Regierungen unabhängige Zentralbanken werden immer bestimmender. Die Bildung übergreifender Wirtschaftsregionen wie etwa die Europäische Union verstärkt

diesen Prozeß ganz erheblich, wie man an den Zwängen sehen kann, denen alle beteiligten Staaten durch die Einführung einer Europäischen Währungsunion unterworfen werden und die sie – unter dem Diktat der »Maastricht«-Kriterien – zu einer Politik veranlassen, die immer größere Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Armut nach sich zieht.

Unter Anerkennung der Prinzipien der kapitalistischen Globalisierung scheint es zu dieser Politik keine Alternativen zu geben. Darüber hinaus werden politische Entscheidungen immer häufiger in unmittelbaren Verhandlungen zwischen Regierungen und den mächtigen multinationalen Konzernen getroffen. Eine Folge davon ist das allmähliche Leerlaufen der Parteienkonkurrenz. D.h., es wird immer schwieriger, auf der Ebene der Parteien überzeugende politische Alternativen zu formulieren, parlamentarische Debatten gewinnen den Charakter von Talk-Shows und Wahlergebnisse werden politisch immer folgenloser. Ein Ausdruck dafür ist der allgemein feststellbare Rückgang der Wahlbeteiligung.

(3) Dieser Prozeß wird von einem Wandel der herrschenden ideologischen Legitimationsmuster begleitet, der wesentlich dazu beiträgt, die Struktur- und Funktionsveränderungen des Staates durchsetzbar zu machen. »Globalisierung« bezeichnet nicht nur eine ökonomische Realität, sondern dient auch als Propagandaformel, die die Menschen glauben machen soll, es handele sich dabei nicht um Politik und Klassenkampf, sondern um einen objektiven Sachzwang. Weit über ihre wirkliche Bedeutung hinaus wird »Globalisierung« damit als einschüchternde ideologische Waffe benutzt. Der Siegeszug der neoliberalen Ideologie, die in diesem Begriff ihren zentralen Argumentationspunkt gefunden hat, hat eine wesentliche Grundlage im Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme nach 1989 und dem damit verbundenen weltweiten »Sieg« des Kapitalismus. Damit scheint es nicht nur keine Alternative zu den herrschenden Produktionsverhältnissen zu geben, sondern sie brauchen auch nicht mehr durch sozialstaatliche Zugeständnisse im Systemvergleich gerechtfertigt zu werden. Der Einschränkung politischer Spielräume auf nationalstaatlicher Ebene entspricht deshalb das sich ausbreitende Bewußtsein, an den bestehenden Verhältnissen und Entwicklungen sei ohnehin nichts zu ändern. Was übrigbleibt, ist der private Konkurrenzkampf. »Politikverdrossenheit« und die mehr oder

weniger gewalttätige Interessendurchsetzung im Alltag mit all ihren nationalistischen und rassistischen Begleiterscheinungen sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Im Gegensatz zum alten bürgerlichen Liberalismus, der glaubte, Kapitalismus und Demokratie verbinden zu können, beinhaltet der Neoliberalismus eine direkte Aufgabe fundamentaler demokratischer Prinzipien.

Der nationale Wettbewerbsstaat stellt somit eine historisch neue Form des *autoritären Staates* dar. Dieser stützt sich nicht mehr – wie im Fordismus – auf die Einbindung der verschiedenen sozialen Klassen in einen nationalen ökonomischen Regulationszusammenhang im Rahmen korporativer Strukturen. Vielmehr kommt es zu einer faktischen Entdemokratisierung der liberaldemokratischen Institutionen einfach dadurch, daß diese immer mehr leerlaufen. D.h., demokratische Institutionen und Prozesse funktionieren zwar mehr oder weniger weiter, werden aber immer bedeutungsloser für die tatsächliche gesellschaftliche Entwicklung. Wenn die Politik der nationalen Regierungen direkt und entscheidend von den Zwängen der internationalen Kapitalakkumulation und Kapitalzirkulation bestimmt wird, dann wird es immer unwichtiger, wer die Mehrheit im Parlament besitzt oder welcher Regierungschef gewählt wird. In den Ländern, in denen der Ausgang von Wahlen tatsächlich relativ offen ist, gewinnen diese immer mehr den Charakter eines sportlichen Ereignisses ohne besondere politische Bedeutung. Damit wird es für die Politiker auch leichter, vor den Wahlen große Versprechungen zu machen, um sie hinterher sofort zu annullieren. Die Zuschauer werden daran gewöhnt, dies als Teil des Spektakels zu betrachten.

Ein Beispiel dafür ist die letzte Präsidentenwahl in Frankreich. Eine der ersten Maßnahmen der von Chirac eingesetzten neuen Regierung war eine drastische Beschneidung des Sozialversicherungssystems. Dies geschah unter offenem Bruch seiner noch vor kurzem gemachten Wahlversprechen. Der Grund für diese radikale Sparpolitik war der Versuch, die haushalts- und finanzpolitischen Voraussetzungen für den Beitritt Frankreichs zum europäischen Währungssystem zu schaffen, der vor allem im Interesse des international operierenden Kapitals liegt. Dies verlangte als erstes eine starke Reduzierung der staatlichen Verschuldung. Nun kürzte aber die Regierung nicht die gewaltigen Subventionen für den europäischen Airbus oder das europäi-

sche Raumfahrtprogramm, sie kürzte auch nicht die sehr hohen Rüstungsausgaben, sondern eben die Sozialleistungen. Denn erstere sind für den »nationalen Standort« förderlich, die letzteren schädlich. Die französische Besonderheit liegt darin, daß die Bevölkerung sich zwar in den Wahlen gelegentlich betrügen läßt, aber das Spiel nicht immer ganz mitspielt und am Ende doch rebelliert. Einen wesentlichen Erfolg hatte die darauf folgende Streikwelle allerdings nicht.

Entgegen der neoliberalen Theorie und Ideologie bedeutet die aktuelle Transformation also *keine* Zurückdrängung oder allgemeine Schwächung des Staates. Wenn in der politischen Wissenschaft vom Prozeß einer »Aushöhlung« (»hollowing out«) des Staates gesprochen wird, dann kann dies leicht mißverstanden werden. Immerhin waren es die dominierenden Staaten selbst, die die Globalisierung und damit ihre eigene Transformation vorangetrieben haben. Ihre »Schwächung« in bezug auf die Wirksamkeit demokratischer Prozesse ist das Ergebnis eines strategischen politischen Kalküls. Der »nationale Wettbewerbsstaat« ist demnach ein durchaus starker, ökonomisch und sozial in erheblichem Umfange intervenierender Staat. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, daß sich der Abbau des Sozialstaats mit einem äußerst zügigen Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates verbindet. Nationale Grenzen werden zwar innerhalb der kapitalistischen Zentren teilweise durchlässiger, verwandeln sich aber gegenüber der Peripherie in militärisch immer perfekter kontrollierte Festungswälle. Und die staatlichen Militärpotentiale werden angesichts des Endes des Kalten Krieges keineswegs vermindert, sondern zu technologisch hochgerüsteten Instrumenten der globalen »Krisenintervention« umgebaut.

Das neoliberale Modell ist entgegen der herrschenden Ideologie in der Realität ein höchst etatistisches. Der als Wundermittel gepriesene »freie Markt« ist in Wirklichkeit in hohem Maße staatlich-politisch, durch Herrschaft und Unterdrückung eingerichtet und gesteuert. Die Funktion des Staates liegt allerdings mehr denn zuvor darin, im jeweiligen nationalen Rahmen optimale Verwertungsbedingungen für ein international höchst flexibel operierendes Kapital zu schaffen. Je mehr er vom internationalen Kapital abhängig ist, desto repressiver muß er gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung auftreten. Seine Politik richtet sich nicht mehr auf eine sozial und

regional ausgeglichene Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Vorrangiges Ziel wird vielmehr die selektive Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte für den internationalen Wettbewerb und die Unterdrückung aller Interessen, die dem entgegenstehen. Dies nötigenfalls auch mit Gewalt. Damit unterstützt die staatliche Politik die Zunahme sozialer Ungleichheiten und Spaltungen.

IV. Die Transformation der Demokratie

Die Entwicklung dieses nationalen Wettbewerbsstaates hat weitreichende Auswirkungen für das, was heute unter »Demokratie« verstanden werden muß. Die »neue Weltordnung« des globalisierten Kapitalismus wurde immerhin als *das* demokratische Zeitalter überhaupt angekündigt. Das wirft die Frage auf, welche Demokratie damit eigentlich gemeint ist. Um sie zu beantworten, ist es sinnvoll, sich an die Prinzipien zu erinnern, die nach allgemeinem Verständnis für die bürgerlich-liberale Demokratie grundlegend sind.

Die klassische Theorie der bürgerlichen Demokratie enthielt zwei grundlegende Prämissen:

(1) Die Existenz eines in seiner materiellen Lage und in seinen Wertvorstellungen relativ homogenen, d.h. zu gemeinsamen demokratischen Entscheidungen fähigen »Volkes« und

(2) eine Regierung, die genügend politische Handlungsspielräume besitzt, um demokratische Einflußnahme und Kontrolle überhaupt sinnvoll und möglich zu machen.

Natürlich waren diese Voraussetzungen nie völlig vorhanden. Dies schon deshalb nicht, weil die bürgerliche Gesellschaft als Basis der bürgerlichen Demokratie eine Klassengesellschaft ist und die Regierungen immer ganz entscheidend von den herrschenden ökonomischen Machtgruppen abhängig blieben. Durch die Entwicklung zu nationalen Wettbewerbsstaaten werden sie aber tendenziell überhaupt außer Kraft gesetzt:

- Je mehr die Regierungen den Zwängen des internationalen Kapitalwertungsprozesses unterliegen, desto deutlicher laufen demokratische Kontroll- und Partizipationsrechte auf nationaler Ebene ins Leere. Dies ist deshalb schwerwiegend, weil jenseits des Nationalstaats keinerlei politisch-demokratische Institutionen vorhanden sind. Funktionierende staatliche und

damit auch demokratische Strukturen gibt es nur auf nationaler Ebene, und daran wird sich auch nichts ändern, solange der Kapitalismus und damit das Prinzip der nationalstaatlichen politischen Organisation existiert. Auch die Europäische Union, die mehr sein will als eine kapitalistische Wirtschaftsgemeinschaft, ist bekanntlich von funktionierenden demokratischen Strukturen weit entfernt.

- Je mehr die Regierungen die Fähigkeit zu einer integrativen sozialen Regulation verlieren, desto stärker werden die sozialen und regionalen Ungleichheiten und Spaltungen. Das »Volk« zerfällt immer mehr in sozial und regional konkurrierende und sich bekämpfende Segmente. Weltmarktintegrierte Sektoren treten innerhalb derselben Gesellschaft in scharfen Gegensatz zu den ökonomisch marginalisierten. Nicht nur die sozialen, sondern auch die regionalen Disparitäten wachsen. Zugleich wird die Zugehörigkeit zu einem regionalen »Standort« innerhalb des globalen Akkumulationszusammenhangs immer entscheidender für das materielle Lebensschicksal. Aber es wird immer weniger möglich, auf demokratische Weise auf die Entwicklung dieser »Standorte« Einfluß zu nehmen. Damit wachsen auf der einen Seite die internationalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen, auf der anderen Seite versuchen die bessergestellten Teile der »Weltgesellschaft«, sich gegen die Ausgegrenzten auf massive Weise und mit gewaltsamen Mitteln abzuschotten. Dies gilt sowohl innergesellschaftlich als auch entlang nationaler Grenzen.

Diese Entwicklung erklärt vor allem die aktuelle Konjunktur des Rassismus, des Nationalismus, »Fundamentalismus« und Wohlstandschauvinismus. Diese Konjunktur ist offensichtlich so weltweit wie der Kapitalismus selbst. Sie zeichnet die »neue Weltordnung« in besonderer Weise aus und droht, zur bestimmenden ideologischen Grundlage des »nationalen Wettbewerbsstaates« zu werden.

Während in der etablierten Öffentlichkeit nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus der endgültige Sieg der Demokratie gefeiert wird, unterliegt ihre tatsächliche Bedeutung einem grundlegenden Wandel. Zwar werden ihre formellen Institutionen und Verfahren weitgehend akzeptiert. Es gibt auch kaum Versuche, sie formell zu beseitigen. Aber ihr politischer Charakter verändert sich. Die demokratischen Institutionen sind mehr als

jemals Mechanismen zur Durchsetzung internationaler Kapitalinteressen und zur Selbstreproduktion politisch-ökonomischer Machteliten. Je mehr sich diese Entwicklung durchsetzt, desto geringer wird der Widerspruch zwischen den vorhandenen demokratischen Strukturen und den Kapitalinteressen, und desto weniger wird es notwendig, in Krisensituationen die demokratischen Institutionen zu zerschlagen. Nicht zuletzt dies erklärt den Umstand, daß die Blütezeit der offenen Militärdiktaturen vergangen zu sein scheint.

Die bürgerliche Demokratie wird selbst in den Teilen der Welt, in denen sie sich einigermaßen durchgesetzt hatte, immer mehr zu einem Mechanismus zur Ausgrenzung derer, die im Sinne des globalen Akkumulationsprozesses überflüssig, störend oder gefährlich geworden sind. Was heute unter Demokratie verstanden wird, verliert damit mehr und mehr den universellen Anspruch, der einst die emanzipative Bedeutung dieses Begriffs begründete. »Demokratie« wird zu einem Mechanismus der ökonomischen Mobilisierung und der sozialen Ausgrenzung.

Das dem nationalen Wettbewerbsstaat zugrundeliegende ideologische Konstrukt wird weltweit immer beherrschender. Das bedeutet, daß das Prinzip der Standortkonkurrenz, verbunden mit wachsendem Rassismus und Nationalismus, selbst das Denken derer bestimmt, die die Verlierer dieser Entwicklung sind. Im allgemeinen Bewußtsein scheint sich immer stärker die Vorstellung durchzusetzen, daß es zur politischen Form des nationalen Wettbewerbsstaates und dem damit verbundenen Prinzip des ökonomischen Weltbürgerkriegs keinerlei Alternative gibt. Damit aber entwickeln sich faktisch totalitäre Verhältnisse selbst da, wo die demokratischen Institutionen formell noch funktionieren. Wenn Demokratie nicht mehr bedeutet als ein Mittel des Kampfs gegen andere und damit zur Verwaltung von Herrschaft, Ausbeutung und Unmündigkeit, dann schlägt sie in ihr Gegenteil um. Herbert Marcuse hatte schon frühzeitig vor dem Heraufziehen einer quasi totalitären »eindimensionalen« Gesellschaft im Rahmen des sich immer weiter durchsetzenden Kapitalismus gewarnt. Es hat den Anschein, als wäre diese Warnung heute aktueller denn je.

V. Schlußfolgerungen

Es ist also festzustellen, daß die aktuellen Strukturveränderungen des Kapitalismus, die mit dem Begriff »Globalisierung« beschrieben werden, zu einer grundlegenden Transformation des Staates führen. Diese beinhalten kein Zurückdrängen und auch keine Schwächung des Staates, sondern führen zu einem neuen Typus des autoritären und »starken« Staates. Damit verbindet sich eine Transformation der Demokratie in der Weise, daß die liberaldemokratischen Institutionen materiell entleert und ausgehöhlt werden. Statt Mechanismen politischer Partizipation zu sein, werden sie mehr und mehr zum Mittel der Durchsetzung internationaler Kapitalinteressen. Dies gilt selbst in den Ländern, in denen bürgerliche Demokratien eine relativ gefestigte Gestalt angenommen hatten. In der Terminologie der politischen Theorie wird diese Entwicklung mit dem Begriff des »hollowing out«, der »Aushöhlung« des Staates beschrieben. Dieser Ausdruck ist allerdings mißverständlich. Ausgehöhlt und geschwächt wird nicht der Staat als Herrschaftsapparat, sondern seine bisher noch vorhandenen demokratischen Formen.

Es stellt sich damit die Frage, wie eine demokratische Politik unter den Bedingungen des nationalen Wettbewerbsstaates aussehen könnte. Offensichtlich ist, daß sie nicht mehr umstandslos an die vorhandenen liberaldemokratischen Institutionen anknüpfen oder einfach auf ihren Ausbau zielen kann. Demokratische Politik muß heute wesentlich jenseits und unabhängig vom Staat und den etablierten politischen Institutionen der liberalen Demokratie ansetzen.

Das neue kapitalistische Weltssystem: Ende des Imperialismus?

I. Eine neue Weltordnung?

Seit 1989 wird von einer »neuen Weltordnung« gesprochen. Der zweite Golfkrieg war der erste Krieg, der – einer Proklamation des damaligen US-Präsidenten Bush folgend – offiziell für sie und in ihrem Namen geführt wurde. Was ist darunter zu verstehen? Erst einmal ist sie die Ordnung des in der Systemauseinandersetzung des 20. Jahrhunderts siegreich gebliebenen Kapitalismus. Sie beruht auf dem Zusammenbruch der Sowjetunion, des von ihr beherrschten Gesellschaftssystems und auf der Ausdehnung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses über die ganze Welt. Damit stellt sich zugleich die Frage, ob diese neue Weltordnung nichts anderes ist als eine historisch neue Form des Imperialismus. Die Antwort darauf fällt nicht ganz leicht. Denn an ihrem Ursprung steht der Zusammenbruch *zweier* Imperien, nämlich nicht nur des russischen, sondern in gewisser Weise auch des US-amerikanischen; ein Zusammenbruch der imperialen Weltreiche, die die globalen politischen und ökonomischen Strukturen sowie die gesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Jahrhundert entscheidend bestimmt haben.

II. Das Ende der US-Hegemonie und die kapitalistische »Triade«

Zunächst einmal beschäftige ich mich mit den Veränderungen, die das kapitalistische Zentrum in den letzten beiden Jahrzehnten erfahren hat. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war im westlichen Teil der Welt von der absoluten politischen und militärischen Dominanz der USA geprägt. Die Vereinigten Staaten waren nicht nur stark und mächtig, sondern in theoretisch strikter Weise *hegemonial*: Sie konnten ihr Gesellschaftsmodell nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politisch-kulturellen Sinne als bestimmend durchsetzen. Und sie garantierten zugleich die bestehende internationale Ordnung mit ihren militärischen, ökonomischen und politischen Mitteln.

Das US-amerikanische Gesellschaftsmodell war das des *Fordismus*. Die Krise des Fordismus, über die ich in den vorhergehenden Kapiteln gesprochen habe, war deshalb zugleich die Krise der US-Hegemonie.

Ein entscheidendes Moment dieser Entwicklung war, daß sich im Rahmen der von den USA garantierten ökonomischen Weltordnung – also des globalen Fordismus – konkurrierende kapitalistische Zentren herausbilden und durchsetzen konnten: zunächst vor allem Japan und Westeuropa. Die nach der Krise der dreißiger Jahre von den USA erreichte und garantierte Wiederherstellung des internationalen Marktes und der durch die fordistische Transformation ermöglichte starke Wachstumsschub führten zu einer raschen ökonomischen Erholung der im zweiten Weltkrieg zerstörten Länder. Ironischerweise waren es vor allem die Verlierer des zweiten Weltkrieges, Japan und Deutschland, die sozusagen unter dem Schirm der USA relativ schnell wieder eine starke ökonomische Position erreichen konnten. Dies verweist darauf, welche entscheidende Bedeutung der Kalte Krieg für die ökonomische Nachkriegsentwicklung im kapitalistischen Teil der Welt hatte.

Sowohl in Japan als auch in Europa wurde allerdings das US-amerikanische Modell des Fordismus nicht einfach kopiert, sondern es entwickelten sich aufgrund der unterschiedlichen historischen Bedingungen und politischen Traditionen, nicht zuletzt auch der anders gelagerten sozialen Klassenkräfteverhältnisse, spezifische Ausformungen dieser Gesellschaftsformation. Im Kern waren der europäische und der japanische Fordismus durch einen viel höheren Grad der Staatsintervention, eine große Bedeutung sozialvertraglich-korporativer Regulierungsformen und auch durch besser ausgebaut soziale Sicherungssysteme gekennzeichnet. Der europäische und der japanische Fordismus waren schließlich im Sinne ökonomischer Effizienz dem amerikanischen Modell in einiger Hinsicht sogar überlegen. Dazu standen beide Regionen unter dem militärischen »Schutz« der USA, was die unproduktiven Rüstungsausgaben relativ niedrig hielt und das dortige Kapital in die Lage versetzte, die ziviltechnologische Entwicklung sehr viel entschlossener und stärker voranzutreiben.

Diese Pluralisierung des kapitalistischen Zentrums, die sich schon sehr früh angedeutet hatte, war ein Element, das die Weltwirtschaftskrise der

siebziger Jahre entscheidend mitbestimmte. Sie war schließlich eine wichtige Ursache für den Zusammenbruch der von den USA kontrollierten internationalen Regulation, die die Krise des Fordismus zwar nicht ausgelöst, aber entscheidend verstärkt hat.

Wichtig zum Verständnis der »neuen Weltordnung« ist nun, daß der Untergang der Sowjetunion als Teil dieser Krise des Fordismus betrachtet werden muß. Dies gilt nicht nur deswegen, weil der Staatssozialismus sowjetischen Typs in gewisser Hinsicht als eine spezifische, wenn auch unvollkommene Form einer fordistischen Gesellschaftsorganisation, als der mißlungene Versuch, fordistische Strukturen nachzuahmen, betrachtet werden kann.

Die kapitalistische Reaktion auf die Krise des Fordismus bestand, wie ich darzustellen versucht habe, in einer technologischen Offensive, deren politisch-ökonomische Voraussetzung die Globalisierung des Kapitalverhältnisses und die damit verbundene Umwälzung der Klassenstrukturen im internationalen Maßstab war. Der Sowjetunion und den anderen staatssozialistischen Ländern war es aufgrund ihrer inneren Verhältnisse aber völlig unmöglich, in diesem erneuten technologischen Wettlauf mithalten. Ihre starren gesellschaftlichen und politischen Strukturen ebenso wie die ökonomische wie politische Entmündigung der Arbeiterklasse unterbanden die gesellschaftliche Flexibilität und Kreativität, die eine Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnologien sind. Somit wurde immer klarer, daß die staatssozialistischen Systeme im Sinne ökonomischer Effizienz dem Kapitalismus langfristig völlig unterlegen sein und ökonomisch-technologisch immer stärker von ihm abhängig werden würden. Man muß davon ausgehen, daß die staatssozialistischen Eliten genau dies sehr wohl erkannt haben. Vor allem deshalb gingen sie selbst daran, ihre Gesellschaften kapitalistisch zu transformieren. Das sowjetische System ist offensichtlich weder durch eine Revolution noch durch äußere Eingriffe, sondern durch einen Prozeß der internen Elitentransformation zusammengebrochen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung war das Ende des Blockgegensatzes, der »Sieg« des Kapitalismus, seine Globalisierung und zugleich seine Spaltung in mehrere scharf konkurrierende Zentren. Diese Spaltung hat einige wichtige Folgen für die Gestalt der »neuen Weltordnung«:

• Die *internationale politische Regulation* der kapitalistischen Ökonomie, die während des Fordismus durch die hegemoniale Position der USA garantiert war, ist endgültig zusammengebrochen. Jedes der kapitalistischen Zentren versucht seither, seine Interessen durchzusetzen, ohne auf die Funktionsbedingungen des kapitalistischen Gesamtsystems sehr viel Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich besteht seither die Situation eines mehr oder weniger latenten Wirtschaftskrieges. Zu einer gewissen Kooperation und Koordination kommt es praktisch nur in akuten Krisensituationen, die alle bedrohen, so etwa im Fall der Schuldenkrise der achtziger Jahre – oder wenn gefährliche Entwicklungen in der Peripherie militärisch bekämpft werden wie im Falle des zweiten Golfkriegs. Das Fehlen einer einigermaßen funktionsfähigen politischen Regulation des globalen Akkumulationsprozesses sorgt für die Fortdauer der seit den siebziger Jahren andauernden Weltwirtschaftskrise.

• In ihrem Konkurrenzkampf versuchen alle Zentren, zur Stärkung ihrer Position regionale Einflußgebiete zu schaffen oder auszuweiten, gegeneinander abzugrenzen und ihrer politisch-ökonomischen Kontrolle zu unterwerfen. Das gilt für die USA ebenso wie für Japan oder Europa. Die Globalisierung bedeutet daher zugleich eine starke *Regionalisierung* des Kapitalismus. Der globale Liberalismus und der Freihandel verbinden sich mit einem immer deutlicher werdenden regionalen Protektionismus. Gleichzeitig wachsen aber auch innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsräume und selbst innerhalb der einzelnen Staaten die räumlich-sozialen Unterschiede. Die Globalisierung des Kapitalismus beinhaltet deshalb auch eine deutliche Tendenz zu wachsenden räumlichen Ungleichheiten. »Globalisierung«, »Regionalisierung« und »Lokalisierung« haben dieselben Ursachen und bedingen sich gegenseitig.

Die Art und Weise der kapitalistischen Regionalisierung ist außerordentlich unterschiedlich, wenn man etwa die NAFTA (North American Free Trade Agreement) als reine Freihandelszone mit der Europäischen Union vergleicht, die sehr viel stärker die Züge eines föderativen Zusammenschlusses mit gemeinsamen politischen Institutionen besitzt. Allerdings hebt die Regionalisierung das Prinzip der nationalstaatlichen Organisation des Kapitalismus keineswegs auf. Auch die Europäische Union ist bislang nicht mehr

als ein Staatenbund, bei dem wichtige nationalstaatliche Souveränitätsrechte, insbesondere das der militärischen Gewalt, unangetastet bleiben.

• Von großer Bedeutung ist, daß diese kapitalistischen Zentren einigermaßen *unterschiedliche Gesellschaftssysteme* aufweisen. Es gab, wie gesagt, bereits zwischen dem japanischen, dem US-amerikanischen und dem europäischen Fordismus erhebliche Unterschiede. Sie wurden noch sehr viel größer, als die metropolitanen Zentren mit ganz unterschiedlichen Strategien der neoliberalen Strukturreform auf die Krise des Fordismus reagierten. Es hat den Anschein, als würden sich in den einzelnen kapitalistischen Regionen ganz verschiedene Gesellschaftsformen herausbilden. Was innerhalb der kapitalistischen »Triade« heute in Konkurrenz steht, sind also nicht gleichartige kapitalistische Mächte, sondern höchst unterschiedliche kapitalistische Gesellschaftsmodelle.

Diese Gesellschaftsmodelle unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Klassenstrukturen als auch hinsichtlich der gesellschaftlich-politischen Institutionen, der Rolle des Staates und nicht zuletzt hinsichtlich der kulturellen Orientierungen ganz erheblich. Diese Entwicklung ist die Ursache dafür, daß »Kultur« in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion immer stärker als ein entscheidender ökonomischer Machtfaktor wahrgenommen wird und gelegentlich die internationale Staatenkonkurrenz in Verkennung der entscheidenden ökonomischen Mechanismen sogar zu einem simplen »Kampf der Kulturen« erklärt wird.

III. Veränderungen der kapitalistischen Peripherie

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Globalisierung des Kapitalismus mit tiefgreifenden Veränderungen nicht nur des kapitalistischen Zentrums, sondern auch der Peripherie verbunden ist. Die Auswirkungen der Globalisierung und der sie vorantreibenden neoliberalen Politik haben auch in den Zentren zu enormen sozialen Ungleichheiten und Ausgrenzungsprozessen geführt. Damit sind auch dort teilweise Lebensverhältnisse entstanden, die früher eher der sogenannten »Dritten Welt« zugeschrieben wurden. Und dieser Prozeß scheint sich im Zuge der durchgesetzten neoliberalen Strukturreformen erheblich zu beschleunigen. Wenn also heute von der »Dritten Welt« oder von der kapitalistischen Peripherie gesprochen wird,

dann kann sich das immer weniger auf eindeutig bestimmbare und abgegrenzte Räume beziehen.

Gleichzeitig konnten Teile der ehemaligen Peripherie, nicht zuletzt die »Tigerstaaten« Südostasiens, deutliche Erfolge bei der kapitalistischen Entwicklung verbuchen. Zwar sind diese – für viele überraschend, aber eigentlich voraussehbar – jetzt in eine schwere Krise geraten. Der eingeleitete Industrialisierungsprozeß wird dadurch aber kaum verlangsamt werden. Den »neuen Industrieländern« gegenüber stehen die Teile der Welt, die vom kapitalistischen Entwicklungsprozeß und vom Weltmarkt weitgehend abgekoppelt wurden und der absoluten Verelendung preisgegeben scheinen. Die Erfahrung mit dem globalisierten Kapitalismus hat inzwischen gelehrt, daß es manchmal als erstrebenswerter erscheinen kann, im Zusammenhang »abhängiger« Entwicklung einem internationalen Ausbeutungszusammenhang zu unterliegen, als nicht einmal mehr als Objekt des Kapitals zu taugen. Auch dies ist eine wesentliche materielle Grundlage für den Erfolg der neo-liberalen Ideologie.

Damit hat sich auch die traditionelle Konfliktachse zwischen »Nord« und »Süd« verschoben. Zu dem Verhältnis zwischen kapitalistisch dominanten und abhängigen Ländern tritt nun immer deutlicher die absolute ökonomische Marginalisierung im Weltmarktzusammenhang hinzu. Dies hängt nicht zuletzt mit den technologischen Veränderungen zusammen, die im Zuge der Globalisierungsoffensive durchgesetzt wurden: Die Metropolen sind heute sehr viel weniger von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften abhängig, als dies früher der Fall war, ganz abgesehen davon, daß der Rückgang der Reallöhne und die »Deregulierung« der Arbeitsverhältnisse auch in den Zentren zu einer tendenziellen Angleichung der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Teilen der Welt führt. In dieser Beziehung bestehen beispielsweise zwischen den USA und Südkorea heute nur noch graduelle Unterschiede. Der kapitalistisch marginalisierten sogenannten »vierten Welt« droht damit ein Schicksal, das noch weitaus schlimmer ist als die ökonomische Ausbeutung: nämlich nicht viel mehr zu sein als ein Müllabladepplatz, Standort einiger weniger Tourismuskolonnen oder ein bloßes Sicherheitsrisiko, das mittels sogenannter »humanitärer« Militärinterventionen unter Kontrolle gehalten wird.

Ein wesentlicher Teil der gegenwärtigen internationalen Konflikte dreht sich daher um die Frage der Anbindung peripherer Länder an die metropolitenen Regionen. Insbesondere gilt das für Osteuropa und für die ehemalige Sowjetunion. Die verzweifelten Bemühungen der osteuropäischen Staaten, in die EU aufgenommen zu werden, sind bekannt. Ein besonders dramatisches Beispiel für diesen Zusammenhang ist der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Eine wesentliche Kriegsursache war, daß Teile des zusammenbrechenden jugoslawischen Staates versucht hatten, sich durch den Anschluß an die EU aus dem sich abzeichnenden Konkurs zu retten. Diese Versuche stießen wiederum auf stark konkurrierende Interessen der Metropolen.

Dies gilt sowohl für das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander – insbesondere Deutschlands auf der einen, Frankreichs und Großbritanniens auf der anderen Seite –, als auch für die Interessenkonflikte zwischen der EU und den USA. Die Folge dieser metropolitenen Konflikte war eine Serie von widersprüchlichen Interventionen, die einen Krieg dieses Ausmaßes und dieser Dauer erst möglich machten.

IV. Die Krise der »Dependencia«-Theorie

Ich habe versucht, die Struktur der »neuen Weltordnung« in einigen Grundzügen zu beschreiben. Die Frage bleibt, mit welchem theoretischen Konzept diese Struktur und ihre Entwicklung begriffen und erklärt werden können. Dabei ist zunächst festzustellen, daß sowohl die traditionelle Imperialismustheorie als auch die in den sechziger und siebziger Jahren unter den Bedingungen des USA-dominierten »Neokolonialismus« sehr einflußreich gewordene Dependencia-Theorie offenkundige Mängel aufweisen. Die Dependencia-Theorie hat die linken Diskussionen bis vor kurzem sehr stark beherrscht. Sie geht grundsätzlich von einer weitgehenden Unveränderlichkeit des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses aus. Und sie postulierte in ihren radikaleren Varianten die strukturelle Unfähigkeit peripherer Staaten zu einer aufholenden kapitalistischen Entwicklung im Rahmen der bestehenden Weltmarktverhältnisse. Die mögliche Perspektive einer »nachholenden« industriellen Entwicklung wurde nur in einer weitgehenden Abkoppelung dieser Länder vom Weltmarkt gesehen. Die Dependencia-Theorie konnte

also weder die Entwicklung der sogenannten »Tigerstaaten« mit ihrer hohen Weltmarktintegration noch die Pluralisierung des kapitalistischen Zentrums, noch den Niedergang ehemaliger Metropolen, etwa Großbritanniens, genügend erklären.

Allgemein gesprochen besteht der Mangel des Dependencia-Ansatzes darin, daß die Bedeutung der *inneren* gesellschaftlichen Strukturen der einzelnen Staaten für die Gestalt des internationalen Systems und seine Entwicklung zu sehr vernachlässigt wurde. Dies bezieht sich auf die jeweiligen Klassenstrukturen, das System der gesellschaftlichen Institutionen, den Charakter des Staates und natürlich auch auf die jeweiligen kulturellen Traditionen. Oder anders formuliert: Sie litt an einem gewissen theoretischen Ökonomismus.

Im Gegensatz dazu müssen wir davon ausgehen, daß es für periphere Länder innerhalb des kapitalistischen Weltsystems durchaus Entwicklungsmöglichkeiten im kapitalistischen Sinne gibt, sofern es ihnen gelingt, geeignete innere Strukturen auszubilden. Das heißt, gesellschaftliche und politische Verhältnisse, Klassenstrukturen und staatlich-politische Institutionen zu schaffen, die die peripheren Länder in die Lage versetzen, sich so in den globalen Akkumulationszusammenhang einzugliedern, daß ein relativ beständiges und »selbsttragendes« Wachstum möglich ist. Diese Fähigkeit ist keinesfalls eine bloß ökonomische, sondern vor allem eine gesellschaftlich-politische Frage. Abhängigkeit und Marginalisierung werden nicht allein durch äußere ökonomische und politische Einflüsse und Kräfte bestimmt, sondern resultieren zu einem wesentlichen Grade auch aus den inneren Verhältnissen der jeweiligen Länder.

Da die inneren gesellschaftlichen und politischen Strukturen einer eigenen Dynamik und Entwicklung unterliegen, kann das kapitalistische Welt-system niemals als absolut festgefügt und unveränderlich begriffen werden. Es hat eher den Charakter eines variablen Netzwerks miteinander verbundener, aber zugleich sehr unterschiedlicher nationaler Akkumulations- und Regulationssysteme. Wie gesagt, ist die Position der einzelnen Länder innerhalb dieses Netzwerks wesentlich davon abhängig, wie diese inneren Strukturen aussehen. Und sie wird vor allem davon bestimmt, ob soziale Verhältnisse, gesellschaftliche und politische Institutionen anpassungsfähig genug

sind, um auf veränderte Bedingungen des globalen Akkumulationsprozesses und des Weltmarkts eigenständig reagieren zu können.

Ich muß betonen, daß dies keineswegs die Möglichkeit einer gleichmäßigen ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Welt und die Aufhebung imperialistischer Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse beinhaltet. Der globale Akkumulationsprozeß beruht vielmehr *strukturell* auf einer ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung, und er muß diese beständig reproduzieren. Die Logik der aktuellen Globalisierung besteht gerade darin, daß sie es dem internationalen Kapital möglich macht, *unterschiedliche* Produktionsbedingungen, d.h. unterschiedliche Gesellschaftstypen flexibel auszunutzen und sie im Rahmen global organisierter Produktionsprozesse miteinander zu kombinieren. Das Verhältnis von Dominanz und Abhängigkeit ist somit ein *Strukturmerkmal* des Kapitalismus. Aber es erweist sich zugleich als relativ *veränderlich*.

V. Ein Beispiel: Mexiko und Südkorea

Diese theoretischen Überlegungen sind sehr stark im Rahmen der sogenannten »Theorie der Regulation« formuliert worden, auf die ich mich hier vor allem beziehe. Ich muß allerdings darauf verzichten, die damit verbundenen theoretischen Konzepte im einzelnen darzustellen.

Ich kann jedoch versuchen, dieses Konzept anhand eines Vergleichs zwischen den lateinamerikanischen und südostasiatischen sogenannten »Schwellenländern« zu verdeutlichen. Es ist augenscheinlich, daß die lateinamerikanischen Länder von der Krise des Fordismus und dem damit verbundenen Scheitern der Importsubstitutionsstrategie sehr viel härter getroffen wurden als die südostasiatischen. Diesen ist es in den achtziger Jahren gelungen, die Importsubstitutionspolitik durch eine Strategie der Exportdiversifizierung und der aktiven Weltmarktintegration zu ersetzen. Zumindest bis zur Krise des Jahres 1997 war diese Politik relativ erfolgreich. Zum Teil müssen die Unterschiede zwischen Lateinamerika und Südostasien selbstverständlich mit der Unterstützung der USA erklärt werden, die den südostasiatischen Regimen im Zeichen der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges zukam. Die US-amerikanische Interventionsstrategie war aus diesem Grunde in beiden Fällen höchst verschieden. Ich glaube allerdings, daß

diese Erklärung nicht ausreicht. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß dabei die unterschiedlichen inneren gesellschaftsstrukturellen und politischen Bedingungen eine sehr ausschlaggebende Bedeutung hatten. Maßgebend dafür sind besondere historische Bedingungen und Traditionen, nicht zuletzt die Tatsache, daß in Südostasien ein ganz anderer Typ des Kolonialismus wirksam war als in Lateinamerika.

Die Merkmale, welche die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen Südkoreas kennzeichnen, haben deshalb eher weniger mit »Kultur« als mit den Besonderheiten der kolonialen Vergangenheit und mit seiner Stellung im internationalen System der Nachkriegszeit zu tun. Es handelt sich vor allem um folgende Faktoren:

Südkorea stand unter der japanischen Kolonialherrschaft, die viel weniger als der Kolonialismus in Lateinamerika auf einer Kooperation mit einheimischen Kompradorenklassen beruhte, sondern die traditionellen ökonomischen und politischen Eliten weitgehend vernichtete.

Im Zusammenhang der militärischen Blockkonfrontation hatte der Staatsapparat eine besonders starke Stellung. Dadurch war die Regierung in die Lage versetzt, gegenüber dem sich entwickelnden Kapital eine relativ eigenständige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu betreiben. Der Staatsapparat verfügte also über eine relativ große Autonomie gegenüber den gesellschaftlichen Klassen insgesamt. Darüber hinaus handelt es sich um höchst autoritäre Regime mit bestenfalls höchst schwach entwickelten liberaldemokratischen Elementen.

Darauf aufbauend bestanden ausgezeichnete Möglichkeiten zur Entwicklung leistungsfähiger staatsmonopolistischer Organisationsformen, das heißt einer engen Kooperation von Staat und Kapital, wofür das japanische Modell zweifellos das Vorbild lieferte.

Eine weitere Besonderheit der Sozialstruktur bestand darin, daß infolge der japanischen und von den USA fortgesetzten Kolonialpolitik eine Landreform durchgeführt werden konnte. Im kapitalistischen Sinne sind die Klassenstrukturen egalitärer. Vor allem fehlt eine traditionelle Agraroligarchie, wie sie sich etwa in Lateinamerika als ein wichtiges Hindernis für die kapitalistische Entwicklung erwies.

Und nicht zuletzt bestehen hier natürlich auch besondere gesellschaftli-

che Traditionen, also andere religiöse Normen und soziale Verhaltensweisen, die sehr viel weniger individualistisch geprägt sind.

Vergleicht man Mexiko mit Südkorea, so fällt auf, daß beide Länder einen sehr autoritären Staatsapparat und relativ gering entwickelte demokratische Formen aufweisen. Im Unterschied zu Südkorea ist der mexikanische Staat aber sehr viel abhängiger von der traditionellen Agraroligarchie, die sich allmählich kapitalistisch transformieren konnte. Der mexikanische Staat ist derart mit der herrschenden ökonomischen Machtstruktur verflochten, daß er zu einer relativ eigenständigen ökonomischen Strategie, insbesondere zu einer planmäßigen Industrialisierungspolitik, kaum in der Lage ist. Während die neoliberale Restrukturierungspolitik in Südkorea zu einer planmäßigen Weltmarktintegration der Industrie im Rahmen einer Exportdiversifizierungsstrategie geführt hat, eröffnete sie in Mexiko vor allem das Feld für eine gigantische Finanzspekulation, für Korruption und für unproduktive Subventionen, die die internationale Abhängigkeit dieses Landes entscheidend vergrößert haben.

VI. Zwei Schlußfolgerungen

(1) Das gegenwärtige kapitalistische Weltssystem wird entscheidend durch das Fehlen einer eindeutigen Hegemonialstruktur und durch die Konkurrenz mehrerer Zentren bestimmt, die durch höchst unterschiedliche gesellschaftlich-politische Strukturen gekennzeichnet werden. Tatsächlich scheint sich das herrschende imperialistische Konkurrenzverhältnis zwischen verschiedenen kapitalistischen *Gesellschaftssystemen* zu entwickeln. Gleichzeitig werden aber die konkurrierenden Metropolen durch die absolute militärische Vorherrschaft der USA zu einem gewissen kooperativen Verhalten gezwungen.

Der Wirtschaftskrieg ist an die Stelle des offenen militärischen imperialistischen Konflikts getreten – zumindest was das unmittelbare Verhältnis der herrschenden Staaten untereinander angeht. Imperialistische Stellvertreterkriege wie z.B. in dem zu einer Neuaufteilung zwischen den Metropolen anstehenden Zentralafrika sind dadurch allerdings nicht ausgeschlossen. Und auch der wirtschaftliche Kampf wird durch das gemeinsame Interesse am Erhalt der bestehenden »Weltordnung« in Grenzen gehalten, was sich gege-

benenfalls in gemeinschaftlich durchgeführten »Kriseninterventionen« und »Befriedungsmaßnahmen« unter Führung der USA äußert.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem »alten« und dem heutigen Imperialismus besteht darin, daß im Zeitalter der Globalisierung die militärisch durchgesetzte räumliche Expansion zugunsten einer »friedlichen« Durchdringung der Märkte und der flexiblen Internationalisierung der Produktion in den Hintergrund getreten ist. Nicht mehr koloniale Eroberung, sondern die Schaffung günstiger Kapitalverwertungsbedingungen in formell unabhängigen Staaten steht im Vordergrund. Die zunehmende Unabhängigkeit des international operierenden Kapitals von den Staaten verleiht dem Imperialismus eine neue und sehr viel komplexere Gestalt.

Ob sich eines der gegenwärtig bestehenden kapitalistischen Zentren schließlich als beherrschend durchsetzen kann und welches dies sein wird, ist durchaus offen. Offen ist allerdings auch, ob sich die regionalen Unterschiede im Zuge einer fortschreitenden neoliberalen Globalisierungspolitik durchhalten werden. In Mexiko wird häufig auf Europa als Modell eines »zivilisierten« und »sozialen« Kapitalismus verwiesen, d.h. als ein Modell, das auch für die Entwicklung dieses Landes beispielgebend sein könnte. Das ist insofern nicht ganz falsch, als damit gezeigt werden kann, daß die Entwicklung des Kapitalismus nicht einfachen ökonomischen Gesetzen folgt, sondern mittels sozialer und politischer Kämpfe durchaus gestaltet werden kann.

Was dabei aber oft vergessen wird, ist nicht nur die Tatsache, daß die europäische Entwicklung auf besonderen historischen Bedingungen und sozialen Strukturen – nicht zuletzt stattgefundenen Klassenkämpfen – beruht, die nicht beliebig übertragbar sind. Es wird vor allem übersehen, daß der europäische »soziale Kapitalismus« – der im übrigen nur in einigen Ländern existiert – im Zuge der Globalisierung und der neoliberalen Politik immer stärker unterminiert wird. Großbritannien beispielsweise kann heute als Modellfall für die ökonomischen, politischen und sozialen Zerstörungen angesehen werden, die eine konsequente neoliberale Politik anzurichten vermag. Selbst in den »sozialdemokratischen« Ländern Mittel- und Westeuropas wachsen die sozialen Ungleichheiten, die regionalen Unterschiede und die Armut großer Teile der Bevölkerung. Daß diese Entwicklung von

einem vergleichsweise hohen sozialen Niveau ausgeht und infolge der teilweise immer noch bestehenden »fordistischen« politischen und gesellschaftlichen Strukturen langsamer verläuft als beispielsweise in den USA, darf nicht über die tatsächlich herrschenden Tendenzen hinwegtäuschen. Die auch von manchen europäischen Politikern gepriesene Orientierung am Modell eines »rheinischen Kapitalismus« könnte sich somit als Illusion erweisen, die ausblendet, daß die ökonomischen Grundlagen des fordistischen Kapitalismus durch die Folgen der jüngsten Weltwirtschaftskrise weitgehend beseitigt worden sind und daß eine sozialdemokratische Politik klassischen Musters heute überhaupt nicht mehr möglich ist. Der kapitalistische »Standortwettbewerb« beruht zwar auf deutlichen sozio-kulturellen und politischen Unterschieden zwischen den verschiedenen Weltregionen, hat gleichzeitig aber auch die Wirkung, diese mehr und mehr einzuebnet.

Der ökonomische Erfolg der südostasiatischen Tigerstaaten könnte im übrigen darauf hinweisen, daß nicht dem demokratisch-sozialen, sondern dem dort herrschenden, extrem autoritären und sozial entfesselten Kapitalismus die Zukunft gehört. Während mexikanische Intellektuelle gelegentlich das europäische Modell preisen, bevorzugen zumindest die herrschenden Gruppen in Europa mittlerweile durchaus das südostasiatische. Für die Zukunft der Demokratie im Weltmaßstab erwachsen daraus keine besonders günstigen Aussichten.

Gegenwärtig wird das kapitalistische Weltsystem allerdings noch nicht durch eindeutige Hegemonial- und Dominanzverhältnisse, sondern vor allem durch eine strukturelle Instabilität gekennzeichnet. Diese äußert sich im weitgehenden Fehlen einer politischen Regulation des globalen Akkumulationsprozesses. Es läßt sich deshalb erwarten, daß die gegenwärtige Krise noch sehr lange andauern wird.

(2) Wenn Abhängigkeit und Marginalisierung sehr wesentlich von den inneren politischen und sozialen Verhältnissen abhängt, ist ihre Überwindung nicht zuletzt eine Frage grundlegender Veränderungen dieser gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Insofern bleibt eine zentrale Aussage der Dependencia-Theorie gültig: nämlich daß die Aufhebung von Armut und Abhängigkeit eine Frage sozialrevolutionärer Umwälzungen ist. Dies gilt zweifellos auch für Mexiko. Offen bleibt allerdings die Frage, wie eine

solche Veränderung aussehen muß, auf welche Weise und durch welche Kräfte sie herbeigeführt werden kann. Diese Frage stellt sich nach dem historischen Scheitern des Staatssozialismus und des sozialdemokratischen Reformismus besonders nachhaltig. Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts müssen die Prinzipien und Strategien einer emanzipativen und sozialrevolutionären Politik völlig neu diskutiert werden.

Demokratie und Staatsbürgerschaft

I. Fragestellung

In den vorhergehenden Texten habe ich auf den Prozeß der »Aushöhlung« der liberalen Demokratie hingewiesen, der mit der Globalisierung des Kapitalismus und der Durchsetzung des »nationalen Wettbewerbsstaates« verbunden ist. Dabei sind vor allem folgende Entwicklungen bedeutungsvoll:

- Die wachsende *Abhängigkeit* der Regierungen von internationalen Kapitalbewegungen und damit die Abkoppelung der politischen Entscheidungen auf Regierungsebene von den Prozessen, die im liberaldemokratischen System institutionalisiert sind, und
- eine zunehmende *Spaltung* der Gesellschaft sowohl in regionaler als auch in sozialer Hinsicht.

Damit werden zwei entscheidende Grundlagen der liberalen Demokratie untergraben: nämlich das Prinzip der verantwortlichen Regierung und eines demokratisch konsensfähigen »Volkes«. Je mehr grundlegende politische Entscheidungen von den angeblichen »Sachzwängen« der globalen Ökonomie diktiert werden, desto stärker müssen die demokratischen Prozesse auf nationalstaatlicher Ebene leerlaufen. Und je tiefer die sozialen Ungleichheiten und Spaltungen werden, desto mehr verliert der Begriff der allgemeinen »Staatsbürgerschaft« seine materielle Grundlage. Das »Volk« zerfällt immer stärker in sich voneinander abschottende und sich gegenseitig bekämpfende Gruppen.

Eine Folge dieser Entwicklung ist die Entstehung eines autoritären Staates im liberaldemokratischen Gewande. Und zugleich stellt sich damit die Frage, inwieweit es im Rahmen dieser Struktur überhaupt noch möglich ist, demokratische Verhältnisse zu schaffen oder sogar zu erweitern.

II. Das Konzept der Zivilgesellschaft

Vor allem im Rahmen dieser Problematik wird heute das Konzept der »Zivilgesellschaft« diskutiert. Was bedeutet dieser Begriff? Im allgemeinen wird

darunter einfach der weite Komplex aller gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen verstanden, die nicht unmittelbar vom Staatsapparat abhängig sind. Gemeint sind also z.B. Vereine, Verbände, Interessenorganisationen, Parteien, Intellektuellengruppen, Gewerkschaften, die Massenmedien und die Presse, Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Universitäten usw. Dieser weitverzweigte gesellschaftliche Komplex soll die Möglichkeit unabhängiger Interessenartikulation, der freien politischen Diskussion und die Existenz einer unabhängigen politischen Öffentlichkeit gewährleisten.

Der aktuellen Diskussion liegt die Vorstellung zugrunde, daß die Stärkung dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen der Weg sei, um den demokratischen Prozeß wieder zu beleben bzw. überhaupt wirklich in Gang zu setzen, d.h. eine unabhängige politische Willensbildung und eine funktionierende Kontrolle der Regierung zu gewährleisten. Damit soll es möglich werden, das autoritär transformierte institutionelle System der liberalen Demokratie wieder mit Inhalt zu füllen.

Gerade auch in vielen peripheren Ländern – in Mexiko z.B., vor allem im Anschluß an den »zapatistischen« Aufstand – spielt das Konzept der »Zivilgesellschaft« eine zunehmend bedeutsamere Rolle in der politischen Diskussion. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache zu verstehen, daß zivilgesellschaftliche Strukturen hier, nicht zuletzt infolge der langjährigen und sehr effizient ausgeübten Kontrolle der Staatspartei über das gesamte politische und öffentliche Leben, relativ schwach ausgebildet sind. Von einer einigermaßen entfalteten »Zivilgesellschaft« wie in den entwickelteren Demokratien kann man hier tatsächlich kaum sprechen. Trotzdem handelt es sich bei dem Vergleich verschiedener Länder heute im wesentlichen eher um graduelle Unterschiede. Und was wichtiger ist: Die in diesem Zusammenhang wichtigen Tendenzen zur Transformation des liberaldemokratischen Staates sind allgemein. Die »Zivilgesellschafts«-Debatte gibt es daher in ähnlicher Weise in vielen Teilen der Welt.

Es ist nicht uninteressant, auf einen wichtigen Ursprung des Zivilgesellschaftsbegriffs in der aktuellen Diskussion hinzuweisen. Er läßt sich auf die politischen Konzepte der osteuropäischen Dissidenten zurückführen, also der demokratischen Opposition gegen die nachstalinistischen Regime in den siebziger und achtziger Jahren. Diese hatten zurecht darauf hingewiesen,

daß das entscheidende Defizit der staatssozialistischen Systeme darin bestand, daß es kein eigenständiges und unabhängiges Feld politischer Selbstorganisation und politischer Öffentlichkeit außerhalb des von der Einheitspartei kontrollierten Staatsapparats gab. Das Prinzip der staatssozialistischen Herrschaft bestand sehr wesentlich darin, jede Form unabhängiger »zivilgesellschaftlicher« Organisation mit Gewalt zu unterdrücken.

Aus dieser Debatte entstand in Osteuropa das Konzept einer »sich selbst beschränkenden Revolution«. Dies bedeutet folgendes: Aufgrund der Erfahrungen mit der gescheiterten russischen Revolution wurde der Weg zu einer wirklichen Demokratie definitiv *nicht* in einer Eroberung des Staatsapparates, d.h. in der Besetzung formalisierter Machtpositionen gesehen, sondern vor allem in der Entwicklung und Erweiterung der Sphäre autonomer politischer Selbstorganisation, eben der »zivilgesellschaftlichen« Strukturen. Es ist dabei ganz wichtig, daß dies sich zugleich mit einer Kritik an den liberalen westlichen Demokratien und der dort herrschenden Form der »Zivilgesellschaft« verband. Zumindest einige der osteuropäischen Dissidenten waren sich sehr wohl der Grenzen einer Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen bewußt. Sie waren sich auch darüber im klaren, daß sich ihre Vorstellung von »Zivilgesellschaft« sehr stark von den Verhältnissen unterschied, die in den entwickelten kapitalistischen Demokratien herrschen. Ihr Ziel war, die Stärkung der »Zivilgesellschaft« mit einem ökonomisch »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus zu verbinden. Sehr präzise ausgeführt war dieses Konzept aber nicht, und heute wissen wir, daß es tatsächlich völlig gescheitert ist.

Wenn die Diskussion des Zivilgesellschaftskonzepts auf *kapitalistische* Länder bezogen wird, muß zuallererst berücksichtigt werden, daß hier im Gegensatz zum Staatssozialismus und im Gegensatz zu offen totalitären Regimen eine bestimmte Form der »Zivilgesellschaft« durchaus besteht. Es gibt hier mehr oder weniger unabhängige Parteien und Gewerkschaften, eine mehr oder weniger freie Presse, eine relative Meinungsfreiheit, kritische Intellektuelle, die sich gelegentlich politisch äußern können, eine zumindest teilweise unabhängige Wissenschaft und Forschung usw. Die Frage ist also, was kann unter diesen Bedingungen »Stärkung der Zivilgesellschaft« eigentlich heißen? Und welcher Begriff von »Zivilgesellschaft« ist überhaupt gemeint?

Ich denke, daß die Zivilgesellschaftsdebatte sowohl hierzulande als auch anderswo heute daran krankt, daß solche Fragen weder wirklich gestellt noch beantwortet werden. Es gibt in der gegenwärtigen politischen Diskussion kaum einen schwammigeren und unbestimmteren Begriff als den der »Zivilgesellschaft«. Und gerade durch diese Unbestimmtheit gewinnt er eine enorm *ideologische* Funktion, d.h., er verschleiert die Probleme und Konflikte, um die es tatsächlich geht. Er suggeriert vor allem, eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft könne problemlos an ihren bestehenden Strukturen anknüpfen.

Dies hat auch etwas mit dem theoretischen Rahmen zu tun, innerhalb dessen diese Debatte auf der wissenschaftlichen Ebene geführt wird. Dieser Rahmen ist im wesentlichen die frühbürgerliche Demokratietheorie, die Theorie der revolutionären Bourgeoisie, die unter den Bedingungen des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts in ihrer Auseinandersetzung mit dem Absolutismus tatsächlich noch von einer wirklichen Gegenüberstellung von »Staat« und »Gesellschaft« ausgehen konnte und in der die tatsächlich existierende »bürgerliche Gesellschaft« in einem offenen Konflikt mit den traditionellen gesellschaftlichen und politischen Mächten stand. Diese theoretische Orientierung führt dazu, daß in der heutigen Zivilgesellschaftsdiskussion »Staat« und »Gesellschaft« als getrennte Sphären abstrakt einander gegenübergestellt werden.

Diese historische Periode ist allerdings längst vergangen. D.h., bei einer zeitgemäßen Debatte des Zivilgesellschaftskonzepts wäre zu berücksichtigen, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse inzwischen wesentlich verändert haben, der Kapitalismus sich durchgesetzt hat und global beherrschend geworden ist. Unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen stellt sich das Verhältnis von »Staat« und »Gesellschaft« allerdings etwas anders dar als zu Beginn der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung. Tatsächlich sind heute »Staat« und »zivile Gesellschaft« als Herrschaftszusammenhang *eng miteinander verbunden*. Dem kapitalistischen Staat entsprechen die gesellschaftlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse z.B. im kapitalistischen Unternehmen. Die Presse ist wesentlich kapitalistisch strukturiert. Die Universitäten sind vom Staat oder von privaten Geldgebern abhängig, und die Parteien sind weit davon entfernt, vom Staat unabhängige Organi-

sationen zu sein. Sie sind heute eher als Teile des Staatsapparates aufzufassen. Dies bedeutet: Die »Zivilgesellschaft« ist keineswegs der Ort eines egalitären Pluralismus, der Entfaltung von Individualität, der freien Interessenorganisation und einer unbehinderten Öffentlichkeit, sie ist vielmehr eine von starken Ungleichheiten durchzogene *Machtstruktur*.

Überdies greift der Staat mit seinen finanziellen, legislativen und repressiven Mitteln fortwährend in die Struktur der Zivilgesellschaft ein. Das heißt, er ist keineswegs nur ein Objekt zivilgesellschaftlicher Prozesse, sondern zugleich wesentlich auch ihr Organisator und Kontrolleur. Mit anderen Worten: »Staat« und »Zivilgesellschaft« bilden einen einheitlichen und komplexen, wenn auch durchaus widersprüchlichen Herrschaftszusammenhang. Die Machtstrukturen, die den Staatsapparat bestimmen, etwa bürokratische Herrschaft, das Geldverhältnis oder die Ungleichverteilung des Eigentums, finden sich innerhalb der Zivilgesellschaft wieder. »Zivilgesellschaft« bezeichnet nicht mehr nur das politisch-soziale Feld der bürgerlichen Klasse, sondern eine durch tiefe soziale Ungleichheiten und Abhängigkeiten gekennzeichnete Klassenstruktur. Wenn dies nicht berücksichtigt wird, erhält der Begriff einen eindeutig ideologischen Charakter. Erst dann wird es möglich, von »herrschaftsfreier Kommunikation« nicht als einem utopischen Konzept, sondern von einer innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse realisierbaren Tatsache zu sprechen.

Es ist interessant, daß ein wichtiger, wissenschaftlich höchst anerkannter und geradezu klassischer Theoretiker der Zivilgesellschaft in der aktuellen Diskussion praktisch überhaupt keine Rolle spielt. Es handelt sich um den italienischen Marxisten *Antonio Gramsci*. Dieser hatte die »società civile« als wesentlichen *Bestandteil* des kapitalistischen »integralen Staates« betrachtet. Er definierte die Zivilgesellschaft als das Feld, auf dem vor allem die ideologische Hegemonie der herrschenden Klasse erzeugt und stabilisiert wird. Im Rahmen des »integralen Staates« bildet sie das komplexe Bollwerk, das die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft ideologisch stützt und absichert. Und es ist gerade ihre Pluralität, die Vielzahl der Organisationen, die Existenz einer politischen Öffentlichkeit und die Möglichkeit relativ freier intellektueller Auseinandersetzungen, die zur Stärkung der herrschenden Ideologie beiträgt. Und zwar deshalb, weil sie sich auf dieser Basis sehr viel differen-

zierter und überzeugender gestaltet als durch eine simple Propaganda der Herrschenden.

Durch die Existenz der Zivilgesellschaft erhält die entwickelte Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft den Charakter einer komplexen Einheit von »Zwang« und »Konsens«. Die Zivilgesellschaft und der repressive Staatsapparat, bei Gramsci die »società politica«, sind eng aufeinander bezogen und ergänzen sich gegenseitig.

Mit dem Konzept des »integralen Staates« hatte Gramsci den Erfolg der proletarischen Revolution in Rußland und ihr gleichzeitiges Scheitern im Westen erklärt. Im Westen hatte sich nach dem ersten Weltkrieg die Zivilgesellschaft als die Bastion erwiesen, die den revolutionär erschütterten kapitalistischen Staat schließlich überdauern ließ. *Gleichzeitig* wies Gramsci aber auch darauf hin, daß eine revolutionäre Überwindung kapitalistischer Herrschaft immer aus der Zivilgesellschaft hervorgehen muß und dort ihren entscheidenden Ansatzpunkt findet. Denn diese bietet auch die Möglichkeit, Klassenbewußtsein zu entwickeln, unterdrückte Interessen zu artikulieren, alternative gesellschaftliche Konzepte zu entwerfen und damit die Grundlagen einer revolutionären Bewegung zu schaffen. Daraus entwickelte Gramsci das Konzept des »Stellungskriegs«, d.h. eine revolutionäre Strategie, bei der nicht die Eroberung der Staatsmacht, sondern die Entwicklung einer gegen die herrschende bürgerliche Ideologie gerichteten proletarischen Hegemonie im Zentrum steht.

Gramsci sieht also Zivilgesellschaft als prinzipiell *widersprüchlichen* Zusammenhang, als Ort der Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft und *zugleich* als das Feld, auf dem revolutionäre Bewegungen entstehen können. Der entscheidende Mangel aller gegenwärtigen Debatten über die Zivilgesellschaft besteht darin, *diese* Widersprüchlichkeit überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen.

III. Eine zivilgesellschaftliche Strategie der Demokratisierung?

Kommen wir nach diesem kleinen Ausflug in die Theoriegeschichte wieder auf die aktuelle Situation zurück. Geht man vom Ansatz Gramscis aus, dann läßt sich feststellen, daß eine Strategie der Demokratisierung tatsächlich entscheidend auf der Ebene der »Zivilgesellschaft« ansetzen muß. Der maßge-

bende Widerspruch besteht aber darin, daß sie gleichzeitig *nicht* auf den *bestehenden* zivilgesellschaftlichen Strukturen aufbauen kann. Das heißt: Eine demokratische Strategie muß wesentlich auf eine *Veränderung der existierenden Zivilgesellschaft* zielen. Die »zivilgesellschaftlichen« Strukturen, auf die es ankommt, müssen nicht nur unabhängig, sondern *gegen* die Institutionen des existierenden liberaldemokratischen Systems und *gegen* die existierenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse entwickelt werden.

Kurz skizziert, könnte dies unter den heutigen Bedingungen im einzelnen bedeuten:

(1) Es müssen Formen einer *gesellschaftlichen Selbstorganisation* entwickelt werden, die nicht nur unabhängig vom Staatsapparat, sondern auch unabhängig von den politischen *Parteien* sind. Parteien müssen infolge der aktuellen Transformation der liberaldemokratischen Systeme im Kontext der Globalisierung grundsätzlich als Teile des Staatsapparats angesehen werden. Infolge der Abhängigkeit der Staaten vom internationalen Kapital und den damit eingeschränkten nationalstaatlichen Spielräumen muß sich ihre Politik notwendigerweise immer stärker an den wettbewerbsstaatlichen Zwängen orientieren. D.h., im Konkurrenzkampf um Wählerstimmen werden sie immer mehr dazu veranlaßt, die Logiken einer kapitalistischen »Standortpolitik« *gegen* die Interessen der Bevölkerung geltend zu machen und den Menschen einzureden, daß es gegenüber den herrschenden ökonomischen »Sachzwängen« keine Alternative gäbe. Die Parteien, und zwar alle, die sich auf die parlamentarischen Wahl- und Konkurrenzverfahren einlassen und ihr Ziel in der Besetzung staatlicher Machtpositionen sehen, werden dadurch immer mehr zu Transmissionsinstanzen neoliberaler Globalisierungspolitik und verlieren den Charakter unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen. Die Verwandlung vieler ehemals sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien in eindeutig neoliberale macht die Wirksamkeit dieses Mechanismus deutlich.

(2) Darauf kann nur mit der Entwicklung *alternativer politischer Netzwerke* unabhängig von den bestehenden politischen Organisationen reagiert werden. Nur diese können die Möglichkeit schaffen, soziale Erfahrungen aufzuarbeiten, Interessen unabhängig von den bestehenden politischen und ökonomischen Machtstrukturen zu artikulieren, Auseinandersetzungs- und

Verständigungsprozesse zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu entwickeln und eine unabhängige theoretische Debatte zu führen. Erst auf dieser Basis kann es überhaupt möglich werden, demokratische Konzepte der gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung zu formulieren.

(3) Besonders wichtig ist der Aufbau einer *unabhängigen Öffentlichkeit*, innerhalb derer diese politischen Auseinandersetzungs- und Verständigungsprozesse stattfinden können. Diese Öffentlichkeit muß in jedem Fall unabhängig nicht nur von Parteien und Staat, sondern auch von der kapitalistischen Medienindustrie sein.

(4) Und schließlich ist es ebenso wichtig, *autonom organisierte internationale Verbindungen* und Kontakte unabhängig von den Parteien und Staatsapparaten herzustellen. Diese sind eine wesentliche Vorbedingung dafür, daß die von den staatlichen Apparaturen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene hervorgerufenen und befestigten sozialen und politischen Spaltungen überwunden werden können.

In diesem Zusammenhang ist in der letzten Zeit immer häufiger von den sogenannten »Nichtregierungsorganisationen« (Non-Governmental Organizations, NGOs) die Rede. Diese sind – nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene – gerade im Zusammenhang mit den politischen Auswirkungen der Globalisierung und dem damit verbundenen Versagen der Staatsapparate bei der Bewältigung gesellschaftlicher Probleme immer wichtiger geworden. Beispielsweise ist das Ergebnis der zurückliegenden großen UN-Konferenzen in Rio, Wien, Kairo und Peking sehr wesentlich von ihnen beeinflusst worden. Zweifellos handelt es sich dabei grundsätzlich um eine Politikform, die im Sinne einer demokratischen Entwicklung gerade auf internationaler Ebene eine zunehmend wichtige Bedeutung erhält. Es muß allerdings beachtet werden, daß die Organisationen, die sich so nennen, einen sehr unterschiedlichen Charakter tragen und keineswegs immer den oben genannten Merkmalen entsprechen. Immerhin sind beispielsweise auch multinationale Unternehmungen im strikten Sinne »Nichtregierungsorganisationen«. Viele NGOs sind in Wirklichkeit staatlich finanziert, oft vertreten sie höchst partikuläre Interessen, und immer häufiger dienen sie als Instrumente äußerer Interventionen oder als Mittel der Durchsetzung neoliberaler Politik. Bei

dem Begriff »Nichtregierungsorganisation« handelt es sich im allgemeinen Sprachgebrauch demnach um einen ebenso unscharfen und ideologiebeladenen Begriff wie den der »Zivilgesellschaft«. Es ist also angebracht, auch hier sehr genau zu bezeichnen, wovon die Rede ist und entsprechende Unterscheidungen zu treffen.

Grundsätzlich muß betont werden, daß eine Politik des Aufbaus und der Stärkung *alternativer* »zivilgesellschaftlicher« Strukturen notwendigerweise zu scharfen Konflikten nicht nur mit dem Staatsapparat, sondern auch mit den Machtstrukturen der *bestehenden* Zivilgesellschaft, mit Parteien, den kapitalistischen Unternehmen, der etablierten Presse usw. führen wird. Eine substantiell demokratische Politik kann keinesfalls auf einen bloßen Ausbau der bestehenden Zivilgesellschaft abzielen, sondern muß sich auf ihre *sozialrevolutionäre Veränderung* richten.

Diese Erkenntnis ist nicht nur das Ergebnis theoretischer Überlegungen. Ich beziehe mich dabei auch auf die politischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. In der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise hatten sich in den siebziger Jahren im Anschluß an die studentische Protestbewegung selbstorganisierte politische Initiativen (»Bürgerinitiativen«) und soziale Bewegungen gebildet, insbesondere die Ökologiebewegung, die Frauenbewegung und die Friedensbewegung. In diesem Rahmen entwickelten sich ansatzweise die institutionellen Strukturen einer alternativen Politik und einer relativ autonomen Öffentlichkeit, also so etwas wie Momente einer unabhängigen »Zivilgesellschaft«. Dies hat zweifellos zu einer erheblichen Demokratisierung der deutschen politischen Zustände geführt, die nach dem zweiten Weltkrieg und unter den Bedingungen des Kalten Krieges äußerst autoritäre Züge aufwies. Es kam zu einer recht tiefgreifenden Umwandlung der politischen Wertvorstellungen und der gesellschaftlichen Verhaltensweisen, die durchaus Züge einer »Kulturrevolution« aufwies und die z.B. auch zu einer durchaus spürbaren Veränderung der Geschlechterverhältnisse führte. Und nicht zuletzt haben es diese Bewegungen beispielsweise erreicht, daß der Ausbau der Kernenergie praktisch gestoppt wurde, und zwar gegen die Interessen der herrschenden Parteien, des Staates, der Gewerkschaften und der Industrie. Möglich war das aber nur um den Preis sehr scharfer und oft gewaltsamer Konflikte.

Blickt man im Unterschied dazu auf Mexiko, dann muß man feststellen, daß die momentan sicher relevanteste »zivilgesellschaftliche« Bewegung die der Zapatistas ist. Ihre politische Wirksamkeit konnte sie nur auf der Basis eines bewaffneten Aufstands entwickeln. Dieser erst schuf einen Raum für die an sich entscheidende *politische* Strategie. Nun hängen die konkreten Umstände des Aufstands der EZNL zweifellos mit der besonderen politischen Struktur dieses Landes zusammen, das einerseits eine bedeutsame revolutionäre Tradition, auf der anderen Seite aber auch sehr viel autoritärere politische Verhältnisse aufweist. Aber ich denke, daß dem Aufstand in Chiapas insofern eine allgemeinere Bedeutung zukommt, als er zeigt, daß die Entwicklung demokratisch-zivilgesellschaftlicher Strukturen immer eine Frage harter, wenn nicht militärischer, so doch auf jeden Fall politisch-sozialer Kämpfe ist.

Noch einmal zurück zu Deutschland. Die sogenannten neuen sozialen Bewegungen haben eine zweifellos starke demokratisierende Wirkung gehabt, sind aber letztlich gescheitert. Ein Grund dafür ist die Härte der Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat und die mehr und mehr um sich greifende staatliche Repression. Ein anderer liegt zweifellos auch in vielen politisch-theoretischen Unklarheiten innerhalb der Bewegungen selbst. Zudem gab es z.T. recht erfolgreiche Versuche der Parteien, die Bewegungen, oder zumindest ihre »Themen«, zu absorbieren und symbolisch zu übernehmen. Heute gibt es überhaupt keine Partei mehr, die sich nicht als »ökologisch« bezeichnet. Vor diesem Hintergrund kam es schließlich zu dem Versuch, erneut den parlamentarischen Weg zu beschreiten, d.h. sich wieder auf die real existierende »Zivilgesellschaft« zu beziehen. Im wesentlichen geschah dies im Zusammenhang mit der Gründung der Partei der GRÜNEN. Diese Re-Orientierung auf die bestehende »Zivilgesellschaft« hatte aber zur Folge, daß der politische Protest mehr und mehr entradikalisiert wurde. Die sozialen Bewegungen wurden schwächer und die alternativen politischen Netzwerke begannen zu zerfallen. Inzwischen ist die grüne Partei ein akzeptierter Bestandteil der herrschenden staatlichen Machtstruktur, was allerdings vorausgesetzt hat, daß sie sich »realpolitisch« mit den herrschenden Verhältnissen arrangieren konnte. Ihre Verbindungen mit den noch existierenden alternativen und oppositionellen Bewegungen sind weitgehend ab-

gebrochen, und diese selbst befinden sich erneut im Zustand einer sehr starken politisch-gesellschaftlichen Marginalisierung.

IV. Revolution oder Reform?

Die mit dem Begriff der »demokratischen Zivilgesellschaft« verbundenen politischen Konzepte zielen auf eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft durch allmähliche Reformen. Die Stärkung »zivilgesellschaftlicher« Strukturen soll nicht nur die materiellen demokratischen Prozesse erweitern, sondern auch zu einer allmählichen Transformation der institutionellen Apparate führen. Dies wirft die Frage nach dem Verhältnis von »Reform« und »Revolution« unter den heutigen Bedingungen auf.

Prinzipiell muß festgehalten werden, daß unter kapitalistischen Bedingungen demokratische Verhältnisse immer nur sehr eingeschränkt realisierbar sein werden. Wirkliche Demokratie im Sinne umfassender menschlicher Selbstbestimmung und Freiheit bildet zum Kapitalismus einen absoluten Widerspruch. Deshalb bleibt die Frage einer Überwindung dieser Gesellschaftsordnung nach wie vor aktuell. Damit verbindet sich aber zugleich auch die Frage nach den möglichen demokratischen Spielräumen innerhalb dieses Systems. Was also sind die Grenzen einer Reformpolitik innerhalb des Kapitalismus? Wie ist eine Revolution heute vorstellbar? Und nicht zuletzt: Ist sie überhaupt notwendig und wünschenswert?

Dabei sind zwei wichtige historische Erfahrungen zu berücksichtigen:

Die proletarischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts sind gescheitert. Insbesondere die große russische Oktoberrevolution hat zu einem autoritären oder sogar totalitären Staatssozialismus geführt.

Gescheitert ist aber auch der sozialdemokratische Staatsreformismus in den westlichen kapitalistischen Staaten.

Daraus läßt sich eine Schlußfolgerung ziehen, die auch theoretisch untermauert werden kann: *Es ist unmöglich, die kapitalistische Gesellschaft mittels des staatlichen Machtapparates in ihren Grundstrukturen zu verändern.* Diese Feststellung gilt grundsätzlich. Sie wird aber durch die aktuellen Transformationen des Staates im Rahmen der Durchsetzung des »nationalen Wettbewerbsstaates« nachhaltig bekräftigt.

Dies bedeutet, daß gesellschaftliche Veränderungen *aus der Gesellschaft*

selbst hervorgehen müssen. Der Austausch staatlicher Machteliten ohne eine Veränderung der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen muß wirkungslos bleiben. Damit sind wir wieder bei der »Zivilgesellschaft« angelangt. Oder genauer: bei ihrer Veränderung. Eine wirklich demokratische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. eine soziale Revolution im materiellen Sinne wird nur eintreten, wenn nicht nur die politische Apparatur, sondern grundlegende Strukturen der Gesellschaft umgewälzt werden. Dies bezieht sich auf die Formen der Arbeit und der Arbeitsteilung, das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur, die Geschlechterverhältnisse bis hin zur Struktur der Familie (die, wie man weiß, das Fundament der Frauenunterdrückung ist), die ganz alltäglichen Lebensweisen und die herrschenden Konsummodelle, die geltenden gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen. Dies ist ein schwieriger, oft schmerzhafter und auf jeden Fall äußerst langwieriger Prozeß. Er kann nicht staatlich verordnet und mittels staatlicher Macht durchgesetzt werden. Es bedarf dazu vielmehr einer unabhängigen gesellschaftlichen und politischen Selbstorganisation, die es den Menschen ermöglicht, ihre Erfahrungen zu artikulieren und aufzuarbeiten, sich auseinanderzusetzen und zu verständigen, gemeinsame Ziele zu formulieren und gegen die herrschenden Apparate, gegen Staat und Kapital zur Geltung zu bringen. Dies bezeichnet einen wirklich demokratischen Begriff von »Zivilgesellschaft«. Wenn ein solcher Prozeß in Gang kommt, dann werden sich die bestehenden politischen Apparate und nicht zuletzt auch die Parteien so oder so verändern müssen. Natürlich ist die staatliche Machtapparatur in diesem Zusammenhang nicht unwichtig: Sie kann solche Entwicklungen behindern oder auch fördern. Wichtig ist nur zu erkennen, daß der Staat weder der Ausgangspunkt noch das Zentrum gesellschaftlicher Veränderungen, vor allem revolutionärer, darstellt.

Ich habe dies die Strategie eines »*Radikalen Reformismus*« genannt. »Radikal« bezieht sich darauf, daß es um eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft und nicht nur um eine andere Besetzung der staatlichen Machtapparate gehen muß, die an den bestehenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen nichts ändert. »Reformismus« hingegen bezieht sich darauf, daß es vorrangig nicht um politische Machteroberung, sondern um die Selbstveränderung der Gesellschaft geht. Und dies ist ein Prozeß, der viele Ausein-

andersetzungen und Kämpfe bis hin in die private Sphäre beinhaltet. Der »Radikale Reformismus« ist somit ein politisches Konzept, das in einem klaren Gegensatz zu allen Formen des Staatssozialismus und auch zum Reformismus sozialdemokratischen Typs steht.

Es ist selbstverständlich, daß dies keine geradlinige und geschlossene »Strategie« bedeuten kann, keinen sicheren Weg zur Verwirklichung politisch-sozialer Utopien. Nach dem Scheitern der großen Utopien des 20. Jahrhunderts, sowohl des Staatssozialismus als auch des sozialdemokratisch »zivilisierten« Kapitalismus, kommt es zuallererst darauf an, die Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen möglich machen nachzudenken, sich der historischen Erfahrungen und der eigenen Interessen zu versichern, sich frei über widerstreitende Ziele und Bedürfnisse auseinanderzusetzen und sich durch diese Konflikte hindurch auf gemeinsame Vorstellungen von einer humanen Gesellschaft zu verständigen. D.h., es kommt zuallererst darauf an, sich aus der permanenten Verdummung und Abhängigkeit zu befreien, die in die herrschenden politisch-gesellschaftlichen Strukturen eingeschrieben sind. Die Schaffung dieser Bedingungen ist selbst schon ein sozialrevolutionärer Prozeß. Es geht nicht darum, fertige Gesellschaftsmodelle zu propagieren, sondern um die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß die Menschen diese selbst entwickeln können. Die Alternative zur neoliberalen Globalisierung und zur wettbewerbsstaatlichen Transformation der politischen Herrschaft kann nicht an den Schreibtischen erfunden werden, noch weniger auf Parteiversammlungen. Sie müssen aus konkreten Kämpfen und Erfahrungen hervorgehen. Wirkliche Demokratie ist kein Zustand, sondern ein permanenter Prozeß des Kampfes gegen die Gewalt der bestehenden Verhältnisse.



Die Krise des
bürgerlichen
Nationalstaats

Globalisierung des Kapitals und die Transformation des »Sicherheitsstaats«

Die Strukturveränderungen des globalen Kapitalismus, die als Reaktion auf die in den siebziger Jahren ausgebrochene Krise des Fordismus zu registrieren sind, haben tiefgehende Auswirkungen auf die Struktur und Funktion der Nationalstaaten und des Staatensystems. Der Prozeß der Globalisierung hat dazu geführt, daß die einzelnen Staaten und Regionen immer stärker gezwungen sind, als profitable »Standorte« um das weltweit mobil gewordene Kapital zu konkurrieren. Mit dem sich immer deutlicher durchsetzenden Primat der »Standortpolitik« sind die staatlichen Politikspielräume erheblich eingeschränkt worden. Dadurch laufen die institutionalisierten demokratischen Entscheidungsprozesse immer stärker ins Leere und selbst in den entwickelten Metropolen sind immer deutlichere ökonomische und soziale Fragmentierungs- und Spaltungsprozesse zu registrieren. Damit unterliegt auch der für den fordistischen Nachkriegskapitalismus typische »Sicherheitsstaat«, der sich durch eine komplexe Verbindung von relativ umfassender wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge und politisch-bürokratischer Kontrolle, Disziplinierung und Überwachung ausgezeichnet hatte, erheblichen Veränderungen. Er transformiert sich in einen neuen, quasi »postfordistischen« Staatstyp, den man als »nationalen Wettbewerbsstaat« bezeichnen kann.

Die Tatsache, daß der globale Wirtschaftsprozess in entscheidendem Umfang von einer vergleichsweise geringen Zahl multinationaler Unternehmen gesteuert wird, die sich einzelstaatlicher Kontrolle weitgehend entziehen, bedeutet nicht zuletzt das Ende der traditionellen »National«-Ökonomien. Die Zeiten, in denen sich die großen Unternehmen vor allem auf nationale Arbeitskräfte, Märkte und Infrastrukturen stützten und ihre Prosperität bis zu einem gewissen Grade gleichbedeutend mit Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand innerhalb der jeweiligen staatlichen Grenzen war, sind vorbei. Es ist, einem bekannten Slogan folgend, nicht mehr unbedingt gut für die USA, was für General Motors gut ist. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die sich mit dem Begriff des »nationalen Kapitals« verbinden,

verlieren insofern an Bedeutung, als nicht so sehr der formelle Firmensitz, sondern die globalen Investitionsstrategien international operierender Unternehmenskomplexe maßgebend für die ökonomische Entwicklung der verschiedenen Regionen werden. Damit ist die Ära zu Ende gegangen, in der sich staatliche Wirtschaftspolitik im Bund mit Gewerkschaften und einheimischem Kapital auf die Regulierung der inneren Nachfrage und den handelspolitischen Schutz heimischer Industrien konzentrieren konnte.

Der Begriff »Globalisierung« bedarf allerdings einer Präzisierung. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Entwicklung des Kapitalismus sich von Anfang an in einem kolonialistisch und imperialistisch strukturierten Weltmarktzusammenhang vollzogen hat, »Globalität« also sozusagen eines seiner grundlegenden Strukturmerkmale darstellt. Zu fragen ist daher, was an der heute so viel beschworenen »Globalisierung« eigentlich neu ist. *Technisch* ist damit zunächst einmal eine Entwicklung der Verkehrs-, Transport- und insbesondere der Kommunikationssysteme gemeint, die es gestattet, entlegene Orte des Globus mit relativ einfachen Mitteln »online« zu verbinden. Daher rührt das anheimelnde Bild vom »globalen Dorf«, das allerdings verschleiert, daß dessen Bewohner sich weder frei bewegen noch beliebig miteinander in Kontakt treten können, sondern daß ihre Häuser und Viertel von schwer bewachten Grenzen umgeben sind und ihre Kommunikation in hohem Maße monopolistisch kontrolliert wird. Diese technische Entwicklung bildet die Basis einer *ökonomischen* Umwälzung, deren Kern in einer weitgehenden *Flexibilisierung des Kapitalverkehrs* über die nationalen Grenzen hinweg besteht. Die *politische* Öffnung der Geld-, Kapital- und Finanzmärkte nach dem Zusammenbruch des sogenannten Bretton-Woods-Systems, das unter der Vorherrschaft der USA nach dem zweiten Weltkrieg installiert worden war, hat eine weltumspannende Beweglichkeit des Kapitals geschaffen, die zum wichtigsten Kennzeichen des nach-fordistischen Kapitalismus geworden ist. Sie bewirkt zweierlei: Einmal können riesige Finanzmassen in spekulativer Absicht politisch völlig unkontrolliert um den Globus herum bewegt werden, was die einzelstaatlichen Regierungen in hohem Maße ihrer finanz-, zins- und wechselkurspolitischen Instrumentarien und damit zunehmend auch der Fähigkeit für eine eigenständige Konjunktur-, Einkommens- und Sozialpolitik beraubt. Zum anderen ist dies die Voraus-

setzung dafür, unternehmerische Funktionen räumlich so zu zerlegen und zugleich miteinander zu verbinden, daß die Ausnutzung der jeweils produktions- und kostengünstigsten Standorte zur Grundlage einer systemischen Rationalisierung in globalem Maßstab werden kann (»worldwide sourcing«). Global flexibler geworden ist demnach nicht nur das spekulative Finanz-, sondern auch das Industriekapital, das jederzeit mit Abwanderung drohen kann, wenn die standortspezifischen Verwertungsbedingungen, seien es nun Lohn- oder Sozialkosten, Steuern oder Umweltschutzbestimmungen, ungünstig erscheinen.

Was aus dieser »Globalisierung« allerdings weitgehend herausfällt, sind die Arbeitsmärkte. Nationalstaatliche Grenzziehungen beschränken nach wie vor eine dem Kapital entsprechende Mobilität der Arbeitskräfte, was bedeutet, daß eine entscheidende Funktion der nationalstaatlichen Organisation, die Aufrechterhaltung höchst unterschiedlicher Einkommens- und Lebensbedingungen auf dem Weltmarkt oder genauer: die internationale Spaltung der abhängigen und ausgebeuteten Klassen erhalten bleibt. Diese Segmentierung der Lohnarbeit und ihrer Reproduktionsbedingungen bildet im Prinzip unverändert eine entscheidende Grundlage des globalen Akkumulations- und Verwertungsprozesses. Somit bildet die erhöhte Flexibilität des Kapitals bei einer gleichzeitig weiterbestehenden nationalstaatlichen politischen Form das wesentliche Charakteristikum der gegenwärtigen Globalisierungsentwicklung. In diesem Sinn erscheint Nationalstaatlichkeit keineswegs als Gegensatz, sondern sogar als wesentlicher *Bestandteil* von »Globalisierung«. Der Nationalstaat verschwindet nicht, wie in der öffentlichen Diskussion bisweilen unterstellt wird, sondern er transformiert sich in seiner Stellung und Funktion.

Der aktuelle Globalisierungsschub ist freilich weder eine simple Folge der technischen Entwicklung – sie setzt diese eigentlich erst in Gang und treibt sie voran – noch eine einfache ökonomische Zwangsgesetzlichkeit, sondern das Ergebnis einer politischen Strategie, die eine grundlegende Erneuerung der Kapitalverwertungsbedingungen nach der Krise des Fordismus zum Ziele hatte. Die Flexibilisierung des internationalen Geld- und Kapitalverkehrs sowie die Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte ist das Mittel, mit dem weltweit politische, soziale und ökonomische Restrukturie-

rungsprozesse in Gang gesetzt wurden, die dem Kapital angesichts der in den siebziger Jahren ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise neue Rationalisierungs- und Ausbeutungsspielräume eröffnen sollen. Die Durchsetzung des »nationalen Wettbewerbsstaats« ist demnach nichts anderes als der Bestandteil einer globalen kapitalistischen Krisenbereinigungsstrategie, mit der die immer noch andauernde Krise des Fordismus überwunden werden soll.

Ist die Globalisierung des Kapitalverhältnisses damit nicht zuletzt das Ergebnis einer von nationalen Regierungen in Verbindung mit dem internationalen Kapital durchgesetzten Strategie der ökonomisch-sozialen Restrukturierung, so untergräbt sie doch zugleich die Möglichkeiten einer auf den gesamten nationalen Raum bezogenen nationalstaatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die damit verbundene und vielfach beklagte Beschneidung der einzelstaatlichen Souveränität ist allerdings politisch gewollt, dient sie doch dazu, soziale Ansprüche abzuwehren, umfassende technologische und gesellschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen und damit die Voraussetzungen für die Etablierung eines neuen Akkumulationsregimes im internationalen Maßstab zu schaffen. Die neoliberale Konzeption, die nach der Krise des Fordismus auf eine globale Entfesselung der Marktkräfte als Mittel einer neuen Expansion des Kapitals setzt, kalkuliert damit zugleich einen intensivierten, freilich im Kern nicht mehr sozialpolitisch orientierten Staatsinterventionismus ein. Der neue Liberalismus baut auf die Aktivität von Staaten, deren Stärke in der Fähigkeit zur Mobilisierung umfassender gesellschaftlicher Potentiale für den Konkurrenzkampf multinationaler Konzerne liegt.

Daraus ergibt sich ein wirtschaftspolitisches Konzept, das auf permanenten »Strukturwandel«, die Förderung von High-Tech-Sektoren zu Lasten technologisch rückständiger oder nicht entwicklungsfähiger Produktionen, systematische Exportdiversifizierung und die Eröffnung von »Marktzugängen« setzt (Porter 1990). Die Folge davon sind gesellschaftliche Spaltungsprozesse, in denen hochqualifizierte, in technologisch innovativen und expansiven Sektoren beschäftigte »Modernisierungsgewinner« denen gegenüberstehen, die schlecht oder falsch ausgebildet sind, in traditionellen und zurückbleibenden Industrien oder im persönlichen Dienstleistungsbereich arbeiten, beziehungsweise im Zuge der forcierten Rationalisierungsprozesse

ihre Arbeitsplätze überhaupt verlieren (Reich 1991). Die Vorstellung eines permanenten, alle gesellschaftlichen Sektoren einbeziehenden Wachstums, die für den fordistischen Kapitalismus charakteristisch war, ist ebenso ad acta gelegt wie das Konzept einer weltumspannenden und gleichmäßigen industriellen »Entwicklung«. Zunehmende ökonomische und soziale Ungleichheiten sowohl im Inneren der kapitalistischen Metropolen als auch in bezug auf die verschiedenen Regionen der inzwischen kapitalistisch »einen« Welt gelten als unvermeidbar.

Unter den Bedingungen des neuen Akkumulationsmodells erscheint die Arbeitskraftqualifikation als entscheidend sowohl für die individuelle soziale Lage als auch für die Qualität eines »Standortes«. Insofern bietet sich für nationale Wirtschaftspolitik eine Strategie genereller Höherqualifizierung an, deren Vorteil nicht nur in allgemeiner Wohlfahrtssicherung, sondern zugleich in der systematischen Verbesserung der »nationalen« Wettbewerbsfähigkeit läge. Oder wie Robert Reich, der ehemalige US-Arbeitsminister es ausgedrückt hat: »Die ökonomische Wohlfahrt der Amerikaner ... hängt nicht mehr von der Profitabilität der sich in amerikanischem Besitz befindlichen Unternehmen oder dem Mut ihrer Industrien, sondern von ihrer auf Geschicklichkeit und Kenntnis beruhenden Wertschöpfungskapazität innerhalb der globalen Wirtschaft ab« (Reich 1991, 196, Übers. d. Verf.). Hohe Arbeitskraftqualifikation und hohes Innovationspotential, so meint er, könnten so auf längere Sicht einen bedeutsamen Anteil an der globalen Wertschöpfung und damit hohe Einkommen und »nationale Wohlfahrt« auch unter den Bedingungen globaler Kapitalmobilität garantieren. Diese Sichtweise wird inzwischen von vielen Wirtschaftsexperten geteilt, die in der Globalisierung weniger eine Bedrohung als eine Chance für die von den aktuellen ökonomischen Prozessen bedrohten Bevölkerungen der kapitalistischen Metropolen zu sehen glauben. Sehr viel wahrscheinlicher ist allerdings die Entfesselung eines ruinösen Technologie- und Qualifikationswettlaufs zwischen den verschiedenen »Standorten«, der am Ende nur Verlierer zurückläßt.

Schon die Tatsache, daß in einigen peripheren Regionen des Weltkapitalismus immer mehr qualifizierte und zugleich billige Arbeitskraft angeboten wird, daß inzwischen gut ausgebildete indische Computerspezialisten mit

europäischen oder amerikanischen in scharfer Konkurrenz stehen, läßt auch diese Hoffnung als fragwürdig erscheinen.

Wird auf diese Weise die aggressive Sicherung internationaler Standortvorteile qua technologischer Konkurrenzfähigkeit zur ultima ratio von »Sozialpolitik«, so ist sich indessen auch Reich darüber im klaren, daß ein derartiger wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Kurs zwar zur erfolgreichen Eingliederung einiger gesellschaftlicher Sektoren in einen prosperierenden Weltmarkt führen kann, aber schon deshalb kaum geeignet ist, gesellschaftliche Spaltungsprozesse zu verhindern, weil eine liberale Flexibilisierungs- und Strukturwandelstrategie gerade auf diesen beruht und sie zur ihrer Wirksamkeit voraussetzt: Geht es doch darum, innovationsfeindliche soziale »Besitzstände« systematisch abzubauen und die Position von Gewerkschaften als umfassende Vertretungen von Lohnabhängigeninteressen zu schwächen. Deshalb bleibt auch für ihn zuletzt nur die Hoffnung auf ein so starkes und tragfähiges Wachstum der weltmarktintegrierten Spitzensektoren, daß diese in der Lage sind, qua staatlich regulierter Umverteilungspolitik die ökonomisch abgehängten Teile der Gesellschaft wenigstens noch halbwegs zu versorgen. An die Stelle der sozialdemokratischen Vision vom umfassenden Wohlfahrtsstaat ist die eines durch einige Fürsorgeelemente ergänzten Wettbewerbsstaates getreten, der deutliche Züge einer strukturellen sozialen Apartheid aufweist. Zumindest die »modernisierten« sozialdemokratischen Parteien setzen immer stärker auf dieses Ziel. Der den metropolitane Kapitalismus des 20. Jahrhunderts kennzeichnende »Welfare-« transformiert sich somit in einen rigiden »Workfare-State«. Reichs Appell an einen »neuen Patriotismus« und die Warnung vor einer »sozialen Sezession« der »Besserverdienenden« stehen freilich im deutlichen Gegensatz zu der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung, die er selbst für unvermeidlich hält.

Die Funktionslogik des nationalen Wettbewerbsstaates beruht, etwas überspitzt ausgedrückt, in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von »Standorten« für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist. Es geht um die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen »Wirtschaftskrieg«, der dann am ehesten zu ge-

winnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift: hierarchisch strukturiert, auf ein ökonomisches Ziel ausgerichtet, in Profit-Centers unterteilt, glatt und effizient funktionierend, autoritär (wenn auch mit modernen Personalführungsmethoden) gelenkt, mit Kern- und Randbelegschaften, Produktivitäts- und Qualitätszirkeln sowie funktional eingebaften Mitbestimmungselementen (Balibar 1993, 98). Insoweit enthält die Entwicklung eine deutlich totalitäre Komponente, allerdings unter Bedingungen, die sich von den barbarisch gewalttätigen Totalitarismen vom Anfang des 20. Jahrhunderts wesentlich unterscheiden. Es ist kein Zufall, daß sich einige ostasiatische »Tigerstaaten« in den letzten Jahren als besonders erfolgreich im internationalen Standortwettbewerb erwiesen haben. Ihr Erfolg beruhte auf der politisch höchst konsequent und mit Hilfe staatsmonopolistischer Organisationsgeflechte durchgesetzten Strategie einer auf spezialisierte Hochtechnologien gegründeten Exportdiversifizierung, die nur unter den Bedingungen eines extremen politischen Autoritarismus Erfolg haben konnte. Es stellt sich also die brisante Frage, ob und inwieweit der Typus des »nationalen Wettbewerbsstaats« sich in Zukunft mit den parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen verbinden läßt, die bislang noch in den meisten kapitalistischen Zentren existieren.

Die Widersprüche und Konflikte, die sich dabei auftun, sind unverkennbar: Zum einen gibt es innerkapitalistische Spaltungsprozesse etwa zwischen dem international operierenden Hochtechnologiekapital, das dem Staat ganz anders und viel unabhängiger gegenübertritt als die traditionelleren, technologisch rückständigeren, stärker auf den inneren Markt ausgerichteten Sektoren. Dazu kommen regionale und soziale Spaltungsprozesse, die den auf Wahlerfolg angewiesenen Regierungen zu schaffen machen können. Die dieser Situation angemessene Strategie der metropolitanen Staaten besteht darin, den ökonomischen Strukturwandel soweit als möglich subventionierend abzustützen, durch Entwicklung eines dichten Netzes industrieller Distrikte und Wachstumspole größere Teile des nationalen Produktionspotentials international konkurrenzfähig zu halten und der Bevölkerung plausibel zu machen, daß es sich unter diesen Bedingungen trotz erheblicher materieller Opfer vergleichsweise immer noch besser lebt als in den vom Kapital abgehängten Zonen der Weltwirtschaft. Schon deshalb kann sich auch

der nationale Wettbewerbsstaat nicht so einfach der ökonomischen Logik des neuen, globalisierten Akkumulationsmodus unterwerfen, wie dies einige neoliberale Ideologen für richtig halten (vgl. z.B. Ohmae 1992). Trotz aller Bekenntnisse zum freien Welthandel und zur unbeschränkt-globalen Konkurrenz setzen sich daher protektionistische Praktiken faktisch nach wie vor fort, wird der Weltmarkt durch widersprüchliche Tendenzen von Globalisierung und Regionalisierung, Liberalisierung und Protektionismus gekennzeichnet und bricht sich die Strategie eines flexibilisierenden Sozialstaatsabbaus immer noch an der Notwendigkeit, Wahlerfolge durch gewisse materielle Konzessionen zu sichern. Freilich handelt es sich dabei eher um Modifikationen eines ansonsten bestimmenden Trends. Ist aber der nationale Wettbewerbsstaat durch ein fortschreitendes räumliches und soziales Auseinanderbrechen der Gesellschaft und die Unmöglichkeit gekennzeichnet, noch für ein die ganze Gesellschaft umfassendes Entwicklungsprojekt einzustehen, dann stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie nicht nur in historisch neuer, sondern auch in verschärfter Form.

Der fordistische Sicherheitsstaat (vgl. dazu vor allem Hirsch 1986) war ökonomisch wesentlich durch eine auf die Entwicklung des Binnenmarkts, Wachstum und Vollbeschäftigung gerichtete und über relativ weitgehende wirtschaftspolitische Spielräume verfügende staatliche Interventionspolitik charakterisiert. Eine wichtige Grundlage der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren korporative Verhandlungssysteme zwischen Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Die staatsadministrativen Interventions- und Planungsinstrumente wurden erheblich ausgebaut und perfektioniert. Ein durch »keynesianische« Globalsteuerung reguliertes und permanent hohes wirtschaftliches Wachstum sollte die Voraussetzungen nicht nur für zunehmenden allgemeinen Warenreichtum, sondern auch für eine sozialstaatlich abgestützte Angleichung der Einkommens- und Lebensbedingungen garantieren. Der kapitalistische Klassenkonflikt wurde sozialpartnerschaftlich-korporativ institutionalisiert, in hohem Maße verrechtlicht und damit politisch stillgestellt, die negativen Auswirkungen der Marktindividualisierung in wesentlichem Umfang bürokratisch auszugleichen versucht. Soziale Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse konnten dadurch bis zu einem gewissen

Grade materiell abgefedert und damit politisch entschärft werden. Der Ausbau des Sozialstaats und steigende Masseneinkommen galten unter den Bedingungen der herrschenden fordistischen Akkumulationsweise als Grundlage der Kapitalprofitabilität, des ökonomischen Wachstums und der politischen Stabilität. Relative materielle Gleichheit, die staatliche Absicherung ökonomischer Risiken und die »Einheitlichkeit der Lebensbedingungen« innerhalb des nationalstaatlichen Raumes zählten zu den vorrangigen politischen Zielen.

Der fordistische Sicherheitsstaat präsentierte sich indessen nicht nur als »Wohlfahrts-«, sondern zugleich auch als immer weiter perfektionierter »Überwachungsstaat«, der die Bevölkerung weitreichenden administrativen Kontrollmaßnahmen unterwarf. Parteien und Gewerkschaften fungierten sehr wesentlich als »massenintegrative Apparate«, die – gestützt auf materielle Zugeständnisse für große Teile der Lohnabhängigen – Disziplin und Folgebereitschaft für das Projekt des »keynesianischen Staates« zu gewährleisten hatten.

Entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren dieses bürokratischen Massenintegrationssystems war die Sicherung des Politikmonopols des herrschenden Parteien- und Verbandskartells, was durch einen immer weiter perfektionierten staatlichen Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsapparat gegenüber politisch, gesellschaftlich und ideologisch Abweichenden gewährleistet werden sollte. Dies wurde umso bedeutungsvoller, je stärker sich soziale Protestbewegungen entwickelten, die gegen die Folgen des fordistischen Gesellschaftsmodells, wie ökologische Zerstörung, sexuelle Diskriminierung oder bürokratische Gängelung, opponierten. Das Parteiengefüge war durch starke Konzentrationsprozesse gekennzeichnet. In der Bundesrepublik entwickelte sich ein faktisches Zweiparteiensystem. Mit der Herausbildung des neuen Typs der »Volkspartei« verlor das Parteiensystem viel von seinen weltanschaulichen und klassenmäßigen Gegensätzen. Die bürokratische und von ihrer Mitglieder- und Wählerbasis her eher unspezifische, von sozialen Milieus und Interessenlagen stark abgekoppelte Massenpartei wurde zur bestimmenden politischen Organisationsform. Über alle noch bestehenden ideologischen Differenzen hinweg wiesen die Parteien insofern einen »reformistischen« Grundzug auf, als Wachstum, Wohlstands-

steigerung und der Ausbau administrativer sozialer Sicherungen zu ihrem gemeinsamen Programm gehörten.

Normalisierung des Verhaltens, Standardisierung der Lebensverhältnisse, Fortschritt, schrankenloses Wachstum, Gleichheit und die politische Machbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse waren die leitenden Prinzipien. Der »Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) versöhnte vorübergehend mit den negativen – nicht zuletzt ökologischen – Folgen der sich ausdehnenden Produktionsmaschinerie, sondern auch mit der administrativ kontrollierten Funktionalisierung der Menschen für die Notwendigkeiten von »Wachstum« und »Fortschritt«.

Grundzüge dieser Entwicklung zum »Sicherheitsstaat« lassen sich in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg in allen entwickelten kapitalistischen Ländern feststellen. In Westdeutschland war sie allerdings in besonderer Weise ausgeprägt. Dafür waren sowohl die Position als vorgeschobener Frontstaat im Kalten Krieg als auch die nationalsozialistische Vergangenheit maßgebend. Deren Verdrängung durch Konformismus und Leistungsdisziplin prägte die soziale und politische Kultur der Nachkriegszeit in besonderer Weise. Der Antikommunismus als Integrationsideologie – gestützt auf Kommunistenverfolgungen, Berufsverbote und eine ausufernde politische Überwachungsapparatur – spielte hier eine besonders starke Rolle als ideologischer Kitt und als politisch-soziales Disziplinierungsmittel. Er bildete in Verbindung mit den materiellen Wohlstandsversprechen eine wesentliche politische Legitimationsgrundlage des westdeutschen Teilstaats. Dazu kamen die durch die Folgen des Kriegs hervorgerufenen gesellschaftlichen Umwälzungen und die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus, die die »fordistische« Neuformierung des Parteien- und Gewerkschaftssystems erheblich erleichterten. Auf der anderen Seite spielte der traditionell hohe und in der Zeit des Nationalsozialismus noch weiter konsolidierte, für die Durchsetzung korporativer Strukturen höchst förderliche Organisationsgrad des Kapitals mit den damit verbundenen Fähigkeiten zur planerischen Selbstregulierung eine wichtige Rolle im sicherheitsstaatlichen Regulationszusammenhang.

Ein besonderes Merkmal des deutschen Fordismus war seine von Anfang an verhältnismäßig starke Exportorientierung. Diese wiederum war nicht

zuletzt eine Folge der sozialen Kräfteverhältnisse in der Nachkriegszeit, die anfänglich durch eine erhebliche Schwäche der Lohnabhängigen gekennzeichnet waren. Die Entwicklung des Binnenmarktes und die Dynamik des ökonomischen Wachstums blieb dadurch stärker als bei vergleichbaren Staaten vom Export und von der – zunächst durch sehr niedrige Löhne gewährleistet – internationalen Wettbewerbsfähigkeit abhängig. Die internationale Konkurrenzfähigkeit gehörte deshalb schon frühzeitig zu den bestimmenden gesellschaftlichen und politischen Leitformeln. Ganz unverkennbar bildete so die imperiale Dominanz eine entscheidende Grundlage der sozialen Integration. Nimmt man schließlich den ebenfalls in der deutschen Tradition stark verwurzelten Etatismus und Autoritarismus im allgemeinen Bewußtsein hinzu, so wird erklärbar, weshalb das demokratisch eher defizitäre, aber durch eine höchst leistungsfähige staatsadministrative Apparatur und eine extrem hoch organisierte Wirtschaft und Gesellschaft ausgezeichnete »Modell Deutschland« sich als eine besonders erfolgreiche Variante des fordistischen Staats präsentieren konnte.

Der Übergang vom fordistischen »Sicherheits-« zum »nationalen Wettbewerbsstaat«, vom »Modell Deutschland« zur »Deutschland GmbH«, vollzieht sich in einem komplexen Verhältnis von Kontinuitäten und Brüchen. Entscheidend dabei ist die grundlegende Veränderung der ökonomischen Bedingungen im Rahmen des neuen Akkumulationsmodells: die strukturelle Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung, tendenziell rückläufige Realeinkommen, hohe und dauerhafte Massenarbeitslosigkeit sowie eine zunehmende regionale und soziale Ungleichheit der Arbeits- und Lebensbedingungen, damit verbunden eine nachhaltige Heterogenisierung und Spaltung der Gesellschaft. Das »keynesianische« Programm einer durch staatliche Globalsteuerung untermauerten Sicherung von Wachstum, sozialer Sicherung und Vollbeschäftigung ist längst ausgelaufen, und damit ist auch die materielle Gleichheit aus dem politischen Zielkatalog verschwunden. Mit dieser Entwicklung geht eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften einher. Das sozialstaatliche System ist immer weniger in der Lage, die wachsenden ökonomischen Risiken und Notlagen aufzufangen, zumal es unter dem Diktat der internationalen Standortkonkurrenz ohnehin von fortwährenden Sparmaßnahmen getroffen und nach und nach einem ver-

schlankenden »Umbau« unterworfen wird. Die Privatisierung der sozialen und ökonomischen Risiken nimmt mit dem programmatischen Ende des »Wohlfahrtsstaates« wieder zu.

Dadurch verändern sich die Strukturen und Prozesse innerhalb der politischen Apparatur nachhaltig, wobei sich das vorhandene institutionelle System, Staatsadministration, Parteien und Verbände quasi von innen heraus und – weil durch die westdeutsche Sonderentwicklung ohnehin schon entsprechend geformt – ohne offene Krisen umbildet. Der staatsadministrative Anspruch auf umfassende gesellschaftliche Planung und Steuerung wird zugunsten einer Politik der »Standortsicherung« aufgegeben, die sich immer weniger durch formelle demokratische Willensbildungsprozesse legitimiert und immer offener in direkten Verhandlungen mit den entscheidenden ökonomischen Akteuren und Machtgruppen formuliert wird. Die politische Institutionalisierung und sozialpartnerschaftliche Regulierung des Klassenkonflikts im Rahmen korporativer Verhandlungssysteme zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften ist aufgelöst und hat einem segmentierten und dezentralisierten Regional- und Betriebskorporatismus Platz gemacht, der gesellschaftliche Spaltungsprozesse nicht auffängt, sondern tendenziell weiter vorantreibt. Angesichts fehlender Verteilungsspielräume verlagert sich die Politik der »Volksparteien« immer stärker von materieller zu ideologischer, autoritär-populistischer, nationalistischer und rassistischer unterfütterter Integration. Ihre Verbindung mit sozialen Milieus und Interessenlagen nimmt weiter ab.

Dadurch verwandeln sie sich umso nachhaltiger in mediale Propagandamaschinen zwecks Durchführung von Wahlkämpfen, deren wesentliche Funktion in der Selbstreproduktion einer abgehobenen »politischen Klasse« liegt. Unverändert bleibt allerdings ihre Funktion, »Systemzwänge« zu den Betroffenen hin zu vermitteln. Die Art und Weise, wie nach der Eingliederung der Ex-DDR mit der Mobilisierung von Rassismus und Nationalismus durch den Staatsapparat und die herrschenden Parteien von schwerwiegenden ökonomischen und sozialen Problemen abgelenkt wurde, bildet ein hervorstechendes Beispiel dafür. Dennoch unterliegt das herrschende Volksparteienkartell deutlichen Legitimationsverlusten. Für die politischen Positionsinhaber alarmierende Erosions- und Auflösungsprozesse, zusammenge-

faßt unter dem Schlagwort der Parteien- und Politikverdrossenheit, sind permanent Gegenstand der öffentlichen Diskussion.

Ganz entscheidend ist die mit diesen Entwicklungen verbundene Verschiebung der politisch-sozialen Konfliktfelder. Je mehr einerseits der Anspruch auf eine politische, von Staat und Großorganisationen ausgehandelte Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung aufgegeben und auf der anderen Seite die ökonomischen und sozialen Schicksale privatisiert, d.h. dem individuellen Geschick und Durchsetzungsvermögen überlassen werden, desto deutlicher kommt es zu einer »Entpolitisierung« des sozialen Konflikts in bezug auf das bestehende politische Institutionensystem, weil dieses immer weniger dazu taugt, reale Interessenkonflikte wahrzunehmen und zu bearbeiten. Vielmehr treten alltägliche Gewalttätigkeit, Rassismus, Korruption und – vor allem wirtschaftliche – Kriminalität in den Vordergrund. Diese Form von »Subpolitik« ist in ihren Auswirkungen allerdings sehr viel weniger harmlos und überhaupt nicht so zukunftssträchtig, wie manche Beobachter dies annehmen (vgl. z.B. Beck 1993).

Weil nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts des Wegfalls fordristischer Wohlstandsversprechungen der ideologische Kitt des Antikommunismus brüchig geworden ist und nur noch sehr mühsam aufrechterhalten werden kann, verschiebt sich der herrschende Sicherheitsdiskurs vom politischen »Systemgegner« auf eine immer diffusere, von ominösen Gangs, Mafias, AusländerInnen und anderen mehr bevölkerte Gewaltszene, was zugleich den weiteren Ausbau der staatlichen Repressions- und Überwachungsapparatur rechtfertigt. In der innerstaatlichen Aufrüstung, die nicht nur ideologisch intergrativen, sondern angesichts wachsender gesellschaftlicher Konflikte durchaus auch polizeilich-praktischen Zwecken dient, liegt die vielleicht deutlichste Kontinuität zwischen dem fordristischen »Sicherheits-« und dem »nationalen Wettbewerbsstaat«. Während aber jener beanspruchte, die Gesellschaft umfassend zu formieren und zu regulieren, beschränkt sich dieser immer mehr darauf, die Folgen einer rigorosen internationalen Wettbewerbspolitik ideologisch und repressiv unter Kontrolle zu halten. »Gesellschaft«, die jener noch zu gestalten beanspruchte, ist jenseits der Beschwörung des Marktes kein politisches Thema mehr und symbolisiert bestenfalls noch ein allgegenwärtiges »Sicherheitsrisiko«.

Als Grundlage der Entstehung des fordristischen Sicherheitsstaats wurde der für den Kapitalismus allgemein strukturbestimmende Zusammenhang von Durchkapitalisierung und Durchstaatlichung der Gesellschaft benannt (vgl. Hirsch 1986, 15ff.). Damit ist gemeint, daß es mit fortschreitender Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse immer notwendiger wird, die natürlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der profitgesteuerten Privatproduktion – natürliche Ressourcen, willige und qualifizierte Arbeitskräfte, Wissen, infrastrukturelle Einrichtungen usw. – *gesellschaftlich*, was unter den herrschenden Bedingungen heißt: *staatlich* bereitzustellen und ihre in Form von ökonomischen Krisen, sozialer Desintegration, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Verschleiß und Umweltzerstörung auftretenden negativen Folgen zu kompensieren. Dies begründet die in der historischen Entwicklung fast ungebrochene Zunahme des Staatsinterventionismus unbeschadet aller ideologischen Auseinandersetzungen und politischen Programmatiken. Allerdings bedeutet dies nicht, daß die institutionellen Formen und die konkreten Inhalte der Staatstätigkeit unverändert blieben: Sie wandeln sich mit den historischen Gestalten, die der Kapitalismus im Laufe seiner Entwicklung annimmt.

Ungeachtet aller neoliberalen Marktrhetorik, von »Privatisierung« und »Deregulierung«, beinhaltet deshalb die Entwicklung vom »Sicherheits-« zum »nationalen Wettbewerbsstaat« nichts anderes als eine neue Phase der *Durchstaatlichung* der Gesellschaft, die sich mit dem Schub globaler Durchkapitalisierung verbindet. So kann generell von einem »Rückzug« des Staates aus der Gesellschaft trotz aller neoliberalen Propaganda keine Rede sein, auch wenn sich die Formen staatsadministrativer Regulierung erheblich verändern, also z.B. polizeiliche Überwachung an die Stelle von materiellen Sozialleistungen tritt, private Schulen subventioniert statt staatliche errichtet werden, oder wenn statt einfacher Ge- und Verbote im Umweltschutzbereich staatlich regulierte Marktmechanismen eingesetzt werden, d.h., wenn der Staat durch Steuer- und Subventionspolitik die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Beseitigung von Umweltschäden selbst noch einmal ein profitables Geschäft werden kann. Das deutsche »Duale System« in der Abfallwirtschaft ist nur eines von vielen Beispielen für einen staatlich geschaffenen (Monopol-)Markt.

Nicos Poulantzas hat die politische Struktur des Sicherheitsstaats recht treffend als »autoritären Etatismus« bezeichnet (Poulantzas 1978). Dies bezog sich nicht zuletzt auf die Quasi-Verstaatlichung des Parteien- und Gewerkschaftssystems, die Einbeziehung sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien in den kapitalistischen Regulationszusammenhang sowie auf den Ausbau der staatsbürokratischen Präventions- und Kontrollapparatur. Seine Hoffnung, auf diesem politischen Terrain könnten sich neue Formen demokratischer und politischer Kämpfe entwickeln, die zu einer emanzipativen gesellschaftlichen Veränderung führen, hat sich als vergeblich erwiesen. Vielmehr hat sich der fordistische Sicherheitsstaat in der Krise dieser kapitalistischen Formation entscheidend transformiert, und damit haben sich auch die Akteure, Ebenen und Formen politisch-sozialer Konflikte grundlegend verändert. Der autoritäre Etatismus ist damit nicht verschwunden, hat aber eine neue historische Gestalt angenommen.

Die Krise des politischen Universalismus

Am Ende des 20. Jahrhunderts flackern die längst für erledigt gehaltenen Nationalismen wieder auf. Gewalt, Chauvinismus und Rassismus prägen die Realität der »Völkergemeinschaft« immer nachhaltiger. Scheinbar paradoxerweise befindet sich gleichzeitig der moderne Nationalstaat als relativ einheitlicher und geschlossener ökonomischer, sozialer und politischer Raum in Auflösung. Mit ihm steht der historische Zusammenhang zur Disposition, auf den sich die herrschenden Vorstellungen von Politik, Recht und Demokratie bezogen haben und in dem sie sich seit dem 18. Jahrhundert in Europa entwickeln konnten.

Der Begriff »Nationalstaat« bedarf vorab einer Erläuterung. Er bezieht sich auf die zentralisierten und bürokratisierten Herrschaftsapparate, die nach der Auflösung der ständisch-feudalen europäischen Gesellschaftsordnung die konzentrierte Macht (»Gewaltmonopol«) über ein definiertes Territorium mit den darin lebenden Menschen errungen haben. In ethnisch-kulturellem Sinne »national« waren diese Staaten höchstens dem Anspruch nach. In der Regel haben sich nicht »Nationen« einen Staat gegeben, sondern die Inhaber staatlicher Gewalt haben – mit oft gewaltsamen Methoden – »Nationalität« als herrschaftslegitimierendes und -stabilisierendes Mittel erst geschaffen. Demnach drückt der Begriff »Nationalstaat« vor allem ein Verhältnis gewaltsamer Aus- und Eingrenzung herrschaftsunterworfenen Bevölkerungen aus. Was am Ursprung des Nationalstaats vor allem steht, ist nicht kulturelle Gemeinsamkeit und »Identität«, sondern Macht, Gewalt und Herrschaft.

I. Kapitalismus, Nationalstaat und Demokratie

Zwischen der Entstehung des bürgerlichen Staats und der Entfaltung des Kapitalismus besteht zwar kein einfaches Verursachungsverhältnis, aber ein enger Zusammenhang. Der moderne Staat bildet den Rahmen, in dem die herrschende Form der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie erkämpft wurde. Der nach außen abgegrenzte und nach innen zentralistisch

kontrollierte geographisch-soziale Raum bildete die Voraussetzung nicht nur für die Entstehung geschlossener und starker kapitalistischer Ökonomien, sondern schuf auch das Terrain, auf dem sich die Kämpfe um Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit entwickeln konnten. Dieses Verhältnis war von erheblichen Widersprüchen geprägt, was sich nicht nur am politisch immer krisenträchtigen Gegensatz von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und demokratischen Prinzipien zeigt. Grundlegende normative Orientierungen – Gleichheit aller Menschen, Rechtsförmigkeit der sozialen Beziehungen, allgemeine Freiheit und die Geltung von Menschenrechten – waren selbst in ihrer höchst unvollständigen und ungleichen Verwirklichung an die staatliche Form gebunden und finden dort bis heute ihre wesentliche Schranke. Jenseits der staatlichen Grenzen blieben sie weitgehend Anspruch, Fiktion und Projektion. Allgemeine Menschenrechte gewannen immer nur soweit Substanz, als sie zu (Staats-)Bürgerrechten wurden.

Das Verhältnis der Staaten untereinander blieb geprägt von kolonialer Abhängigkeit, unmittelbarer physischer Gewaltausübung und Krieg. Allgegenwärtige Unterdrückung und die Herrschaft der Stärkeren konnten hier institutionell und rechtlich immer nur höchst unvollkommen eingeeignet werden. Es bleibt also daran zu erinnern, daß die (wie auch immer tatsächlich gewährleistete) Geltung der dem Anspruch nach als universell deklarierten »zivilgesellschaftlichen« oder »westlichen Werte« immer auf eine kleine Zahl entwickelter und ökonomisch wie politisch beherrschender Staaten beschränkt war. Den Menschen in den abhängigen Regionen der sich herausbildenden kapitalistischen Peripherie blieben selbst diese weitgehend verwehrt. Die bestehenden »westlich«-demokratischen, über halbwegs entwickelte Menschenrechtsgarantien verfügenden Gesellschaften beruhen, gerade weil sie sich in der nationalstaatlichen Form konstituiert haben, auf diesen internationalen Ungleichheits-, Abhängigkeits- und Gewaltverhältnissen.

II. Globalisierung des Kapitalverhältnisses

Dieser Widerspruch gewinnt eine neue Dimension, seit deutlich wird, daß die umwälzende Dynamik des Kapitalismus die herkömmliche Form des »National«-Staats nun auch in seinen Zentren zu sprengen beginnt. Die An-

zeichen dafür sind unverkennbar: Die Globalisierung des Kapitals läßt eine kleine Zahl transnationaler Konzerne zu immer bestimmenderen Akteuren des »Weltmarkts« werden; internationale Finanzgruppen haben längst entscheidenden Einfluß auf die Geld- und Währungspolitik und damit eines der wichtigsten Handlungsfelder der Staaten gewonnen; die Umweltzerstörung erreicht Dimensionen, die einzelstaatliche Regelungsmöglichkeiten längst hinter sich gelassen haben; und die Internationalisierung der Kommunikations- und Verkehrsnetze macht vor nationalen Grenzen schon lange nicht mehr halt: Waren werden in weltweiter »Arbeitsteilung« hergestellt, Pophits und TV-Serien für den globalen Markt produziert, und der statistisch gemessene zwischenstaatliche Handel besteht zu einem großen Teil aus unternehmensinternen Lieferungen multinationaler Konzerne. Diese Dynamik ist es vor allem, die die Landkarte in immer größerem Tempo verändert: Imperien und Staaten brechen auseinander und ihre Bestandteile versuchen zugleich, sich in neue Kooperations- und Abhängigkeitszusammenhänge einzuordnen. Osteuropa und der Balkan sind die im Moment herausragendsten Beispiele dafür.

Dies zeigt, daß der Nationalstaat keineswegs tot ist. Aber seine Form und seine Bedeutung verändern sich rapide und deshalb ist es notwendig, die mit ihm verbundenen politischen und normativen Konzepte zu überprüfen. Was heute Demokratie, Gleichheit, Recht und die Geltung universaler Prinzipien heißen kann, bestimmt sich nach völlig anderen Bedingungen als zu der Zeit, als sie sich historisch entwickelt haben. Erstaunlich ist allerdings, wie wenig dies bislang ins öffentliche Bewußtsein gerückt ist. Jenseits aller ideologischen Differenzen haben die politischen Diskussionen gemeinsam, daß sie an der Fiktion des überkommenen Nationalstaats recht unbeirrt festhalten. Die bundesdeutsche »Zivilgesellschafts«-Debatte war dafür beispielhaft. Diese Fixierung hat ihre Entsprechung in den ebenso geläufigen wie haltlosen Spekulationen über Notwendigkeit und Möglichkeit einer politischen »Völkergemeinschaft« oder eines umfassenden »Weltstaats«. Nicht nur die historische Erfahrung, sondern auch gewichtige theoretische Gründe legen die Annahme nahe, daß das Konzept eines übergreifenden Weltstaats in einem grundlegenden Gegensatz zu dem kapitalistischen Produktionsverhältnis steht, das sich derzeit rasant ausbreitet.

III. Chaotische »neue Weltordnung«

Die Ära des »fordistischen« Nachkriegskapitalismus war auch die des Kalten Krieges. Dies bedeutete die Aufteilung der Welt in zwei Reiche unter der Herrschaft der jeweiligen Hegemonialmacht. In der kapitalistischen Welt Hälfte konnten sich, unter dem Schirm der USA und durch deren ökonomische und militärische Macht garantiert, relativ feste nationalstaatliche Regulationskomplexe und einigermaßen funktionsfähige internationale Kooperationszusammenhänge entwickeln. Der Zerfall beider Imperien – nicht nur der Untergang der Sowjetunion, sondern auch der Niedergang der USA – hinterließ ein internationales ökonomisches und politisches Chaos, das nun den Nährboden für die wuchernden Nationalismen bildet. Die »Balkanisierung« nicht nur des Balkans ist sehr wesentlich dieser Entwicklung geschuldet. Der Entstehung einer Vielzahl neuer Nationalstaaten entsprechen regionalistische Sonderentwicklungen und Spaltungstendenzen, deren Kraft sich nicht zuletzt aus der Unfähigkeit speist, innerhalb der vorhandenen staatlichen Grenzen relativ einheitliche ökonomische und soziale Entwicklungsbedingungen zu gewährleisten. Diese Tendenz zur Regionalisierung und Re-Nationalisierung geht einher mit Versuchen zur Schaffung übergreifender politisch-ökonomischer Einheiten (Westeuropa, Nordamerika), die als Reaktion auf die Schwächung der traditionellen Nationalstaaten zu verstehen sind. Sie aber drohen an denselben ökonomischen-sozialen Heterogenisierungstendenzen zu scheitern, die diese unterminieren.

Diese Entwicklung gilt verschärft für die kapitalistische Peripherie. Nachdem in den achtziger Jahren unter dem Druck der veränderten Weltmarktbedingungen die Versuche zur Schaffung eigenständiger, staatlich kontrollierter Entwicklungswege gescheitert sind, unterliegen die meisten Länder der »Dritten Welt« immer unmittelbarer dem Zwang der internationalisierten und politisch kaum mehr regulierten Geld- und Kapitalbewegung. Ihm gegenüber erweisen sich die auch von den inneren Verhältnissen her ohnehin schwachen und nur unzulänglich demokratisch legitimierten Regierungen als weitgehend machtlos. Eine Folge davon ist das Scheitern der Entwicklungshoffnungen für große Teile der Welt und ein immer krasserer Auseinanderklaffen der ökonomischen, sozialen und politischen Standards mit den entsprechenden – nicht zuletzt kriegerischen – Konflikten. Gleichzeitig

sorgt die transnationale Kommunikations- und Medienindustrie für die Verallgemeinerung »westlicher« demokratisch-kapitalistischer Wertmaßstäbe und Konsumnormen. Das dadurch erzeugte Gemisch von Angst, Elend und Hoffnung produziert die Wanderungs- und Fluchtbewegungen, die zu einem der hervorstechendsten Merkmale der Weltgesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts zu werden scheinen.

Insgesamt bietet diese neue »Weltordnung« also ein höchst widersprüchliches Bild: Während auf der einen Seite der Weltmarkt tatsächlich universal wird, Geld und Kapital sich nahezu schrankenlos bewegen, neue Verkehrs- und Kommunikationstechniken räumliche Distanzen dahinschmelzen lassen und die internationale Medienindustrie kulturelle Besonderheiten immer stärker einebnet, fällt auf der anderen Seite der Globus politisch und sozial immer mehr auseinander. Nicht mehr eine festgefügte und geordnete »Staatengemeinschaft« prägt sein Bild, sondern sich permanent neu bildende Nationen, Stämme, Regionen, autonom operierende und miteinander konkurrierende Multis, nur noch höchst beschränkt handlungsfähige Regierungen und fluktuierende Bevölkerungsmassen auf der Flucht vor Krieg und Elend. Diese beiden so gegensätzlichen Tendenzen hängen zusammen und bedingen sich wechselseitig.

IV. Nationalstaatliche Grenzen der Demokratie

Bürgerliche Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte sind in den Grenzen des Nationalstaates erkämpft worden. Hier, in seinen absolutistischen europäischen Frühformen, hat die Bourgeoisie ihre politischen Mitspracherechte und den verfassungsmäßigen Schutz vor staatlicher Willkür durchgesetzt und sich damit zugleich die Basis für die globale kapitalistische Expansion geschaffen. Gundlegend blieb dabei der Gegensatz von »Citoyen« und »Bourgeois«, von formeller Freiheit und Gleichheit sowie sozialer Ungleichheit sowohl in den Dimensionen des Klassen- als auch des Geschlechterverhältnisses. Die sozialen und politischen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts in den entwickelten kapitalistischen Ländern zentrierten sich vor allem auf diesen Konflikt und endeten damit, die faktische Ausgrenzung der Arbeiterklasse – der »vaterlandslosen Gesellen« – aus der »Nation« aufzuheben und ihr nicht nur den formellen Citoyenstatus, sondern

qua staatlicher Vorsorge auch ein Mindestmaß »bourgeoiser« materieller Sicherheiten zu garantieren. Der in den entwickelten Metropolen Mitte des 20. Jahrhunderts sich durchsetzende »fordistische« Kapitalismus ist das Produkt dieser Kämpfe, gekennzeichnet durch eine reale Verallgemeinerung der politischen Staatsbürgerrechte – mit erheblicher Verspätung auch für Frauen –, die politische Institutionalisierung des Klassenkompromisses auf liberaldemokratischer Grundlage und eine sozialstaatliche Absicherung demokratischer Freiheiten.

Allerdings mußte dies die Errungenschaft einiger weniger, kapitalistisch entwickelter Metropolen bleiben und hatte die Unterwerfung und Ausbeutung ihrer abhängigen Peripherie zur Voraussetzung. International blieben Krieg, Raub und rohe Gewaltanwendung bestimmend. Eine demokratische »Weltgesellschaft«, bestehend aus einer Reihe nach gleichen Prinzipien geordneter Nationalstaaten, blieb daher Fiktion. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen sind demokratisch wenig legitimierte und fragile Zusammenschlüsse von politisch und ökonomisch höchst unterschiedlichen Einzelstaaten unter der faktischen Herrschaft einiger Großmächte. Allerdings förderten und verallgemeinerten die nationalen Befreiungskämpfe des 20. Jahrhunderts und die im Zuge der kapitalistischen Globalisierung sich durchsetzenden politischen, kulturellen und ökonomischen Verflechtungen demokratische, soziale und menschenrechtliche Ansprüche. Der Gegensatz von einzelstaatlicher Souveränität, dem Grundprinzip der herrschenden »Völkergemeinschaft« und universellen normativen Ansprüchen trat immer deutlicher hervor und gewann nach dem Ende des Kalten Krieges an Brisanz. Äußere Interventionen, die demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien zum Durchbruch verhelfen sollten, gerieten mehr und mehr auf die internationale Tagesordnung. Sie bleiben allerdings im Gestrüpp der machtpolitischen und ökonomischen Ungleichheiten und Abhängigkeiten gefangen, die der »Staatengemeinschaft« unter der Herrschaft des globalen Kapitalismus zugrundeliegen.

V. Entgesellschaftlichung der Gesellschaft

Ein Grundprinzip des Nationalstaats ist Homogenisierung und Normalisierung. In ihm setzt sich die »Normal«-Zeit, die einheitliche Sprache, die

Standardisierung der Verhaltensmuster und die soziale und kulturelle Vereinheitlichung der »Citoyens« durch. Insofern produziert der »National«-Staat »nationale Identitäten«, nicht umgekehrt. Dies geschieht in Abgrenzung nach außen, gegenüber dem Fremden und ist daher strukturell mit Rassismus und – gerade indem Geschlechterdifferenzen und die Unterschiede in den materiellen Lebenslagen von Männern und Frauen negiert werden – mit neuen Formen des Sexismus verknüpft. Die fordistische Regulierung und Standardisierung der Gesellschaft hat diese Universalisierungstendenz verstärkt, sichtbar an der für diese Phase charakteristischen Vereinheitlichung der Lebensstile, Moden, Konsumnormen und ästhetischen Prinzipien. Diese Entwicklung hat immer Revolten und Gegenreaktionen hervorgerufen. Nie konnte sie sich absolut durchsetzen, blieb aber bis in das späte 20. Jahrhundert eine bestimmende Tendenz.

Strukturell gerät dieser relativ homogene nationalstaatliche Zusammenhang von zwei Seiten her in Auflösung: einmal durch die als »Individualisierung« beschriebene Ausdifferenzierung der sozialen Lagen und Lebensstile, bei der sich die Wirkungen der Massenkonsumgesellschaft mit dem Zusammenbrechen übergreifender sozialer Kompromisse und den entsprechenden Spaltungs- und Ausgrenzungserscheinungen verbinden; zum anderen wird er durch die im Zuge der Globalisierung des Kapitals sich abschwächende Regulations- und Interventionskompetenz der Nationalstaaten selbst in Frage gestellt. Das einheitliche Staats-»Volk« – faktisch schon immer eine Fiktion – zerfällt immer sichtbarer in sich gegeneinander abgrenzende, kulturell, politisch, ethnisch, religiös oder regionalistisch definierende Gruppen, Stämme und Gemeinschaften. Die der nationalstaatlich-demokratischen Form zugrundeliegende Figur des »Citoyens« scheint allmählich der Vergangenheit anzugehören.

Die in den siebziger Jahren aufkommenden »neuen sozialen Bewegungen« sind auch als Ausdruck dieser Entwicklung zu begreifen. In ihnen drückt sich nicht nur die »Pluralisierung« von Lebensstilen und Werthaltungen aus, sondern zumindest in den radikaleren Anfangsphasen auch eine spezifische Form des Anti-Etatismus, der durch die veränderte Position der Nationalstaaten hervorgerufen wird. Denn je unmittelbarer staatliche Politik den Zwängen des globalen Kapitalismus unterliegt und sich den Prinzi-

pien einer möglichst verwertungsoptimalen Sicherung nationaler Kapitalstandorte unterwirft, desto mehr laufen demokratische Entscheidungsprozesse an ökonomischen »Sachzwängen« auf und desto mehr schwindet die Integrationskraft des bestehenden politischen Institutionensystems. Der politische Charakter der neuen Bewegungen drückt dies aus: Sie sind kaum noch an Klassenlagen orientiert, stärker problem- und themenbezogen und bringen bürgerlich-demokratische Prinzipien gegen das existierende parlamentarische Institutionensystem zur Geltung. Gleichzeitig blieben diese Mobilisierungs- und Protestformen aber sehr weitgehend in die bestehenden institutionellen Mechanismen und Politikformen eingebunden und konnten sie nicht grundlegend verändern. Die Folge waren Ausdifferenzierungs- und Spaltungsprozesse, die von einer politisch neutralisierenden Re-Parlamentarisierung einerseits, radikal-»autonomen« Anti-Etatismus andererseits geprägt sind. Was zwischen »Parlament« und »Ghetto« erneut auf der Strecke zu bleiben droht, ist demokratischer Universalismus.

Damit zeichnet sich das Bild einer sich »entgesellschaftlichenden« Gesellschaft ab, die in sich als »autonom« verstehende Subkulturen, besitzstandswahrende Interessenklüngel, gewaltsam Ausgegrenzte sowie sich kulturell und sozial voneinander abschottende Gruppen und Gemeinschaften zerfällt und in der es immer schwerer fällt, sich auf die Grundprinzipien der gesellschaftlichen Verfassung und der dieser zugrundeliegenden Normen zu verständigen. Weil der fordistisch-sozialstaatliche Konsens, seine Klassenkompromisse, seine gesellschaftlichen Homogenisierungswirkungen und seine institutionellen Gewährleistungen im Verschwinden begriffen sind, haben sich auch die Bedingungen für die Herausbildung demokratisch-oppositioneller Bewegungen einschneidend verändert. Dies erklärt, weshalb die Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse heute ebenso verbreitet wie gespalten und disparat ist: In der Tat gibt es immer weniger Verbindungen zwischen sich radikalisierenden »Modernisierungsverlierern«, Naturschützern, linken Kapitalismuskritikern oder Feministinnen. Genau in diesem Kontext konnte der »neurechte« ideologische »Differenz«-Diskurs seine Stoßkraft entfalten. Das höchst formale Bekenntnis zu universellen demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien kollidiert mit der Verfestigung kultureller und sozialer Unterschiede, die inhaltliche Gemeinsamkeiten

ten bezüglich der Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft immer unwahrscheinlicher werden lassen.

VI. Rassismus, Nationalismus, Wohlfahrtschauvinismus

Daß die Globalisierung des kapitalistischen Weltmarkts sich mit dem Wiederaufleben rassistischer, biologistischer, ethnozentrischer und wohlfahrtschauvinistischer Strömungen verbindet und die Nationalismen umso stärker aufblühen, je schwächer und politikunfähiger das nationalstaatliche System wird, ist nur scheinbar paradox. Es sind dies die ideologischen Ausdrucksformen dafür, daß mit der Krise des Nationalstaats sich auch die Frage zuspitzt, wonach sich eigentlich die Zugehörigkeit zu einer politischen, kulturellen und ökonomischen Gemeinschaft bestimmt. Von den US-amerikanischen »communitarians« ist sie – wenn auch in höchst ideologischer Form – thematisiert worden. Das Programm der »Neuen Rechten« bietet dafür Lösungsformeln an, die offenbar immer stärkeren Widerhall finden. Nachdem die sozial ausgleichenden und materiell vereinheitlichenden politischen Regelungszusammenhänge sich sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene in Auflösung befinden, nährt der Kampf um die Zugehörigkeit zu den schrumpfenden Wohlstandsinseln sowohl auf innergesellschaftlicher als auch auf internationaler Ebene nationalistische und rassistische Orientierungen.

Die Brisanz dieser Entwicklung liegt darin, daß sich interne Heterogenisierungs- und Spaltungsprozesse gerade auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen mit Wohlstandschauvinismus auf der einen, internationalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen auf der anderen Seite zu einem immer explosiveren Gemisch verbinden. Das Dilemma ist: Solange es keine über demokratisch-politische Institutionen verfügende Weltgesellschaft gibt, scheint nur die abgegrenzte, ökonomisch und kulturell halbwegs stabilisierte politische Einheit – eben der nationalstaatliche Zusammenhang – das Terrain zu bieten, auf dem sich demokratische Selbstbestimmung zumindest ansatzweise entwickeln und den global herrschenden ökonomischen Mechanismen entgegenstellen kann. Und gleichzeitig ist diese politische Form strukturell mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt nach innen und außen verbunden.

Die politischen Dilemmas, die sich mit dieser Entwicklung verbinden, haben sich bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition gegen die faktische Abschaffung des deutschen Asylrechts gezeigt, konkret im Streit darum, ob die Forderungen sich auf eine grundsätzliche Öffnung der Grenzen oder auf die Schaffung eines liberalen Einwanderungsrechts richten sollten. Die Forderung nach einer grundsätzlichen Öffnung der Grenzen zielt, wenn sie ernst genommen wird, im Kern gegen die nationalstaatliche politische Verfaßtheit überhaupt. Abstrakt gesehen ist dies unter demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien durchaus richtig. Das Problem ist nur, daß sich diese Zielsetzung trefflich mit den kapitalistischen Tendenzen verbindet, die eben die politischen Formen unterhöheln, in denen sich zumindest der vorhandene Bestand an demokratischen Verhältnissen und sozialen Garantien entwickeln und erhalten konnte. Offensichtlich greift die einfache Alternative »Öffnung« oder »Schließung« der Grenzen zu kurz.

Der sich heute tatsächlich durchsetzende Universalismus ist der des sich globalisierenden Kapitalverhältnisses, und er produziert auf der politischen und ideologischen Ebene sein direktes Gegenteil. Deshalb ist die Entkopplung von ökonomischem Liberalismus und Demokratie, die im herrschenden Neoliberalismus ihren Ausdruck findet, die aktuell bestimmende Tendenz. Der Nationalstaat verschwindet nicht einfach, weil er mit dem kapitalistischen Produktionsverhältnis untrennbar verbunden ist und die grundlegende Form seiner politischen und sozialen Reproduktion darstellt. Aber er transformiert sich in der Weise, daß er als Basis demokratischer Selbstbestimmung immer untauglicher wird. Wenn daraus die Konsequenz gezogen wird, es sei nun entschlossen an die Errichtung eines »Weltstaates« zu gehen (so z.B. Knieper 1993), so wird allerdings verkannt, was Kapitalismus tatsächlich heißt. Weil dieser eben nicht nur ein friedlich-marktförmiges Tausch-, sondern zuallererst ein Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis darstellt, bleibt seine politische Form strukturell von Konkurrenz und gesellschaftlicher Spaltung – insbesondere vom Mechanismus des nationalistischen, sexistischen und rassistischen Auseinanderdividierens – geprägt. Und diese findet im System der untereinander konkurrierenden Einzelstaaten ihren politisch-institutionellen Ausdruck. Wer also vom »Weltstaat« redet, sollte von der Überwindung des Kapitalismus nicht schweigen.

VII. Demokratie jenseits des Nationalstaats

Das politische Dilemma besteht also darin, daß es immer weniger möglich ist, Demokratie und Menschenrechte in nationalstaatlichem Rahmen zu sichern und auszubauen und daß unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen doch gleichzeitig zunächst einmal kein anderes politisch-institutionelles Terrain vorhanden ist, innerhalb dessen sich der Kampf darum erfolgreich entwickeln könnte. Auch anti-etatistische und internationalistische Bewegungen kommen nicht darum herum, sich auf die faktisch bestehenden und eben einzelstaatlich ausgeprägten Herrschaftsapparaturen zu beziehen. Gleichzeitig findet jede reale Demokratisierung grundsätzlich und unter den heutigen Bedingungen immer stärker ihre Grenze an eben dieser staatlichen Form.

Es kommt deshalb darauf an, demokratische Prozesse sowohl inhaltlich wie auch prozedural, auf einzelstaatlicher wie internationaler Ebene, Schritt für Schritt vom staatlichen Institutionensystem abzulösen. Wenn dieses immer stärker den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozesses unterworfen wird, müssen politische Kommunikations-, Kooperations- und Aktionszusammenhänge entwickelt werden, die sich der Logik der etatistisch-kapitalistischen Strukturen und Dynamiken eher widersetzen können: international operierende und selbstorganisierte politische Gruppierungen, Netzwerke und Öffentlichkeiten. Angesichts der im Staatensystem verankerten Konkurrenz-, Ausgrenzungs- und Spaltungsmechanismen ist das ein schwieriges Unterfangen. Und die gerade auch in den entwickelten Metropolen wirksamen »entgesellschaftlichen« Tendenzen stehen der Herausbildung übergreifender Oppositionsbewegungen entgegen. Diese könnten sich immer weniger auf vorausgesetzte Gemeinsamkeiten und Interessenidentitäten beziehen, sondern bedürfen einer politischen, strukturelle soziale Lagen überschreitenden »Selbstkonstitution«. Von den Zwängen des globalen Kapitalismus nicht eingeholt zu werden, bedeutet nicht zuletzt, die tatsächlichen Widersprüche im Verhältnis von Kapitalismus, Nationalstaat und Demokratie zu begreifen.

Auf jeden Fall bedingen sich innerstaatliche Demokratisierung und die Vertiefung internationaler Kooperation aufs engste. Die aggressive und in letzter Instanz kriegerische Konkurrenz der Nationalstaaten war und ist der

Mechanismus, mit dem repressive Verhältnisse nach innen stabilisiert werden. Auch wenn die Errichtung eines integralen »Weltstaats« unter kapitalistischen Bedingungen eine Utopie bleiben muß, ist die politische Stärkung internationaler Organisationen und Kooperationszusammenhänge durchaus möglich, sofern dabei auf autonom organisierte Politik und unabhängige Öffentlichkeit gesetzt wird.

Von den objektiven Strukturbedingungen her wird die Wirkungsweise internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen vorrangig durch einzelstaatliche Herrschaftsinteressen bestimmt. Eine institutionell garantierte demokratische Legitimation fehlt ihnen. Die reale »Völkergemeinschaft« ist in ihren institutionalisierten Formen ein konfliktorischer Verband von Herrschafts- und Unterdrückungsapparaten. Deshalb können internationale Organisationen in der Regel nur dann wirksam werden, wenn sie in Übereinstimmung mit den Interessen der Großmächte handeln. Der Umgang mit Demokratie und Menschenrechten bleibt nationalen Macht- und Interessenskalkülen untergeordnet. Die Behandlung der Volksrepublik China nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung ist ein Beispiel unter vielen.

Die nationalen Interessen sind indessen selbst widersprüchlich, und zugleich wirkt der Druck einer internationalen Öffentlichkeit, was zu andauernden internen Konflikten und Krisen auch auf dieser Ebene führen muß. Das internationale Institutionengefüge wird dadurch mehr und mehr zum Terrain politischer Auseinandersetzungen. An den Debatten um die Rolle der UN oder der EG im jüngsten Balkan-Krieg, wo vor allem die gegensätzlichen Interessen der dominierenden Mächte eine friedliche Lösung von Anfang an verhindert haben, ist dies deutlich geworden.

Von der Existenz internationaler Institutionen allein sind daher Erfolge im Kampf um Demokratie und Menschenrechte kaum zu erwarten. Weder sie noch die einzelnen Staaten haben diesbezüglich bislang allzuviel bewirkt. Der politische Druck beispielsweise auf das südafrikanische Apartheidsregime oder verschiedene lateinamerikanische Militärdiktaturen wäre ohne die zähen Anstrengungen internationaler Solidaritätsbewegungen kaum wirksam geworden. Wenn Regierungen oder die von ihnen getragenen internationalen Organisationen überhaupt in diesem Sinne tätig werden, so in der

Regel unter dem Druck einer eigenständigen, grenzüberschreitenden politischen Öffentlichkeit.

Die Entwicklung einer nicht staatsförmigen internationalen Politik mit den sie stützenden Organisations- und Kooperationszusammenhängen ist gleichzeitig eine wesentliche Bedingung der Möglichkeit, Menschenrechte aus ihren etatistischen Beschränkungen herauszulösen, d.h. den historischen Zusammenhang von Nationalstaat und rechtlich gesicherter »Bürgerschaft« zu überwinden. Gewährleistung und Schutz kultureller Differenzen, von regionalen und sozialen Besonderheiten sind nur möglich, wenn es gelingt, nationalstaatliche Herrschaftsverhältnisse zu durchbrechen. Wenn es um eine Neudefinition der Menschenrechte geht, die den Prinzipien einer freien und gleichen Gesellschaft gerecht wird, wenn »Individualisierung« und »Differenz« sich sowohl stärker ausprägen als auch verstärkt wahrgenommen und beansprucht werden, wenn politische Zugehörigkeiten nicht durch Herrschaft definiert, sondern frei gewählt sein sollen, so geht dies nicht im politischen Rahmen des Nationalstaats.

VIII. Weder National- noch Weltstaat

Eine Politik, die dergestalt auf eine Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität abzielt, richtet sich allerings klar *gegen* die herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen. Sie wird also von langen und harten Auseinandersetzungen geprägt sein. Deren Ziel kann aber weder die Verbesserung des Nationalstaats noch die Errichtung eines Weltstaats sein. Was not tut, ist die sicher höchst kampf- und konfliktreiche Überwindung der historischen Gestalt des Staates überhaupt. Es gälte, in globalem Maßstab für die Durchsetzung einer politischen Form zu kämpfen, die jenseits der Dichotomie von »National«- oder »Welt«-Staat durch ganz neue und komplexere Verbindungen von regionaler und globaler, zentraler und dezentraler gesellschaftlicher und politischer Organisation gekennzeichnet sein müßte.

Der mit der »Weltordnung« des 20. Jahrhunderts und dem Nationalstaat in die Krise geratene politische Universalismus braucht eine inhaltlichen Neudefinition, bei der die traditionelle, vom bürgerlich-nationalstaatlichen Rahmen geprägte Bedeutung von Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechten anders bestimmt werden muß. Daß der defizitäre Bestand

an demokratischen Rechten, sozialen Sicherungen und politischen Freiheiten historisch an eben die Form des bürgerlich-kapitalistischen Staats gebunden ist, bezeichnet ein politisches Dilemma, das einfache Lösungsformeln verbietet. Verlangt ist eine Politik, die sich in und mit dem Staat zugleich gegen ihn und das von ihm getragenen, internationale politische System richtet.



Von der
Klassen- zur
»Zivil«-Gesellschaft

Was bedeutet eigentlich »Gesellschaft«?

Dahergesagt wird das Wort ebenso häufig wie die Moden wechseln. Von der Industrie-, Arbeits-, Klassen-, nivellierten Mittelstands-, Leistungs-, Risiko-, Freizeit-, Erlebnis-, Zivil- bis zur Bürgergesellschaft. Man kann ahnen, was diesbezüglich noch alles feuilletonfüllend auf uns zukommen wird. Die Inflation der Wörter kann freilich nicht über die Schwierigkeit hinwegtäuschen, zu definieren, was der *Begriff* »Gesellschaft« bedeutet. Bezeichnete er nichts anderes als die zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort lebenden Menschen, so wäre er überflüssig. Tut er mehr, dann bezieht er sich auf die zwischen diesen bestehenden Verhältnisse. Dann entsteht freilich die Frage, wodurch diese eigentlich bestimmt werden und wie sie zu begreifen sind. Als Summe ihrer Beziehungen und Interaktionen? Durch die Vorstellungen, die sie sich über sich selbst machen? Oder als eine ihnen äußerliche »Struktur«. Ohne Gesellschaftstheorie also kein Gesellschaftsbegriff. Adorno meinte einmal, das spezifisch Gesellschaftliche bestünde »im Übergewicht von Verhältnissen über die Menschen, deren entmächtigte Produkte diese nachgerade sind« (Adorno 1966, 637). Wenn Gesellschaft so das Un-Menschliche an den menschlichen Lebensverhältnissen, das den Individuen Äußerliche, ihre Abhängigkeiten und Zwänge bezeichnet, so ist er ein kritischer, gegen die herrschenden Zustände gerichteter Begriff. Als solcher unterscheidet er sich beispielsweise von »Volk« oder »Nation«. Mit ihm hängt auch die – meistens falsche – Wahrnehmung von Sozialwissenschaften als im Kern kritische Wissenschaften zusammen. Bisweilen galt schon seine Verwendung als Ausweis marxistischer Neigungen. Theoretisch begründet von Gesellschaft zu reden, ohne Produktionsverhältnisse zu nennen, ist allerdings auch schwer. Kein Wunder also, daß sich die Soziologie mit »Gesellschaft«, ihrem Gegenstandsbegriff, von Anfang an eigentümlich schwer tat und daß immer wieder die Neigung bestand, ihn »als philosophisches Relikt aus der Wissenschaft (zu) verbannen« (Adorno 1966, 637).

Dazu bedarf es heute keiner besonderen Anstrengung mehr. In immer kürzeren Abständen werden immer neue »Gesellschaften« mit immer apar-

teren Qualitäten erfunden. Mit der Realität haben sie oft nur am Rande zu tun. Im Wust dieser Etiketten verschwindet der theoretische Begriff. Die jeweilige »XY-Gesellschaft« gerät mehr und mehr zur Benennung von ideologischen Positionen und politischen Projektionen. Im Zeichen der Postmoderne, in der eben alles möglich ist, »Diskurse« als Wirklichkeit gelten und das Reden von »Strukturen« dem herrschenden Verständnis eher als Hinterwäldlertum, bestenfalls noch als nostalgische Referenz an vergangene »Großtheorien« gilt, ist der Gesellschaftsbegriff als bestimmter, theoretisch begründeter überflüssig geworden und taugt bestenfalls noch zum Jargon.

Wie jede ideologische Entwicklung hat auch diese einen materiellen Hintergrund. Die Soziologie, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hat, war wesentlich – wie später ähnlich die Politikwissenschaft – eine »Staats«-Soziologie. Die Gesellschaften, mit denen sie sich beschäftigte, waren diejenigen, die aus der Durchsetzung kapitalistischer Nationalstaaten innerhalb eines imperialistischen Weltsystems hervorgegangen waren. Jetzt erst ließ sich von »Gesellschaft« als einer besonderen, mit bestimmten Merkmalen ausgestatteten, räumlich definierten und damit von anderen abgrenzbaren sozialen Einheit reden, konnte man die »deutsche« oder »französische«, »moderne« oder »vormoderne«, »industrialisierte« oder »agrarische«, »entwickelte« oder »unterentwickelte« unterscheiden. Heute geht das nicht mehr so leicht: Das Kapitalverhältnis hat sich internationalisiert, multinationale Konzerne beherrschen den Weltmarkt, Wanderungs- und Fluchtbewegungen überschreiten staatliche Grenzen, Drittweltzustände machen sich in den fortgeschrittensten Metropolen bemerkbar, Ungleichheiten werden größer, soziale Milieus driften auseinander und immer öfter ist von »Gesellschaftsspaltung« die Rede.

Was sich spaltet, existiert aber nicht mehr, oder nur noch in Bruchstücken. Das sind dann die Individuen, deren Reden und Verhalten heute angeblich alles bestimmt. »Individualisierung« ist zu einer Art Leitformel der zeitgenössischen Sozialwissenschaften geworden, hinter der Klassen, Ungleichheiten, Strukturen und anderes Traditionelles verschwindet. Die ideologische Herrschaft des Neoliberalismus, der keine Klassen, sondern nur individuelle »Marktteilnehmer« kennt, ist nachhaltig auch in die Wissenschaft eingesickert.

Denkt man »Individualisierung« zu Ende, dann macht »Gesellschaft« in der Tat keinen Sinn mehr. Aber wer gehört denn nun wirklich zu der bzw. zu welcher Gesellschaft, wenn man zum Beispiel die türkische Arbeitsimmigrantin, den kurdischen Asylbewerber, den internationalen Manager, die portugiesische Arbeiterin eines »deutschen« Unternehmens betrachtet? Je unsicherer gesellschaftliche Zugehörigkeiten im Sinne materieller Lebensstandards oder politischer Teilhaberechte werden, desto zwanghafter wird das Bild von Gesellschaft als einem »Boot« beschworen, in dem »wir« – wer immer das sei – angeblich gemeinsam sitzen. Die Metapher erscheint umso unsinniger, je globaler die kapitalistische Ökonomie wird und je ungleicher die Menschen sozial und kulturell werden, die innerhalb eines staatlichen Territoriums leben. Was haben der in der internationalen High-Tech-Branche tätige Yuppie und die illegal arbeitende polnische Putzfrau eigentlich gemeinsam, außer daß sie vielleicht in Frankfurt leben und arbeiten? Der weltweite kapitalistische Umstrukturierungsprozeß führt zu einer Art »Entgesellschaftlichung« von Gesellschaft. Die sozialen Orte werden unsicherer denn je. Die Bedrohungen und Ängste, die dies erzeugt, dienen der Legitimation einer Politik, die eben diese Entwicklung immer weiter vorantreibt. Dies bezeichnet die herrschende Logik von Nationalismus und Rassismus. Die Metapher vom »Boot« enthält das Versprechen auf Rettung, wenn die »anderen«, wer immer das auch genau sei, draußen gehalten werden können und verschleiert, daß man möglicherweise längst schon selbst am Versinken ist.

Individualisierung, Multikulturalität und die Vielfalt der Lebensstile sind deshalb nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist, daß all dies sehr wesentlich von den Mechanismen einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie erzeugt und geprägt wird. Natürlich stehen der Manager eines hier ansässigen Multis und die Arbeiterin irgendwo in der Peripherie in einem Abhängigkeits-, Zwangs- und Ausbeutungsverhältnis. Aber dieses wird, je mehr die Globalisierung voranschreitet, abstrakter und undurchschaubarer. Ihr Verhältnis ist im Rahmen der sogenannten »internationalen Arbeitsteilung« ein Produktionsverhältnis, mithin sicher strukturell »Gesellschaft«. Daß sich deren gewohnte Formen auflösen, ist selbst noch ein gesellschaftlicher Prozeß. Dies zu erkennen, bedürfte allerdings einer theoretischen Anstrengung. Die heute gängige kulturalistische Verengung des Gesellschaftsbegriffs blen-

det eben dies aus. Gesellschaft läßt sich nicht als Zustand, sondern nur als von Widersprüchen angetriebener Prozeß denken. Wenn sich aber die Wissenschaft die Vorstellung vom Ende der Geschichte zu eigen macht und sich mit dem Ausmalen des Immergleichen begnügt, bedarf sie in der Tat eines Gesellschaftsbegriffs nicht mehr.

Ohne einen historisch-materialistisch fundierten Gesellschaftsbegriff ist eine kritische Theorie unmöglich. Mit ihm verbindet sich die Entschlüsselung der herrschenden Verhältnisse als Zwangs-, Ausbeutungs- und Herrschaftszusammenhang – Aufklärung also. Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob er sich darüber hinaus *emanzipatorisch* wenden läßt. Insbesondere die sozialistische Tradition ist von der Vorstellung beherrscht, die gesellschaftliche Totalität als Zwangszusammenhang sozusagen umkehren, ins Positive wenden zu können. Was »Gesellschaft« eigentlich bedeutet, wurde kaum hinterfragt. Die »sozialistische« sollte halt an die Stelle der »bürgerlich-kapitalistischen« Gesellschaft treten. Wohin das führen kann, hat man gesehen. Die Abschaffung von Herrschaft *durch* Herrschaft, von Zwang durch Zwang ist unmöglich. Das heißt, daß »Gesellschaft« im strikten Sinn des Begriffs nicht verändert, sondern nur abgeschafft und aufgelöst werden kann, wenn es wirklich um Befreiung gehen soll. Emanzipatorische Politik darf sich daher nicht gesellschaftsstrategisch auf das Erzeugen von anderen Ordnungen und Strukturen richten, sondern muß prinzipiell *subversiv* sein. Sie muß sich auf die Auflösung aller politischen, ökonomischen und sozialen Zwangsverhältnisse richten, die »Gesellschaft« ausmachen.

In der längst verschütteten Tradition der Arbeiterbewegung gibt es die Begriffe »Assoziation« und »Föderation«. Diese zielten auf eine Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens, die sich von »Gesellschaft« und »Staat« grundlegend unterscheiden, auf wirkliche Freiheit. Marx und Engels haben von der »naturwüchsigen Gesellschaft« gesprochen, in der »die eigene Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht«. Diese unterscheiden sie von der »wirklichen Gemeinschaft«, in der »die Individuen in und durch ihre Assoziation zugleich ihre Freiheit« erlangen. Der Kommunismus war für sie keine bestimmte Gesellschaft, »kein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben wird«. Er bezeichnete

vielmehr »die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«, und zwar dadurch, daß er »die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft« (Marx/Engels 1969). Daran wäre hin und wieder zu erinnern, wenn »Gesellschaftstheorie«, gar kritische, gemacht wird.

Globalisierung des Kapitals und die Umwälzung der Klassenverhältnisse

Die Postmoderne kennt keine Klassen mehr. Klassentheorie ist sozusagen mega-out, von -politik gar nicht zu reden. Die einschlägige Gesellschaftswissenschaft konstatiert als Faktum, was die bürgerliche Demokratietheorie immer schon als Fiktion unterstellte: die individualisierte »Bürgergesellschaft« (vgl. Beck 1993). Selbst »soziale Ungleichheiten« gelten weniger als Problem denn als notwendiges Strukturmerkmal einer auf dem Weltmarkt durchsetzungsfähigen Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft.

Die wissenschaftlichen Zeitdiagnosen stehen freilich in einem eigentümlichen Gegensatz zur Realität eines sich nach der Krise der siebziger Jahre rasant globalisierenden Kapitalismus, in dem soziale Ungleichheiten auf nationaler wie internationaler Ebene immer schärfer hervortreten, die neoliberale Strategie der Krisenbereinigung ökonomische Ausbeutungsverhältnisse via »Rationalisierung« und »Strukturanpassung« sowohl vertieft als auch in neue Formen bringt, die Zwänge der internationalen Akkumulationsdynamik immer unvermittelter auf nationale politische und gesellschaftliche Prozesse durchschlagen. Während von »Kapitalismus« kaum noch geredet, sondern stattdessen lieber von »freier Marktwirtschaft« gesprochen wird, kommt dieser real immer mehr zu sich selbst. Deutlich wird dabei, was die zeitgenössische Sozialwissenschaft immer mehr auszeichnet: das Fehlen eines theoretisch haltbaren Gesellschaftsbegriffs und damit verbunden systematische Realitätsverkennung.

Wenn die Klassenfrage zu einem Zeitpunkt aus dem wissenschaftlichen Diskurs verabschiedet wird, in dem die globale Umstrukturierung ökonomischer Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse maßgeblich die gesellschaftlichen Verhältnisse und die internationalen Konflikte bestimmt, so hat dies allerdings auch mit dem Zustand der Klassentheorie zu tun, nicht zuletzt mit ihrer traditionellen Beschränkung auf den nationalstaatlichen Raum und der Ausblendung der Effekte, die von der Existenz eines pluralen Staatensystems und den damit zusammenhängenden Bedingungen des glo-

balen Kapitalverwertungsprozesses ausgehen. Heute wird schlagend deutlich, daß »Klassentheorie«, wie immer sie konzipiert sein mag, nicht darüber hinwegsehen kann, daß es das nationalstaatliche System ist, das vor allem systematische Klassenspaltungen produziert. Auf seiner Grundlage werden erst auch klassenübergreifende gesellschaftliche Koalitionen möglich. Die Herausbildung nationaler »Standorte«, deren unterschiedliche soziale Verwertungsbedingungen vom internationalen Kapital flexibel ausgenutzt werden können und die immer durch nationale Grenzen beschränkte Mobilität der Arbeitskräfte stellt eine entscheidende Basis der politischen Regulation und damit auch der konkreten Ausgestaltung der Klassenverhältnisse dar.

Das allmähliche Verschwinden der Klassen aus dem theoretischen Diskurs in der Nachkriegszeit hatte viel mit der ökonomisch-politischen Struktur des »fordistischen« Kapitalismus zu tun, der durch eine starke Binnenmarktorientierung, die Entwicklung eines weite gesellschaftliche Bereiche umfassenden Massenproduktions- und Massenkonsummodells, erhebliche nationalstaatliche Regulationsspielräume, permanentes ökonomisches Wachstum, eine egalitär ausgerichtete Sozialstaatsintervention sowie nicht zuletzt eine korporativ-sozialpartnerschaftliche Institutionalisierung des Klassenkonflikts gekennzeichnet war. Die Perspektive einer staatsinterventionistisch egalisierten und politisch integrierten Gesellschaft schien die »Klassenfrage« als relevantes gesellschaftliches Problem erledigt zu haben. Heute ist klar, daß dies nicht mehr als eine historische Episode in der Geschichte des Kapitalismus war.

Gleichzeitig haben sich aber die gesellschaftlichen Entwicklungs- und Krisenprozesse und die Bedingungen für die Konstitution von »Gesellschaft« derart grundlegend verändert, daß auch die Klassentheorie neuer Kategorien und Dimensionen bedarf. Wenn Marx im Verhältnis von Klassenstruktur und liberaldemokratischer politischer Institutionalisierungsformen entscheidenden »Widerspruch der bürgerlichen Konstitution« sah (Marx 1969), so schien dieser im sozialstaatlich-korporativen Arrangement des Fordismus quasi aufgehoben zu sein. Die revolutionären und reformistischen Kämpfe der Arbeiterklasse, aus denen der Fordismus und damit die Überwindung der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre hervorging, können, um mit Polanyi (1990) zu sprechen, als eine Reaktion der Gesellschaft

auf die in der Vewertungsdynamik des Kapitals liegenden Tendenzen zu ihrer Selbsterstörung betrachtet werden. Dies zielt auf den paradoxen Sachverhalt, daß es sozusagen der Klassenkampf war, der den Kapitalismus gerettet hat. Angesichts der Krise des Fordismus und ihrer Folgen, nicht zuletzt des endgültigen Verschwindens der traditionellen Arbeiterbewegung, stellt sich das Problem des Gesellschaftserhalts in Reaktion auf die selbstzerstörischen Tendenzen der kapitalistischen Marktökonomie nun erneut und in verschärfter Form.

Die meist unausgesprochene Grundlage aller Demokratietheorien ist die Existenz einer relativ geschlossenen und abgrenzbaren »nationalen« Gesellschaft. Sie macht die Annahme einer eindeutigen Beziehung zwischen Regierten und Regierenden, WählerInnen und Entscheidenden denkbar, die Begriffen wie »Partizipation« und »demokratische Legitimation« erst ihren Sinn verleiht (Held 1991). Nur wenn klar bestimmbar ist, wer zum »Volk« gehört, und nur wenn der »Regierung« eine gewisse souveräne Handlungskompetenz unterstellt werden kann, wird theoretisch ein demokratischer Prozeß möglich, der allen Betroffenen Mitwirkungs- und Kontrollrechte darüber verleiht, was politisch über sie entschieden wird. Wenn von politischen Entscheidungen Betroffene nicht wählen können, weil sie keine Staatsbürgerrechte besitzen, wenn sie außerhalb der staatlichen Grenzen leben oder wenn die relevanten Entscheidungen überhaupt nicht im institutionellen Rahmen des Nationalstaats fallen, so verliert offensichtlich das nationalstaatlich-liberaldemokratische System seine Substanz. Die Vorstellung vom »Gesellschaftsvertrag«, einem Grundmotiv aller bürgerlichen Politik- und Demokratietheorien, hat in der Entsprechung von »Volk« und »Regierung« ihre entscheidende Rechtfertigung und Begründung. Natürlich hat die Realität dieser unterstellten Einheit von Regierenden und Regierten nie entsprochen: Immer schon verfügte nur ein Teil der innerhalb der staatlichen Grenzen lebenden Menschen selbst nur formell über sämtliche staatsbürgerlichen Rechte, waren politische Mitwirkungsmöglichkeiten durch soziale Ungleichheiten und ökonomische Herrschaftsverhältnisse beschränkt und blieb die Reichweite des staatlichen Handelns durch wirtschaftliche Machtstrukturen begrenzt. Nicht zuletzt hatte jede nationalstaatliche Politik ebenso grenzüberschreitende Auswirkungen wie die inneren gesellschaftli-

chen Entwicklungen durch internationale Machtverhältnisse bestimmt wurden.

Inzwischen sieht es aber so aus, als würde der Prozeß der kapitalistischen Globalisierung mit dem damit verbundenen Funktionswandel der Nationalstaaten die Grundlagen dieses Modells endgültig aushebeln. Er polarisiert und zerreißt die Gesellschaften sowohl im nationalstaatlichen wie im internationalen Maßstab (Narr/Schubert 1994, 74ff.). Begriffe wie »Volk«, »Wählerschaft«, »Verantwortlichkeit«, »Partizipation« werden damit grundsätzlich fragwürdig (Held 1991, 197). »Wir sind das« oder gar »ein Volk«, die gefeierten Parolen des deutschen Umbruchs von 1989, waren ideologische Versicherungen, die mit der Realität nur noch wenig zu tun hatten. »Zugehörigkeit« – sei es zu einer Wohlstandsfestung, einer Sicherheitszone, zum »besserverdienenden« Gesellschaftsdrittel, zu einer »Wertegemeinschaft« oder zu einem kulturellen Milieu – wird auf nationaler wie internationaler Ebene zu einer immer prekäreren und umkämpfteren Existenzfrage.

Die »postfordistische« Gesellschaftsstruktur ist dadurch gekennzeichnet, daß sich verstärkte soziale Spaltungstendenzen auf nationaler wie globaler Ebene mit anwachsenden internationalen Flucht- und Wanderungsbewegungen verbinden (Narr/Schubert 1994, 74ff.). Damit wird die Vorstellung von einer einheitlichen »nationalen« Gesellschaft zunehmend fiktiver. Während in den Sozialwissenschaften neuerdings wieder einmal über die Brauchbarkeit des Gesellschaftsbegriffs überhaupt debattiert wird (vgl. z.B. Willke 1994), können alle Beschwörungen von »Nation« und »Gemeinschaft« nicht darüber hinwegtäuschen, das deren materielle Grundlagen mehr als je zuvor fragwürdig geworden sind. Dem unverdrossen positiven soziologischen Blick erscheint diese Entwicklung je nachdem als »Individualisierung«, »Multikulturalität« oder »Pluralisierung der Lebensstile«. Wie auch immer dies zu bewerten ist, bleibt zunächst einmal festzuhalten, daß die Grundlage dieser Entwicklungen weniger in einem selbstbestimmten Verhalten der Individuen oder in einem allgemeinen postmodernen Wertewandel, sondern in der Dynamik des globalen Akkumulationsprozesses und in den damit verbundenen gewaltsamen Umstrukturierungen zu suchen ist.

Entscheidend ist vor allem die Veränderung der *Arbeitsverhältnisse*. Der zur Bereinigung der Fordismus-Krise weltweit in Gang gesetzte Rationalisie-

rungsschub hat in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern ein Maß von struktureller Dauerarbeitslosigkeit erzeugt, das zwei Jahrzehnte zuvor noch für ausgeschlossen und im übrigen auch für politisch systemgefährdend gehalten worden wäre. Der Grund für diese Entwicklung liegt nicht nur darin, daß die traditionellen Instrumente der keynesianischen Globalsteuerung nicht mehr greifen. Eine staatliche Politik, die vorrangig auf die Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen und die Gewinnung internationaler »Standortvorteile« setzt, *muß* Massenarbeitslosigkeit entgegen aller rhetorischen Versicherungen bewußt und strategisch einkalkulieren. Diese dient nicht zuletzt dazu, Widerstände gegen die umfassende Restrukturierung des Produktionsprozesses zu brechen. Je stärker Arbeitslosigkeit anwächst und je mehr gleichzeitig das System der sozialen Sicherung löchriker wird, desto weniger gelingt es, die aus dem Arbeitsprozeß ausgegrenzten sogenannten »Modernisierungsoffer« sozialstaatlich aufzufangen. Marginalisierte, Nicht- oder Unterbeschäftigung verbindet sich deshalb immer massenhafter mit materieller Armut. Die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in ArbeitsplatzbesitzerInnen und Arbeitslose ist zu einem ihrer hervorstechendsten Merkmale geworden.

Das von den einschlägigen Wirtschaftsexperten propagierte Gegenmittel heißt »Deregulierung«. Gemeint ist damit die Lockerung oder Auflösung tarifvertraglicher und gesetzlicher Sicherungen und Beschränkungen, die Abschaffung des standardisierten Normalarbeitsverhältnisses sowie eine »Flexibilisierung« der Arbeitsbeziehungen im Sinne wachsender Lohndifferenzierungen und eines erhöhten Mobilitätswangs. Diese Strategie zielt auf eine so weitgehende Senkung der durchschnittlichen Realeinkommen und eine so starke Arbeitsintensivierung, daß Investitionen wieder profitabel werden, also auf eine strukturelle Verschiebung der Einkommensverteilung. Wie realistisch solche Kalküle auch immer sein mögen, so planen sie in jedem Falle die faktische Ausweitung der »industriellen Reservearmee« und fortschreitende gesellschaftliche Spaltungsprozesse bewußt ein.

Diese schreiten allerdings ohnehin beschleunigt voran. Die Wirkungen von weltmarktbestimmter Rationalisierung und Deregulierung zeigen sich in der betrieblichen Personalpolitik, die immer weniger auf stabile »Stammbelegschaften« mit entsprechenden Personalreserven und statt dessen immer

stärker auf mobile und vielfältig einsetzbare »flexible Mindestbelegschaften« setzt, die durch befristet und Teilzeit-Beschäftigte, LeiharbeiterInnen oder das Personal von Subkontraktfirmen ergänzt werden. Der Verleih von Arbeitskräften durch Firmen aus Billiglohngeländern prägt den Arbeitsmarkt immer nachhaltiger. Die Verringerung der Produktionstiefe durch Inanspruchnahme von »just in time«-angebundenen, wirtschaftlich weitgehend abhängigen und unter starkem Kostendruck stehenden Dienstleistungs- und Zuliefererfirmen vermehrt die Zahl schlecht bezahlter und sozial ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse. Die der anwachsenden Masse marginalisierter Lohnabhängiger gegenüberstehenden, relativ privilegierten Kernbelegschaften schmelzen zusammen und stehen zugleich mit der auch sie nicht mehr ausnehmenden Drohung des Arbeitsplatzverlusts unter einem durch Gruppenarbeit, Produktivitäts- und Qualitätszirkel untermauerten Anpassungs-, Leistungs- und Loyalitätsdruck (Elam 1994, Tomaney 1994).

Was »Marginalisierung« heißt, läßt sich nicht zuletzt an der steigenden Zahl der sogenannten geringfügig Beschäftigten ohne Arbeitsplatzgarantien und soziale Sicherungsansprüche ablesen, die in der Bundesrepublik inzwischen die Zweimillionengrenze weit überschritten hat. Dazu kommt das Phänomen der »neuen Selbständigkeit«, d.h. der unter dem Druck von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit stattfindende Wechsel von Lohnabhängigen in eine formelle »Unternehmer-« und Selbständigenposition, die sich oft nicht nur mit erhöhten Leistungs- und Mobilitätsanforderungen, sondern auch mit erheblichen Verdiensteinbußen verbindet und was die Rede von der »Existenzgründung« in vielen Fällen zum zynischen Euphemismus stempelt (vgl. K.H. Roth 1994). Das Einkommen von fast der Hälfte dieser »Scheinselbständigen« liegt inzwischen unter dem durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn.

Je größer unter den Bedingungen des postfordistischen Akkumulationsregimes die internationalen ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheiten werden, ökonomische Abhängigkeit, Verarmung und politische Repression der Herausbildung weniger Inseln relativen Wohlstands gegenübersteht, desto stärker werden die erzwungenen Wanderungs- und Fluchtbewegungen. Trotz verschärfter Abschottungsmaßnahmen fließt ein Teil dieser Migration auch in die kapitalistischen Metropolen und versorgt den

dortigen Arbeitsmarkt mit billigen, wesentliche politische und soziale Rechte entbehrenden oder völlig illegalen Arbeitskräften (Castells 1994). Die Tatsache, daß das internationale Kapitalverhältnis immer schon auf der Kombination einer *Vielzahl* von Produktions-, Herrschafts- und Ausbeutungsformen beruht hat (Balibar/Wallerstein 1992, 215ff.), drückt sich im Zuge der Globalisierung immer deutlicher auch in den kapitalistischen Zentren selbst aus. Der gefestigte und gesicherte Lohnarbeiterstatus, der in der fordistischen Phase des metropolitanen Kapitalismus zumindest für den großen Teil der männlichen und qualifizierten Lohnabhängigen bestimmend war, bröckelt immer deutlicher.

Die soziale Struktur erhält dadurch einen Grad an Zersplitterung, dem mit den herkömmlichen Klassen- und Schichtmodellen kaum noch beizukommen ist. Angesichts der Unterschiede zwischen multinationalen Konzernen, innovativen Hochtechnologiefirmen, abhängigen Zulieferern, spezialisierten Dienstleistungsbetrieben und vom Aussterben bedrohten traditionellen Industriebranchen läßt sich schon von den ökonomischen Bedingungen her immer schwerer von »dem« Kapital als einer einheitlichen Klasse sprechen. Wenn auf der anderen Seite die marginalisierten Lohnabhängigen unterschiedlichster Art und die »Scheinselbständigen« zunehmen, sich aber zugleich eine relativ privilegierte Schicht hochqualifizierter und hochbezahlter, im international verflochtenen High-Tech-, Finanz- und Managementsektor beschäftigter Arbeitskräfte herausbildet, so wird auch das statistische Merkmal der Lohnabhängigkeit für die soziale Lage noch aussageloser. Zwischen den avancierten Angestellten im internationalen Management-, Kommunikations-, Finanz- und Sektors, qualifizierten industriellen Kernbelegschaften, den Resten der traditionellen Arbeiterschaft, kleinen und Schein-Selbständigen, vom Agrobusiness noch nicht ruinierten Landwirten, Jobbern, Leih- und TeilzeitarbeiterInnen und der Welt der Flüchtlinge und Illegalen klaffen derart große Unterschiede, daß auch die Unterscheidung von »Arbeiterklasse« und »Mittelklasse« kaum noch Bedeutung hat.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß kollektive soziale Lagen, die sich durch Gemeinsamkeiten der Alltagskultur, der Lebensweise und der Weltdeutung auszeichnen, verschwunden wären. In der einschlägigen Sozialfor-

schung, insbesondere im Rahmen von Analysen des Wahl- und Konsumverhaltens, ist es deshalb üblich geworden, statt »Klassen« oder »Schichten« verschiedene soziale »Milieus« zu unterscheiden. Dabei spielt der von Bourdieu entwickelte Begriff des »Habitus«, d.h. die von der objektiven materiellen Lage zwar nicht unabhängige, aber in spezifischen sozio-kulturellen Zusammenhängen aktiv geformte Art und Weise, wie Menschen ihr gesellschaftliches Dasein verstehen und gestalten, eine wichtige Rolle (vgl. Vester u.a. 1993, v. Oertzen 1994). Die Verwendung des Milieukonzepts geht interessanterweise ursprünglich auf Arbeiten eines kommerziellen Marktforschungsunternehmens (SINUS) zurück, das ein »gehobenes konservatives«, ein »technokratisch-liberales«, ein »alternatives«, ein »kleinbürgerliches«, ein »Aufsteigermilieu« und ein »hedonistisches Milieu«, ein »traditionelles«, ein »traditionsloses« und schließlich ein »neues« Arbeitermilieu unterscheidet. Eine von Michael Vester geleitete Forschungsgruppe teilt dagegen die Gesellschaft in die Milieus der »progressiven Modernisierungsgewinner«, der »deklassierten Modernisierungsverlierer«, der »skeptischen modernen Arbeitnehmer« und der »zufriedenen konservativ-ständischen Mitte« ein, die jeweils etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfassen sollen (Vester u.a. 1993, ein weiteres und ähnliches Klassifikationsschema findet sich bei Schulze 1992). Gemeinsam kommen diese Untersuchungen zu dem Schluß, daß sich die Polarisierung der Gesellschaft zwischen »unten« und »oben« zunehmend auflöse und es statt dessen zur Herausbildung eines breiten, aber im sozialen Habitus höchst unterschiedlichen gesellschaftlichen Mittelfeldes komme.

Ob solche Analysen über ihren vorrangigen Zweck – nämlich Daten über gruppenspezifisches Konsum- und Wahlverhalten zu liefern – das Bild der realen und überdies in rascher Veränderung befindlichen gesellschaftlichen Struktur richtig zeichnen, kann dahingestellt bleiben (zur Kritik der neueren sozialwissenschaftlichen »Ungleichheits«-Forschung vgl. insbesondere Ritsert 1988a). Wenn es darum geht, werbeteknisch brauchbare Daten über gesellschaftliches und politisches Verhalten zu gewinnen, können Forscher nämlich gar nicht umhin, relativ einheitliche »Milieus« herauszudestillieren. Zu fragen ist also, ob diese Milieus nicht eher Konstrukte sind, die die realen Fragmentierungen der Gesellschaft nur sehr oberflächlich beschreiben.

Dies gilt schon deshalb, weil die Bevölkerung der Migranten und Flüchtlinge, die weder wahlberechtigt noch besonders konsumstark ist, bei den Untersuchungen in der Regel ohnehin ausgeklammert wird. Wie wenig sich aus den Milieukonstruktionen brauchbare Aufschlüsse über politisches Verhalten gewinnen lassen, zeigt sich nicht zuletzt an den immer unsicherer werdenden Wahlprognosen.

Richtig bleibt allerdings die Beobachtung, daß die soziale Struktur sich im Zuge der ökonomischen Umwälzungen immer weiter ausdifferenziert, ohne dabei freilich von einer abstrakten »Individualisierung« gekennzeichnet zu sein. »Objektiv« ungleiche sozio-ökonomische Bedingungen bleiben für soziale Lagen und Wahrnehmungen weiterhin entscheidend, werden aber sozio-kulturell unterschiedlich verarbeitet. Angesichts der fortschreitenden Kommerzialisierung des Lebens und der sozialen Beziehungen scheint soziales »Distinktionsverhalten«, d.h. der Versuch, gesellschaftliche Zugehörigkeiten und Unterschiede mittels ostentativen Konsums zu demonstrieren, immer wichtiger zu werden. Die Gesellschaft wird »multikulturell« auch in dem Sinne, daß das Tragen einiger Nobelmarkenetiketten zum oft teuer erkauften – wenn nicht ohnehin illegal erworbenen – Ausweis sozialer Zugehörigkeit wird.

Die so entstehenden sozialen »Milieus« sind zwar nicht unabhängig von der »Klassenlage« im Sinne objektiver materieller Bedingungen und Chancen, werden aber immer weniger eindeutig von dieser bestimmt. Deshalb trifft der Begriff »pluralisierte Klassengesellschaft« die soziale Realität wohl etwas genauer als die Rede von einer »individualisierten« Gesellschaft »jenseits von Klasse und Stand« (Beck 1986). Zwischen der sozial avancierten Boutiquen-Bourgeoisie qualifizierter Angestellter und den als Billig Arbeitskräfte ausgebeuteten oder in die Untergrundökonomie abgedrängten Migranten – seien sie nun formal Lohnabhängige oder Selbständige – besteht jedenfalls eine kaum mehr überbrückbar scheinende kulturelle und soziale Distanz.

Mit dem Begriff »Zweidrittelgesellschaft« wurde eine Entwicklung beschrieben, in der ein verarmendes und sozial ausgegrenztes Drittel der Gesellschaft einer saturierten Mehrheit gegenübersteht, die zugleich kraft ihrer Mehrheitsposition die wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungen poli-

tisch bestimmt. Diese Bezeichnung ist nicht nur deshalb schief, weil sie immer noch die Existenz relativ geschlossener sozialer Gruppen unterstellt, sondern sie verzeichnet auch die tatsächlichen Polarisierungen. Wenn Robert Reich die US-amerikanische Gesellschaft zwischen einem oberen Fünftel und einem niedergehenden oder schon marginalisierten Rest gespalten sieht, ist das schon realistischer. Auf jeden Fall gilt, daß »nationale Grenzen nicht mehr unser ökonomisches Schicksal bestimmen. Wir sitzen jetzt in verschiedenen Booten, einem, das schnell sinkt, einem, das langsamer untergeht und einem dritten, das flott vorankommt« (Reich 1991, 208, Übers. d. Verf.).

Mit dem Fordismus verschwindet auch das für ihn typische, auf stetige Einkommenszuwächse sowie sozialstaatliche Transferleistungen gestützte Konsummodell. Größer werdende materielle Unterschiede schlagen sich, verstärkt durch die bewußte Demonstration sozialer Differenzen, auch im Konsumverhalten nieder. Trotzdem bleibt der Massenkonsum ein bestimmendes Merkmal des postfordistischen Kapitalismus. Die Konsummuster und damit auch die Lebensweisen werden aber aufgrund materieller Ungleichheiten und einer Verkaufsstrategie, die drohenden Marktsättigungen durch eine »individualisierende« Vervielfältigung der Warenangebote begegnen will, zunehmend unterschiedlicher. Möglich wird diese Differenzierung durch die postfordistische Flexibilisierung der Massenproduktion, die die Unternehmen in die Lage versetzt, das Immergleiche in unzähligen Designvarianten anzubieten. Insgesamt verschiebt sich allerdings der Konsum noch stärker zu kapitalistisch profitablen Waren und Dienstleistungen, Videos und Computern, elektronischen Kommunikationsmitteln, Kleidung, Fast food und Autos, während Güter des kollektiven Konsums wie Wohnungen, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, eine intakte Umwelt und vieles andere angesichts des laufenden Sozialstaatsabbaus fortschreitend knapper oder unbezahlbarer werden. Der Besitz eines Autos kann sich sehr wohl mit elenden Wohnverhältnissen verbinden und der Versuch, diesen zu entfliehen, endet oftmals in Stau und Gestank. Es breitet sich damit eine neue Form gesellschaftlicher Armut innerhalb einer scheinbar unendlichen Warenfülle aus, die natürlich vor allem diejenigen trifft, deren Einkommen nicht ausreicht, um sich kompensatorische Güter und Dienste über den Markt zu be-

schaffen. Ungebrochen bleibt indessen der konsumistische Zirkel, dessen Logik darin besteht, immer mehr zu arbeiten, um immer mehr und immer weniger Nützliches – oder eher: immer Schädlicheres – kaufen zu können, wofür das private Auto nach wie vor das herausragende Symbol ist. Der Unterschied ist allerdings, daß ein größer werdender Teil der Gesellschaft aufgrund von Unterbezahlung oder Arbeitslosigkeit nur noch am Rande dieser High-Tech-Konsumwelt existiert. Während die einen nach wie vor und gegebenenfalls immer länger und intensiver arbeiten, um immer mehr und immer demonstrativer zu konsumieren, bleiben die anderen auf die Billigprodukte postfordistischer Massenindustrien verwiesen. Italienische Kleider-Edelmarken und deren Imitationen aus China oder Singapur ergänzen sich so auf das Beste.

Die kapitalistische Gesellschaft ist grundsätzlich durch eine widersprüchliche Verbindung von »Klassen-« und »Marktvergesellschaftung« gekennzeichnet, d.h., die Lage der Menschen ist sowohl durch ihre »objektive« Position im Produktionsprozeß als auch durch ihren Status als freie und gleiche Marktsubjekte bestimmt. Unter den Bedingungen der postfordistischen Restrukturierung erhält dieser Zusammenhang eine besondere Dynamik. Faktisch bedeutet der Übergang zur »Dienstleistungsgesellschaft« einen neuen Schub der Durchkapitalisierung. Je mehr sich die durch Gewerkschaften und »Volksparteien« vermittelten Klassenkompromisse auflösen sowie die sozialen Lagen auseinanderdriften, desto deutlicher wird der »Markt« zur dominierenden Erfahrung. Die individuelle Verkäuflichkeit der Arbeitskraft wird entscheidender, und ohne private Verfügung über Geldmittel bleibt der Zugang zu wesentlichen Gütern des gehobenen Konsums und damit sozialer Anerkennung versperrt. Tendenziell verwandelt sich jede(r) in eine(n) UnternehmerIn, und sei es eben nur des eigenen Arbeitsvermögens. Wer die vom Markt geforderten Leistungen nicht erbringt, dem oder der droht soziale Marginalisierung oder der Wechsel in eines der diversen »subkulturellen« Milieus.

Das vorherrschende soziologische Deutungsmuster dieses Prozesses heißt »Individualisierung« (vgl. vor allem Beck 1986, 1993). Wie gezeigt, bedeutet dies nicht, daß es keine kollektiven sozialen Lagen mehr gibt, sondern bezieht sich eher auf deren wachsende Differenzierung. Diese Entwicklung ist

keineswegs neu, sondern war bereits ein grundlegendes Merkmal des fordistischen Kapitalismus. Die mit diesem verbundenen Tendenzen zur Entstehung einer relativ egalitären Arbeitnehmer-Massenkonsumgesellschaft, die fortschreitende Auflösung überkommener sozio-kultureller Milieus, die wachsende bürokratische Regulierung aller gesellschaftlichen Bereiche und ein allgemein höheres Einkommens- und Ausbildungsniveau haben zweifellos die Chancen zur individuellen Gestaltung von Lebensweisen und Biographien vergrößert (vgl. Hirsch 1986). Diese für den Fordismus bestimmende Tendenz wirkt weiter. Sie wird durch den Übergang zum postfordistischen Kapitalismus nicht aufgehoben, aber entscheidend akzentuiert und modifiziert. Der Abbau sozialstaatlicher Sicherungen, die fortschreitende Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen und die Fragmentierung der Gesellschaft verbindet sich mit erheblich härter werdenden ökonomischen Zwängen und größeren sozialen Ungleichheiten.

Abstrakt gesehen, prägt die »Individualisierung« das Leben einer als Single lebenden qualifizierten Informatikerin ebenso wie das eines illegalen Ausländers, der abends in den Kneipen Blumen oder Zeitungen verkauft. Die jeweiligen sozialen Chancen unterscheiden sich allerdings kraß. Auch die durch berufliche Qualifikation erreichbaren Möglichkeiten stellen sich anders dar, wenn Abschlüsse nicht mehr bedeuten als die Eintrittskarte für einen prekären Arbeitsmarkt. Sie nehmen sich jedenfalls für einen taxifahrenden Sozialwissenschaftler ebenso mäßig aus wie für eine akademisch ausgebildete Putzfrau. Der Fahrradbote, dieser Inbegriff von Mobilität und Freiheit, übt nicht nur einen höchst ungesunden und bescheiden bezahlten Beruf aus, sondern geht auch enorme Risiken bei Krankheit und im Alter ein.

Zweifellos erhöhen die fortschreitende Durchsetzung der Marktvergesellschaftung und die Auflösung festgefügtter sozialer Klassen- und Schichtzugehörigkeiten bei ausreichendem Geschick, Leistungs- und Durchsetzungsvermögen die individuellen Chancen und gesellschaftlichen Wahlfreiheiten. Relativer Wohlstand und einmal erkämpfte soziale Sicherungen haben den Kampf ums schiere Überleben, gegen Not und materielle Bedrohung im allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtsein in den Hintergrund treten lassen, und zugleich sind herkömmliche sozio-kulturelle Bindungen im Zuge einer

beschleunigten kapitalistischen Modernisierung abgeschwächt worden. Die Beobachtung, daß damit subjektive Lebensgestaltung, Selbststilisierung und »Erlebnisorientierung« wichtiger werden, ist sicher nicht ganz falsch. Gleichwohl bleibt das Schlagwort von der »Erlebnisgesellschaft« (Schulze 1992) nicht nur deshalb irreführend, weil dabei die zugrundeliegenden ökonomischen Prozesse ausgeblendet werden. Wenn individuelle Lebensgestaltung bedeutungsvoller wird, so hat dies jedenfalls aktuell weniger den Charakter kreativer und spontaner Selbstbestimmung als einer eher passiven Wahrnehmung des sich im Zuge der flexiblen Produktionsspezialisierung immer weiter differenzierenden und immer aggressiver vermarkteten kapitalistischen Waren- und Dienstleistungsangebots. Die subjektive »Ästhetisierung des Alltags« (Schulze 1992) besitzt deutliche Züge einer sich totalisierenden Warenästhetik. »Erleben« ist, was auch die entsprechenden empirischen Untersuchungen hervorheben, zuallererst Konsum. Insofern bleibt der »Individualisierung« und »Pluralisierung« der Gesellschaft kapitalistische Eindimensionalität nicht nur weiter eingeschrieben, sondern scheint sich sogar noch zu verstärken.

»Pluralisierung« oder »Individualisierung« der Gesellschaft darf schließlich nicht einfach als objektive Entwicklungstendenz begriffen werden, sondern wird zugleich durch veränderte gesellschaftliche Wahrnehmungen erzeugt und vorangetrieben, wenn traditionelle sozio-kulturelle Zugehörigkeiten verblassen und die individuelle Mach- und Gestaltbarkeit der Lebensschicksale ungeachtet weiterbestehender sozialer Ungleichheiten zuzunehmen scheint. Sie ist nicht zuletzt eine Folge politischer und ideologischer Entwicklungen, bei denen das Zerbrechen bürokratisch institutionalisierter und übergreifender Klassenkompromisse eine ebenso große Rolle spielt wie die von sozialen Protestbewegungen thematisierte Kritik an der bürokratisierten und standardisierten und dabei zugleich grundlegende soziale Ungleichheiten – z.B. zwischen den Geschlechtern – festschreibenden Massenkonsumentengesellschaft. Eine entscheidende Bedeutung hat vor allem die nach dem Zusammenbruch des fordistischen Gesellschaftsprojekts etablierte neo-liberale Hegemonie, bei deren Durchsetzung nicht nur die kapitalistische Restrukturierungsoffensive, sondern auch »alternative« Gesellschaftskritik eine wichtige Rolle gespielt hat. Dieser Komplex ökonomischer, politischer

und ideologischer Prozesse und Kämpfe trägt maßgeblich zur Legitimierung der aktuellen gesellschaftlichen Umwälzungen bei den Betroffenen bei. Die Entwicklung bleibt aber höchst widersprüchlich, spiegelt sich in ihr doch zugleich eine reale Erweiterung individueller Spielräume wider.

Reale Freiheit setzt immer in einem gewissen Grad Gleichheit und Sicherheit, das heißt materiell begründete Gemeinschaftlichkeit voraus. Gleichzeitig beinhaltet sie aber auch das Recht auf und die Möglichkeit von »Differenz«, z.B. im Verhältnis der Geschlechter oder zwischen verschiedenen »kulturellen« Orientierungen und Lebensweisen. Unter den Bedingungen einer sich radikal durchsetzenden Marktvergesellschaftung wird dieses widersprüchliche Verhältnis von Freiheit, Gleichheit und Differenz insgesamt kritischer (Balibar 1993, 99ff.). Die Entstehung nationalstaatlich umgrenzter und damit relativ homogenisierter Gesellschaften war eine wichtige Voraussetzung und ein Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung. Nun wird deutlich, daß die globale Durchkapitalisierung diesen Prozeß umzukehren beginnt, d.h., das Kapitalverhältnis untergräbt nicht nur fortschreitend seine Naturgrundlagen, sondern auch seine bisher existierenden gesellschaftlichen Voraussetzungen. Das Verschwinden von Gemeinschaftlichkeit, die unter den bestehenden ökonomischen Bedingungen immer auch mittels staatlicher Zwangsgewalt disziplinierend und normierend hergestellt werden muß, kann durchaus als befreiende »Individualisierung« begrüßt werden. Paradox scheint dabei nur, daß gerade diejenigen, die den zugrundeliegenden ökonomischen Restrukturierungsprozeß so entschlossen vorantreiben, die Entwicklung gleichzeitig als gefährlichen »Werteverfall« brandmarken.

Der Widerspruch, der der Rede von einer »Klassengesellschaft ohne Klassen« scheinbar innewohnt, kann durchaus aufgelöst werden. Kapitalismus bezeichnet eine Gesellschaft, in der materielle Ausbeutungsverhältnisse und die damit verbundenen sozialen Konflikte den entscheidenden Motor ihrer Entwicklung und Strukturveränderung darstellen. Gerade an der Krise des Fordismus und den darauf folgenden globalen Strukturveränderungen wird dies augenfällig. Kapitalismusanalyse muß daher notwendig Klassenanalyse sein (Ritsert 1988b). Gleichzeitig werden »objektive« Klassenlagen, d.h. die sozialen Positionen im Prozeß der Produktion und Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts durch eine Vielzahl von kulturellen, ethnischen,

rassistischen, nationalen, geschlechtlichen und sozialen Spaltungen und Differenzierungen überlagert, und dies ist eine Tendenz, die sich in der aktuellen Restrukturierung des globalen Kapitalismus immer nachhaltiger bemerkbar macht. Deshalb läßt sich aus der materiellen ökonomisch-sozialen Lage immer weniger auf gesellschaftliches Bewußtsein und politisches Verhalten schließen. Die Klassenzugehörigkeit im ökonomischen Sinne wird durch kulturelle und politische Verhältnisse, etwa die Wirkungen der Konsum- und Medienindustrie oder die Struktur des internationalen politischen Systems überlagert und so umgeformt, daß sie in der sichtbaren gesellschaftlichen Realität und im Bewußtsein der Menschen kaum noch eine Rolle zu spielen scheint. Wirksam ist sie, was die individuellen Chancen und Lebensschicksale angeht, trotzdem, und zwar umso nachhaltiger, je mehr die Durchkapitalisierung der Welt voranschreitet.

Das Verhältnis von politischer Demokratie und ökonomischer Klassenstruktur erhält dadurch eine neue und recht brisante Note. Geht man nämlich davon aus, daß die kapitalistische Gesellschaft ihre Bestandsfähigkeit wesentlich daraus bezieht, daß sich politische Formen, Institutionen und Prozesse entwickeln, die eine »Selbstverteidigung« der Gesellschaft gegen die zerstörerischen Folgen der Verwertungs dynamik, letztlich der Bedrohung der Gesellschaft selbst und ihrer Naturverhältnisse möglich machen und daß dies nicht zuletzt das Vorhandensein minimaler demokratischer Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten voraussetzt, dann sind die Folgen der Globalisierung einigermaßen alarmierend. Die Kapitalismus-Apologeten aller Couleur hätten, wären sie weniger blauäugig, jedenfalls einigen Anlaß zur Sorge. Die Gefahr einer Selbstzerstörung der Gesellschaft aufgrund ihrer eigenen ökonomischen Dynamik ist – sich häufende Katastrophen, globale Umweltzerstörungen, Massenverelendung, militärische Konflikte, latente oder offene Bürgerkriege zeigen es – aktueller denn je.

»Zivilgesellschaft«: das Ende einer Begriffskonjunktur

Die Diskurskonjunktur für »Zivilgesellschaft« steht inzwischen nicht mehr so gut. Angesichts dessen, was sich in der vergangenen Zeit unter durchaus unterschiedlichen Bedingungen und Ausprägungen zwischen Los Angeles und Rostock abgespielt hat, hat die scheinbar griffige Formel einiges an Glanz verloren. Die Erkenntnis, daß auch in den »westlichen«, entwickelten kapitalistischen Ländern kruder Nationalismus, Rassismus und Gewalt zur immer wieder aufscheinenden Normalität einer auf Unterdrückung und Ungleichheit basierenden Gesellschaft gehört, läßt selbst die Feuilletons nicht mehr ganz unberührt. Es scheint so, als läge Brumliks keckes »Die civil society existiert«, mit dem er die etwas quälerischen linken Diskussionen vom Tisch fegen wollte, doch ein bißchen daneben (Brumlik 1991). Bevor auch dieser Begriff demnächst in die Mottenkiste abgelegter Modevokabeln kommt, scheint es nützlich, sich noch einmal der Dimensionen und Implikationen der damit verbundenen Debatten zu vergewissern.

Daß die »Zivilgesellschafts«-Debatte gerade in der Bundesrepublik einen so breiten Raum einnehmen konnte, hängt stark mit dem Zerbrechen linker Überzeugungen und Orientierungen nach den globalen Umwälzungen seit Ende der achtziger Jahre zusammen. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums, der Zusammenbruch der DDR und der globale »Sieg« des Kapitalismus denunzierte bei vielen die Vorstellungen von »Sozialismus« – wie vage und illusionär sie auch gewesen sein mögen. Angesichts damit offenkundig gewordener politisch-theoretischer Fehleinschätzungen, enttäuschter Hoffnungen sowie der scheinbaren Unmöglichkeit einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse schien die Zeit für eine entschlossene Verabschiedung von politischen Traditionsbeständen gekommen. Für große Teile einer ziemlich resignierten Linken wurde »Zivilgesellschaft« zu einer Art Ersatzformel, die den Vorzug hatte, Ansatzpunkte für eine reformerische politische Orientierung innerhalb der gegebenen Verhältnisse zu liefern und diese selbst theoretisch zu legitimieren. Mit ihr verbindet sich nicht nur die

Verabschiedung von radikaler Kapitalismuskritik, sondern auch der Verzicht auf Utopien und die entschlossene Hinwendung zum realpolitisch Machbaren: Sicherung und Ausbau der bestehenden, liberal-kapitalistischen Demokratie. Ein »Liberalismus der Erschöpften« also, wenn man so will (Narr 1991). Insoweit bezeichnet der »Zivilgesellschafts«-Diskurs eine linke Variante des Postulats vom »Ende der Geschichte«, mit dem die bestehende Gesellschaft und ihre ökonomische Verfaßtheit kurzerhand zur bestmöglichen erklärt wird.

Es sollte festgehalten werden, daß sich mit dem Begriff »Zivilgesellschaft« eine durchaus wichtige Kritik an traditionellen, wie immer »marxistischen« Vorstellungen von Politik und gesellschaftlicher Veränderung verbindet, nicht zuletzt an dem in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der damit verbundenen Theorietradition virulenten Etatismus und einem demokratiethoretischen Defizit auch innerhalb der nach-68er »Neuen Linken«. Das Problem ist, daß diese Kritik – etwa im Verhältnis der Neuen Linken zum so genannten »realen Sozialismus« oder in Wahrnehmung der eigenen Verfallsgeschichte seit den siebziger Jahren – kaum systematisch aufgearbeitet wurde und daß es beim Import anderswo geführter Debatten, nicht zuletzt der angelsächsischen »Kommunitarismus«-Theorie, der Diskussionen osteuropäischer Dissidenten vor 1989, aber auch der frühbürgerlichen Demokratietheorie blieb. Dies freilich ohne Rücksicht auf den jeweiligen historischen und politischen Kontext. Wenn es stimmt, daß der »Zivilgesellschafts«-Diskurs vor allem der ideologischen Selbstvergewisserung beim Widerruf linksradikaler Vergangenheiten diene, dann wird auch verständlich, warum er – im Gegensatz zur amerikanischen und osteuropäischen Diskussion – im wesentlichen abstrakt und ideengeschichtlich, d.h. unter weitgehender Ausblendung von materiellen Strukturen und Entwicklungstendenzen der bestehenden Gesellschaft geführt wurde. Es ging hier weniger um Gesellschaftsanalyse und konkrete politische Praxis denn um eine veränderte Weltanschauung. Charakteristisch ist, daß der immer noch bedeutendste »Zivilgesellschafts«-Theoretiker in der Geschichte der Arbeiterbewegung, Gramsci, dabei praktisch überhaupt keine Rolle spielte. Für ihn stand dieser Begriff freilich – und heute höchst zeitgemäß – in einem revolutionstheoretischen Zusammenhang

Bei einer solchen Konstellation ist es nicht verwunderlich, daß die Formel »Zivilgesellschaft« schnell zum schwammigen Passepartout herunterkam, hinter dem sich durchaus unterschiedliche und zum Teil höchst gegensätzliche gesellschaftstheoretische und politische Vorstellungen verbergen konnten. Sieht man einmal von den Versuchen ab, sie zur platten Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse heranzuziehen, so fungiert sie am ehesten als normatives, aus der einschlägigen politischen Ideengeschichte herausdestilliertes Demokratiemodell (so z.B. bei Rödel u.a. 1989). So wichtig es ist, sich theoretisch der Grundprinzipien einer auf Freiheit und Selbstbestimmung beruhenden Gesellschaft zu versichern, so problematisch wird das, wenn dies unter Ausblendung der fundamentalen Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung und ohne Rücksicht auf reale Entwicklungstendenzen geschieht. Was uns heute, nach dem endgültigen Scheitern der als proletarisch firmierenden Revolutionen erneut beschäftigen muß, ist in der Tat der komplizierte und höchst widersprüchliche Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie. Das aber kann nur mit einer radikalen Kritik der bürgerlichen politischen Theorie und nicht durch ihre noch so feinsinnige Rezeption gelingen. Nach Marx' Kritik der politischen Ökonomie steht eine historisch-materialistische Kritik der Politik, d.h. eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von »Staat« und »Gesellschaft«, der Implikationen kapitalismusspezifischer gesellschaftlich-politischer Formbestimmungen und die Analyse des Widerspruchsverhältnisses von Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie immer noch aus. Daß sie in der »Zivilgesellschafts«-Debatte nicht einmal versucht worden ist, markiert deren entscheidendes Defizit. Nicht zuletzt kann eine solche Debatte nicht geführt werden ohne Berücksichtigung der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die die »westlichen Demokratien« heute entscheidend prägen: die – von den amerikanischen communitarians immerhin noch wahrgenommene, als »negativer Individualismus« gekennzeichnete – soziale Desintegration und »Entgesellschaftlichung« nationaler Gesellschaften unter dem Druck einer sich globalisierenden kapitalistischen Marktökonomie und die damit verbundene Tendenz zu einer immer weiter fortschreitenden »Durchstaatlichung« gesellschaftlicher Beziehungen (Hirsch 1986). Und sie kann nicht geführt werden ohne Rücksicht darauf, daß angesichts

der herrschenden internationalen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse halbwegs erträgliche politisch-soziale Zustände ein Privileg weniger Metropolen bleiben müssen, die auf Kosten einer dem Elend überlassenen Peripherie prosperieren. Die Rekonstruktion normativer Demokratiemodelle aus der bürgerlichen Theoriegeschichte ohne Wahrnehmung deren immanenter Widersprüchlichkeit, d.h. ohne Berücksichtigung dessen, daß es eben die kapitalistischen Strukturen sind, die die Verwirklichung realer Demokratie verunmöglichen und ohne Nachdenken darüber, wie diese zu beseitigen wären, muß sich zu simpler Ideologieproduktion verkehren. Die kritische Bedeutung, die ein normativer Begriff von »Zivilgesellschaft« immerhin haben könnte, fällt damit vollends unter den Tisch.

Gramsci hat darauf hingewiesen, daß die bürgerlich-kapitalistische »società civile« als untrennbarer Bestandteil des modernen »integralen Staates« begriffen werden muß, als die Sphäre, von der die herrschende Hegemonie als ideologischer Kitt der bestehenden physischen Gewalt- und materiellen Ausbeutungsverhältnisse ausgeht (Gramsci 1986). (Gewalt-)»Staat« und »zivile Gesellschaft« werden nicht, wie heute üblich, als abstrakte Gegensätze, sondern als sich wechselseitig bedingende Einheit erkannt. Zugleich ging es ihm um die darin enthaltenen Widersprüche, die die Herausbildung einer emanzipativen und revolutionären politischen Kraft überhaupt erst möglich machen. »Zivile Gesellschaft« ist hier Garantie kapitalistischer Herrschaft und zugleich das Terrain, auf dem sich der politische Kampf gegen sie entwickeln kann und muß. Sein Begriff der demokratisch vollendeten »società regolata«, der dem aktuell gehandelten normativen Konzept von »Zivilgesellschaft« am ehesten nahekommt, ist klar an die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Vergesellschaftungsverhältnisse gebunden: Wirkliche Demokratie ist erst dann herstellbar, wenn die existierende Form von »Staat« und »ziviler Gesellschaft« aufgehoben ist.

Dieses vor Jahrzehnten erreichte Niveau kritisch-materialistischer Gesellschaftstheorie sollte eigentlich nicht mehr unterschritten werden. Das würde zweierlei bedeuten.

Einmal die genaue Wahrnehmung der Strukturveränderungen, die der Kapitalismus sowohl in den Metropolen als auch in der Peripherie in den vergangenen Jahrzehnten durchgemacht hat: die Veränderung der interna-

tionalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, die radikalen Verschiebungen im Verhältnis von »Staat« und »Gesellschaft«, die mit Begriffen wie »Sicherheitsstaat«, »autoritärer Etatismus« oder »neoliberale Revolution« umschrieben werden können, der Gegensatz von nationalstaatlicher Verfaßtheit und Weltmarktintegration angesichts einer fortschreitenden Globalisierung und Flexibilisierung der Produktion unter der Regie multinationaler Konzerne, internationale Monopolisierung und die Veränderung korporativer Regulationsstrukturen, die Auswirkungen einer sich rapide internationalisierenden Medienindustrie, um nur ein paar Punkte zu nennen. Kurz: Es täte not zu begreifen, von was man eigentlich redet, wenn man heute »Zivilgesellschaft« sagt. Das entscheidende Manko der gesamten Zivilgesellschafts-Diskussion liegt darin, daß geglaubt wurde, auf eine ausgeführte Kritik der politischen Ökonomie verzichten zu können. Insoweit kennzeichnet sie auch ein Stück Verfallsgeschichte kritischer Theorie, die allerdings bereits in deren Wurzeln angelegt war. Marx selbst hat es nicht vermocht, die Kritik der Politik als Bestandteil einer Kritik der politischen Ökonomie wirklich zu entwickeln und die Frankfurter Schule hat zumindest in dem von Horkheimer und Adorno geprägten Strang dieses Defizit – verbunden mit bemerkenswerten ökonomiekritischen Blindflecken – zu einem guten Teil weitergeschleppt. Was Horkheimer und Adorno dennoch auszeichnet, ist das Insistieren auf der Notwendigkeit von Ökonomiekritik und der damit verbundenen Kritik der Ideologie. In dieser Tradition stehend, hätte es eigentlich nahe gelegen, genau daran theoretisch wie empirisch weiterzuarbeiten.

Zum zweiten ginge es um die Entwicklung praktischer Konzepte einer befreiten Gesellschaft über den strukturell begrenzten Horizont der bestehenden, aber ständig und hochgradig gefährdeten bürgerlich-kapitalistischen Demokratie hinaus. Das Scheitern sich sozialistisch nennender Experimente hat diese Aufgabe nicht erledigt, sondern nur noch drängender werden lassen, und es ist sicher, daß der resignativ-realpolitische Habitus der neueren »Zivilgesellschafts«-TheoretikerInnen, die auf alle Utopien verzichten möchten und das bescheiden Machbare anvisieren, kein Rezept gegen die drohenden politischen und gesellschaftlichen Katastrophen beinhaltet. Immer noch kommt es darauf an, praktische Wege zu finden, mit denen die kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsweise überwunden wer-

den kann. Angesichts einer langen Geschichte von Fehlschlägen wissen wir immerhin inzwischen etwas besser, auf was es dabei ankommt: nicht auf etatistische Machteroberungsstrategien, sondern auf die praktische Entwicklung von Lebens-, Vergesellschaftungs- und Politikformen, die sich von den herrschenden grundlegend unterscheiden, die bestimmte Umgestaltung von Konsumgewohnheiten, der Formen von Öffentlichkeit und Interessenvertretung, der Natur- und Geschlechterverhältnisse, der Produktions- und Arbeitsweisen, kurz: die Revolutionierung und Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft von innen heraus. Dieses Erbe der neueren Protestbewegungen ist politisch und theoretisch immer noch nicht eingelöst.

Demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich nicht auf das Ausschmücken des Bestehenden beschränkt, kollidiert notwendig mit der staatlich armierten Gewalt der herrschenden Institutionen und erfordert daher nicht nur mühsame Lern- und Verhaltensänderungsprozesse, sondern auch ständigen Kampf. Wer einmal versucht hat, sich gegen die Zwangsnormalität dieser Gesellschaft mit den damit verbundenen Persönlichkeitszurichtungen und Rollenzumutungen öffentlich und praktisch zu verhalten, weiß das. Der Gewalt, die die herrschende »Zivilgesellschaft« ausübt, muß so begegnet werden, daß die Dimensionen einer freien Gesellschaft zum Orientierungspunkt der Auseinandersetzung werden. *Eine wirklich demokratische »Zivilgesellschaft« ist nur erreichbar, wenn die bestehenden überwunden wird.* Dies gilt auch für den Staat, von dem innerhalb der »Zivilgesellschafts«-Debatte nicht einmal mehr der Ansatz eines theoretischen Begriffs aufgeschienen ist. Es geht nämlich überhaupt nicht darum, ob eine gesellschaftlich allgemeine, übergreifende, nicht von unmittelbaren Interessen bestimmte politische Instanz notwendig ist, sondern um die *Form*, die sie unter den herrschenden Produktionsverhältnissen annimmt und die reale Demokratie strukturell verhindert. Zur Debatte stände also nicht abstrakt die Abschaffung oder Nichtabschaffung des Staates, sondern Möglichkeiten zu einer radikalen Veränderung der politischen Formen, die ein grundlegender Bestandteil der Produktionsverhältnisse sind und nur mit diesen transformiert werden können.

Von der »Zivil«- zur »Bürgergesellschaft« – Etappen eines anscheinend unaufhaltsamen Abstiegs

Vorbemerkung

Dieser Beitrag ist die (hier leicht gekürzte) Replik auf zwei in der Frankfurter Rundschau erschienene Beiträge, in denen die programmatische Umorientierung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung – immerhin einst die Wiege der »Kritischen Theorie« – dokumentiert wurde. Die Redaktion der Frankfurter Rundschau konnte sich nicht dazu entschließen, diesen Beitrag abzudrucken.

Joschka Fischer, Ex-Sponti, revolutionärer Kämpfer und inzwischen ministrabler Sprecher der GRÜNEN-Bundestagsfraktion hat trefflich formuliert, was die »demokratische Linke des Westens im Zeitalter des Globalismus« umtreibt, nämlich die Sorge darum, wie es gelingen kann, »hochproduktive Marktgesellschaften friedlich und demokratisch« zusammenzuhalten (Spiegel 4/1996, 97). Genau dem will sich auch das Frankfurter Institut für Sozialforschung künftig widmen, wenn man dem kürzlich veröffentlichten programmatischen »Memorandum« von Helmut Dubiel und Ludwig v. Friedeburg folgt (FR v. 19.12.1996). Nun gibt es angesichts neuerer Erfahrungen, insbesondere des historischen Scheiterns großangelegter gesellschaftsverändernder Projekte – notabene: nicht nur des sowjetischen Staatssozialismus, sondern auch des milden Staatsreformismus sozialdemokratischer Art – einige praktische Gründe, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren. Die Zeiten für große Alternativen und Utopien sind zweifelsohne schlecht. Die Frage ist nur, ob dies auch noch mit theoretischen Kapitulationen beantwortet werden muß.

Lassen wir es fürs erste dahingestellt, ob der »Globalismus«, was wohl heißen soll: der globalisierte Kapitalismus, in der Tat ein unabwendbares Faktum darstellt. Aber muß der Pragmatismus des gerade noch machbar

Scheinenden nicht nur die politische Debatte, sondern auch noch das sozialwissenschaftliche und sozialphilosophische Denken bestimmen? Die nach 1989 endemisch gewordene intellektuelle Selbstpreisgabe vieler Linker besteht nicht so sehr darin, das Scheitern von Ideen und Konzepten eingestanden haben zu müssen, sondern dies mit der Aufgabe theoretischer Ansprüche überhaupt zu verbinden. Fukujamas Wort vom »Ende der Geschichte« erhält seine eigentliche Brisanz dadurch, daß es zugleich das Ende radikaler Gesellschaftskritik, ganz zu schweigen von utopischem Denken einschließt.

Die historischen Umbrüche am Ende der achtziger Jahre hatten eine Art sozialwissenschaftlichen Paradigmenwechsels zur Folge, in dessen Zentrum der Begriff »Zivilgesellschaft« stand. Er markierte die Abkehr von einer ökonomietheoretisch fundierten Kapitalismuskritik und die »Entdeckung« der durchaus klassisch verstandenen Demokratietheorie als gesellschaftsanalytischen Angelpunkt gerade im linken und linksliberalen wissenschaftlichen Spektrum. Der recht inflationäre Gebrauch dieses Begriffs war freilich von kurzer Dauer. Heute beherrscht die »Bürgergesellschaft« nicht nur die Feuilletons, sondern auch die sich als wissenschaftlich verstehenden Argumentationen.

Darin drückt sich nicht nur die wachsende Umschlagsgeschwindigkeit diskursiver Formeln, sondern vor allem eine folgenreiche Verschiebung theoretischer Standards und politischer Optionen aus. »Die Linke«, soweit sie in der veröffentlichten Diskussion noch in Erscheinung tritt, hat in den krisenhaften Umbrüchen seit den siebziger Jahren nicht einfach nur ihre »Hegemonie« eingebüßt. Je mehr die unbedingte Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen ihren Denkhorizont bestimmt, desto deutlicher ist sie selbst zu einem Bestandteil des herrschenden Hegemonieprojekts geworden.

Der Begriff der »Zivilgesellschaft« markiert diese Wende besonders deutlich. Wolf-Dieter Narr hat ihn treffend als Ausdruck eines »Liberalismus der Erschöpften« gekennzeichnet (Narr, 1991). Sein zeitdiagnostischer Hintergrund ist die Überzeugung, daß es zum Kapitalismus und der – unter günstigeren Umständen – mit ihm verbundenen liberalen Demokratie definitiv keine Alternative gäbe und daß zugleich die real existierenden demokrati-

schen Verhältnisse im Zuge der Globalisierung und der damit verbundenen Einschränkung nationalstaatlicher Spielräume neuen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Die kritische Stoßrichtung des Zivilgesellschaftsbegriffs war freilich von Anfang an eindeutig: Sie zielte weniger auf eine Auseinandersetzung mit real vorhandenen Entdemokratisierungstendenzen, sondern auf jede Form radikaldemokratischer Theorie und Politik, der enge Verwandtschaften mit totalitären Gesellschaftsvorstellungen unterstellt wurden. Es drehte sich also schon damals weniger um eine Kritik der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern vor allem um eine Abrechnung mit der eigenen theoretisch-politischen Vergangenheit. Mit dem Zivilgesellschaftsbegriff wurde – angesichts der Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus« – die Unmöglichkeit, ja Gefährlichkeit jeder revolutionären Politik und die entschlossene Option für eine pragmatische Verteidigung der bestehenden liberaldemokratischen Institutionen und Formen postuliert.

Trotz seiner ideologischen Konnotationen als militant auftretendes Bekenntnis zur Idee der real existierenden Demokratie enthielt der Zivilgesellschaftsbegriff immer noch ein wichtiges gesellschaftskritisches Element. Ihm liegt die klassische Entgegensetzung von »Staat« und »Gesellschaft« zugrunde, bei der »Staat« nicht wie heute allgemein üblich als »politisches System« im gesellschaftlichen Pluralismus aufgelöst, sondern als den Individuen gegenüberstehender Zwangs- und Herrschaftsapparat benannt wird. Demokratie, so die richtige Erkenntnis, lebt nicht von der Einsetzung formaler Institutionen und kodifizierten Verfahrensregeln, sondern von der Stärke und Komplexität einer »Zivilgesellschaft«, in der freie politische Organisation, der Streit der Meinungen, der Kampf der Interessen, die umfassende Diskussion nicht nur möglich, sondern hoch entwickelt sind. Demokratie erhält und entfaltet sich demgemäß im ständigen Konflikt zwischen »Staat« und »ziviler Gesellschaft«. Erst eine entwickelte Zivilgesellschaft macht es möglich, daß die »Machtfrage« strukturell offen gehalten, daß »demokratische Willensbildung« einen Inhalt bekommt und daß Mehrheitswechsel mehr als Elitenrotationen darstellen.

Dies wäre ein immerhin noch brauchbarer Ausgangspunkt für eine kritische Demokratietheorie gewesen, vorausgesetzt, es wäre gelungen, die Be-

griffe »Staat« und »Gesellschaft« aus ihrer Abstraktheit zu befreien, zu erklären, wie politische Macht entsteht, wie sie sich zur ökonomischen verhält, warum sie – historisch einmalig – unter kapitalistischen Bedingungen die Gestalt einer mit dem »Gewaltmonopol« ausgestatteten zentralen Apparatur, eben des »Staates« erhält. Vom Zivilgesellschaftsbegriff ausgehend läßt sich zweifellos eine Gesellschafts- und Staatskritik und damit auch eine kritische Theorie der Demokratie formulieren. Dabei käme es darauf an, Demokratie nicht nur aus der Idee, sondern aus den materiellen gesellschaftlichen Bedingungen heraus zu begründen. Freilich wäre dies höchst folgenreich, käme man damit doch auf strukturelle Abhängigkeits-, vielleicht gar Ausbeutungsverhältnisse zu sprechen, auf soziale Antagonismen, die sich dem Bild einer pluralistischen Gesellschaft, von freier Interessenkonkurrenz und ungehindertem Meinungs Austausch keineswegs nahtlos einfügen.

Freilich: Solche Überlegungen erscheinen antiquiert, wenn es keine strukturellen Ungleichheiten, keine Klassen, kaum mal Geschlechter, sondern schlicht nur noch »Bürger« gibt. Das Aufkommen des Begriffs »Bürgergesellschaft« verdankt sich dem Bemühen, in den analytischen Kategorien auch noch den letzten Rest realer gesellschaftlicher Widersprüchlichkeit zu tilgen. In der Gestalt des »Bürgers« (Bürgerinnen kommen im einschlägigen Diskurs bezeichnenderweise in der Regel nicht vor) scheint der Gegensatz von »Bourgeois« und »Citoyen«, der die politischen Prozesse in der liberalen Demokratie entscheidend prägt und maßgebend ihre Krisenhaftigkeit bestimmt, schlicht aufgehoben. Die real existierenden »Bürger« sind (so Lutz Wingert, FR v. 23.1.1996) eben »Bourgeois« und »Citoyens« zugleich – und damit basta! Der gleiche Autor definiert »Bürgergesellschaft« als »all die Bürger-Bürger-Beziehungen, in denen sich Bürger zugleich als Urheber und Adressaten der Regelung ihrer Verhältnisse verstehen«. Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit soll »umgelenkt« werden: »weg von vertikalen Bürger-Staat-Beziehungen hin zu horizontalen Beziehungen zwischen Bürgern, für die Autonomie charakteristisch ist«. Mit dem Übergang von der »Zivil«- zur »Bürgergesellschaft« ist Herrschaft als Zwangsverhältnis theoretisch endgültig eliminiert.

Das idyllische Bild einer Welt von Bürgern, die in wechselseitiger Interaktion als freie »Urheber« und »Adressaten« ihre Verhältnisse gestalten und

in dem ökonomische und gesellschaftliche Strukturen bestenfalls noch als »eingespielte Interaktionsweisen« (Wingert) aufscheinen, markiert den Verzicht auf einen wenigstens halbwegs auf der Höhe der Zeit stehenden theoretischen Gesellschaftsbegriff. Dies einmal ganz abgesehen von der empirischen Frage, wann und wo die Bedingungen solcher »Autonomie« eigentlich vorhanden sein sollten, entspricht dem doch nicht einmal die Realität eines einfachen Universitätsseminars. Das Postulat einer Gesellschaft von Freien und Gleichen ist zweifellos nicht nur schön, sondern bildet in der Tat den Ausgangspunkt jeder Theorie der Befreiung. Wenn jedoch der widersprüchliche Zusammenhang zwischen den normativen Ansprüchen und der Materialität bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften keiner Beachtung mehr wert ist, wird Theorie zur puren Affirmation. Normative Aussagen unter der Hand in analytische Kategorien zu verkehren, mag zwar ein netter argumentativer Trick sein, fördert aber kaum Erkenntnis zutage. Die bekannte Marxsche Problematik, daß die Menschen zwar ihre Geschichte selbst machen, aber nicht aus freien Stücken und unter Verhältnissen, die sie nicht frei gestalten können, wird für erledigt erklärt. Der soziologische »Individualisierungs«-Slogan verdünnt sich zu einem Gesellschaftsbegriff, der selbst noch den Realitätsgehalt neoklassischer nationalökonomischer Modellkonstruktionen unterschreitet.

Wird auf diese Weise die einfache Marktgesellschaft von frei, gleich und autonom sich selbst Bestimmender vorausgesetzt und dem neoliberalen Postulat Genüge getan, wonach nun mal alle im Grunde Unternehmer sind, kann schließlich daran gegangen werden, das bürgergesellschaftliche »Wir« aufgeklärt, demokratisch und liberal zu gestalten. Daß es dabei gewisse Probleme gibt, erkennt selbst der, der über den Tellerrand seiner noch einigermaßen wohlsituierten Metropole kaum hinauszublicken vermag. Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Fragmentierungen, Flucht und Migration, Rassismus und aggressiver Nationalismus bestimmen auch hier die gesellschaftliche und politische Realität. Strukturell, so wird offensichtlich unterstellt, läßt sich dagegen wenig tun, bestimmt doch »Globalisierung«, »Modernisierung« oder was immer auch die Begriffe sind, unverrückbar unser Schicksal.

Lassen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Grundsatz nicht verändern, bleibt nur noch der Appell an »bürgergesellschaftliche Tugenden«, das

standhafte »Trotzdem«. Wenn schon soziale Degradierung, Marginalisierung und Ausgrenzung voranschreiten, so sollten wir uns doch zu keinem feindselig »negatorischen Wir« verleiten lassen. D.h., es komme darauf an, »verbindende Gemeinsamkeiten« (zwischen Unternehmern und Arbeitslosen?), »erkannte Interdependenzen« (vielleicht die globalen Finanzmärkte?), »entdeckte Kooperationschancen« (etwa im Rahmen unternehmerischer Rationalisierungsprozesse?), »übereinstimmend interpretierte Konfliktgeschichten mit gutem oder fatalem Ende« (vielleicht gar die Faschisierung des Kapitalismus?) zu nutzen (so noch einmal Wingert, FR v. 23.1.1996). Das Stichwort ist gefallen: Es kommt darauf an, die Welt anders zu interpretieren, wenn man sie schon nicht verändern kann und will. Auf diese Weise wieder bei Marx angelangt, läßt sich nur noch die Frage anfügen, wer sich wohl blamiert, wenn Ideen mit den materiellen Verhältnissen zusammenstoßen.

Dem »Bürgergesellschafts«-Diskurs, nimmt man ihn nicht nur als Ausdruck eines intellektuellen Opportunismus, haftet zweifellos ein gewisses Moment von Verzweiflung an. Angesichts des Auseinanderbrechens der Gesellschaften, sich vertiefender sozialer Ungleichheiten, anschwellender Migrations- und Fluchtbewegungen, der Aushöhlung demokratischer Institutionen auf nationalstaatlicher Ebene und einer kaum mehr kontrollierbar erscheinenden Gewalt des Weltmarkts wird die »demokratische Frage« in der Tat zentral. Und es läßt sich immer schwerer erkennen, wie einmal erkämpfte soziale und demokratische Errungenschaften noch bewahrt werden können. Im tendenziell totalitären Zusammenhang einer sich globalisierenden Marktökonomie scheinen sie unwiderruflich unterzugehen.

Angesichts dieser Tendenzen zur Selbstaufhebung der liberalen Demokratie ist eine Verständigung über die normativen Grundlagen einer freien und menschenwürdigen Gesellschaft gewiß notwendiger denn je – sofern sie kritisch und in theoretisch vermittelter Weise auf die ökonomisch-sozialen Strukturen und Prozesse bezogen wird. Wer aber, schlicht gesagt, den historischen und strukturellen Zusammenhang von Kapitalismus und liberaler Demokratie und die darin enthaltenen Widersprüche systematisch ausblendet, argumentiert bestenfalls naiv. Die einigen Konservativen nicht fremde und im Rahmen der Kommunitarismuskussion thematisch gewordene

Erkenntnis, daß die »Bürgergesellschaft«, nun mal genauer als »bürgerliche Gesellschaft« begriffen, immer dazu tendiert, sich in ihren demokratischen Normen und Institutionen selbst aufzuheben, läßt sich schlecht als Ausdruck eines »tragischen Bewußtseins« (so Wingert) denunzieren. Es ist ein ebenso theoretisch begründbares wie empirisch registrierbares Faktum. Der ebenso entschlossene wie unbedarfte liberale Optimismus ändert daran nichts.

Wer normative Postulate abseits aller ökonomischen und sozialen Realität formuliert und damit von vorneherein nicht nur auf einen kritischen, sondern auf einen theoretischen Gesellschaftsbegriff überhaupt verzichtet, begibt sich möglicher wissenschaftlicher Kompetenzen. Es mag ja sein, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse »nicht mehr auf den Faden eines einheitlichen theoretischen Grundmodells aufreihen« lassen (Dubiel/v.Friedeburg) – sofern das wirklich jemals möglich gewesen sein sollte. Aber die apriorische Setzung, daß »die konkrete Totalität unserer Gesellschaften uns verborgen ist« (ebenda), markiert die entschlossene Absage an jeden Versuch, Gesellschaft als ganze überhaupt noch verstehen zu wollen. Der Mythos – z.B. der der »Globalisierung« – ersetzt den Begriff. Das »bürgergesellschaftliche Wir ist bestenfalls Mittelmaß«, schreibt Wingert. Ob er damit ein theoretisches Niveau gemeint hat?

Der »Bürgergesellschafts«-Diskurs ist vor allem dadurch geprägt, daß er auf sämtliche Kategorien kritischer Gesellschaftstheorie verzichtet und nicht einmal mehr den Anspruch erhebt, die Umriss einer zeitgemäßen Kritik der politischen Ökonomie zu entwickeln. Das ist gravierend genug in einem Moment, wo Ausbeutung und Klassenkampf in bisher noch kaum erfahrenen Dimensionen die Entwicklung der Welt bestimmen. Im Kern ist »Globalisierung« nichts anderes als das. Soweit ist sie wirklich nicht schwer zu begreifen. Manchen fällt das noch auf, und selbst einsichtiger Politiker reden bisweilen davon. Zum Beispiel Joschka Fischer, der sich immerhin recht praktisch mit den gesellschaftlichen und politischen Folgen einer immer zügiger durchgesetzten Kapitalanierungsstrategie herumschlagen muß. Zeitgenössische akademische Demokratietheoretiker haben offensichtlich andere Sorgen.

So begibt sich eine sich selbst als aufgeklärt und emanzipativ gebende Theorie des Anspruchs, wenigstens ihren kleinen Teil dazu beizutragen, daß

die Verhältnisse etwas freier und humaner werden. Der theoretische und philosophische Diskurs verändert die Gesellschaft umso weniger, je mehr sich der ökonomische Mechanismus des globalisierten Kapitalismus von den Lebensverhältnissen und Bedürfnissen der Menschen entkoppelt und dieser Zusammenhang nicht einmal mehr der Beachtung wert erscheint. Selbst Habermas' Entgegensetzung von »System« und »Lebenswelt« gewinnt durch diese Entwicklung eine zusätzliche kritische Pointe, und es ist kein Zufall, daß diese Analysefigur schon in der »Zivilgesellschafts«-Debatte fallen gelassen wurde wie eine heiße Kartoffel.

Übrig bleibt am Ende, die »Bürgergesellschaft im Ernstfall« auszurufen – so das Thema einer Tagung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Ende 1995. Logische Konsequenz solcher Notstandsübungen ist die Aufstellung einer intellektuellen Bürgerwehr. Selbstverteidigung, das ist es, was diese Linke umtreibt. Dabei tritt nun auch sie noch an, das zur Lösung wichtiger Fragen offensichtlich unfähige und darüber zerbröselnde Parteiensystem zu verteidigen und gegen jeden »politischen Extremismus«, was immer das auch sei, Front zu machen (Wingert). Der Begriff »Bürgergesellschaft« signalisiert die Transformation von Wissenschaft in ideologischen Verfassungsschutz, Verfassung verstanden als die herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

IV. Was bleibt von linker Politik?

Globalisierung des Kapitals, Klassen und Kämpfe

Von Marx und Engels stammt die Aussage, Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen. Diese seien es, die im wesentlichen gesellschaftliche Strukturen, Konflikte und Entwicklungen bestimmten. Blickt man allerdings auf die aktuellen politischen und sozialen Auseinandersetzungen, so fällt es zunächst einmal eher schwer, von »Klassenkämpfen« zu sprechen. Zwischen den immer noch hoch verrechtlichten und ritualisierten Aushandlungsmustern der »Sozialpartner« in Metropolen wie der BRD, den eher traditionell anmutenden Kämpfen südkoreanischer ArbeiterInnen und einem recht vorschnell als »postmodern« etikettierten Aufstand wie dem der mexikanischen Zapatistas scheint es kaum Gemeinsamkeiten zu geben. So ist auch in den aktuellen politischen Debatten von Klassen im allgemeinen nur noch selten die Rede. Der Begriff scheint, zumindest als politischer, der Vergangenheit anzugehören.

Das ist merkwürdig. Schaut man nämlich genauer nach, was sich hinter dem aktuellen Allerweltswort »Globalisierung« verbirgt, so stößt man schnell auf die »Klassenfrage«. Tatsächlich tobt heute, nachdem der einigermaßen prosperierende Kapitalismus der »fordistischen« Nachkriegsära zuende ist, der Klassenkampf mit einer Härte wie schon lange nicht mehr. Die aktuelle Globalisierungsoffensive ist nichts anderes als der strategisch geführte Angriff auf die demokratischen und sozialen Errungenschaften, die im Laufe dieses Jahrhunderts von der Arbeiterbewegung in einigen Teilen der Welt erkämpft worden sind. »Globalisierung« zielt vor allem auf eine generelle Lohnsenkung und die »Flexibilisierung« der Arbeitsverhältnisse in Form einer Rücknahme sozialer Sicherungen, nicht zuletzt auf die Mobilisierung der Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften innerhalb und über nationale Grenzen hinweg. Vorangetragen wird dieser Angriff vom internationalisierten Kapital, das in den vergangenen Jahrzehnten zum beherrschenden Akteur der Weltökonomie geworden ist. Es gibt heute tatsächlich so etwas wie eine international verbundene Kapitalistenklasse, die in einem en-

gen Kooperationsverhältnis mit den »wettbewerbsstaatlich« transformierten Staatsapparaten steht. Ihre institutionelle Basis sind mehr oder weniger formelle Verhandlungszirkel, wissenschaftliche think-tanks, internationale Organisationen und Konferenzen wie IWF, OECD, WTO, G7.

Auf der anderen Seite erscheinen diejenigen, gegen die der Kampf geführt wird, politisch heillos zersplittert. Sie leben unter höchst unterschiedlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen und scheinen sich immer stärker in gegenseitige nationalistische, rassistische und »fundamentalistische« Auseinandersetzungen zu verstricken. Mit dem kapitalistischen Globalisierungsprozeß entsteht keineswegs die Idylle eines »globalen Dorfes« oder eine vereinheitlichte »Weltgesellschaft«, sondern er führt zu einer immer tiefer gehenden ökonomischen, sozialen und politischen Fragmentierung. Er zerreißt ehemals funktionierende Wirtschaftsräume, spaltet die Gesellschaften, erweitert und kompliziert das Verhältnis von Zentren und Peripherien, hängt ganze Regionen vom kapitalistischen Akkumulationsprozeß und damit von industrieller »Entwicklung« überhaupt ab.

Während zur Zeit des fordistischen Nachkriegskapitalismus weltweit eine gewisse Zunahme des rechtlich und ökonomisch gesicherten und sozialstaatlich abgedeckten Normallohnarbeitsverhältnisses zu verzeichnen war, scheint diese Normalität nun allmählich zur Ausnahme zu werden. Periphere und ungesicherte Lohnarbeit, Scheinselbständigkeit, die Ausbreitung »informeller« Sektoren und marginalisierter Subsistenzproduktion bestimmen immer stärker die soziale Realität. In politischer Hinsicht ist es daher sinnlos, abstrakt von einer internationalen Arbeiter- oder Lohnabhängigenklasse zu sprechen, zumal viele der am extremsten Ausgebeuteten und Marginalisierten nicht einmal einen Lohnarbeitsstatus haben. Damit ist auf die Spitze getrieben, was immer schon die Logik kapitalistischer Herrschaft war: die verwertungskonforme Differenzierung von Ausbeutungsformen und damit verbunden die soziale Spaltung und politische Desorganisation der Unterdrückten.

Gerade die aktuelle Entwicklung macht deutlich, wie unsinnig eine sich als kritisch wählende Gesellschaftstheorie ist, die auf die Kritik der politischen Ökonomie und damit auf den Klassenbegriff verzichten zu können glaubt. Deshalb existiert kritische Theorie im strikten Sinne heute praktisch

kaum mehr. Allerdings gibt es dafür auch einen realen Hintergrund: Je schärfer der Klassenkampf geführt wird, desto vielfältiger werden seine Formen und seine konkreten Akteure. Die Zeiten der Ballonmützen-Proletarier oder der zylindertragenden und zigarrenrauchenden Kapitalisten sind vorbei. Die Klassenstruktur ist auf globaler Ebene extrem vielschichtig und kompliziert. Und sie wird immer nachdrücklicher durch andere soziale Antagonismen und Konflikte, z.B. in bezug auf das Natur- und Geschlechterverhältnis überlagert. Zugleich sind die unmittelbaren Klassenkonfrontationen zumindest im Normalbetrieb der Metropolen in den Hintergrund getreten. Sie sind hoch bürokratisiert, »verwissenschaftlicht« und versachlicht. An die Stelle von Barrikaden sind Sachverständigengutachten, Expertengremien und grüne Tische getreten. Hier ist die unmittelbare physische Unterdrückung in weitem Maße technokratisch ausgeübter Herrschaft gewichen. Insgesamt nimmt der Kapitalismus immer mehr die Gestalt einer abstrakten Maschinerie an, die nur noch anonyme, nach scheinbar objektiven Sachzwängen handelnde Funktionäre zu kennen scheint. Es gibt kaum noch eine sich sozialdemokratisch nennende Partei, die nicht die Sicherung der Kapitalverwertung im »nationalen Wettbewerbsstaat« zu ihrem vorrangigen Leitziel erhebt.

Und auch die Weltbank oder der IWF wollen, streng technisch-rational argumentierend, natürlich nur das Beste für die Menschen und begründen mit erheblichem wissenschaftlichem Aufwand, weshalb die Anpassung an die »Sachzwänge« des globalen Akkumulationsprozesses das alleinige Heilmittel ist – und dies offenbar nicht ohne Erfolg.

Wenn diese Einschätzung stimmt, bleibt die Frage, was daraus politisch folgt. Selbst innerhalb der linken Debatte bestehen offenbar gewisse Schwierigkeiten, mit einem kritischen Kapitalismus- und Imperialismusbegriff zu arbeiten. Soweit man sich überhaupt noch ernsthaft auf einen kritischen Kapitalismusbegriff einläßt, schwankt die Debatte zwischen kruden Zusammenbruchs- und Katastrophenszenarien und abstrakten Revolutionshoffnungen. Wer indessen von der »Wiederkehr der Proletarität« (K.H. Roth) träumt, müßte wissen, daß Armut und soziale Degradierung noch nie gute Voraussetzungen für politisch kompetentes, gar revolutionäres Handeln dargestellt haben. Im übrigen hat »das« Proletariat überhaupt noch nie ge-

kämpft, nicht einmal in den heroischen Zeiten der Arbeiterbewegung. Die Klassenbewegungen und -organisationen waren ihrer realen sozialen Zusammensetzung nach kaum jemals eindeutig »proletarisch«. Immer schon haben sie sich – wenn auch mit den sozialen Lagen in spezifischer Weise vermittelt – politisch-kulturell eigenständig entwickelt.

Fest steht auch, daß die Tatsache von »Ausbeutung« im ökonomischen Verständnis keineswegs unmittelbar das Bedürfnis nach gesellschaftlichen Veränderungen und schon gar nicht gemeinsame Interessen schafft. Dies zeigt ein Vergleich zwischen, beispielsweise, hochbezahlten Computerexperten hierzulande, mit Hungerlöhnen abgespeisten koreanischen Bandarbeiterinnen oder ihrer einfachsten Existenzgrundlagen beraubten lateinamerikanischen Campesinos. Ökonomisch gesehen, unterliegen sie alle der Ausbeutung und zweifellos wird ihr Lebensschicksal entscheidend vom »Weltmarkt«, d.h. von globalen Kapitalverwertungs- und Profitmaximierungsstrategien bestimmt – aber was heißt das praktisch für die Betroffenen?

Die Bereitschaft zu Kampf und Revolte ist überhaupt nicht nur eine Frage »objektiver«, ökonomiekritisch entschlüsselbarer Strukturen und auch nicht allein »objektiv« vorhandener Handlungsspielräume. Es kommt eher darauf an, wie die konkreten Lebensbedingungen und vor allem ihre Veränderungen wahrgenommen werden, in welchen sozio-kulturellen Zusammenhängen man lebt, welche Vorstellungen von einem vernünftigen und guten Leben vorhanden sind und ob es überhaupt überzeugende Visionen von einer anderen, besseren Gesellschaft gibt.

Insofern war es gewiß kein Klassen-Selbstverrat, wenn sich in der Nachkriegszeit die Massen der Lohnabhängigen hierzulande in das fordistisch-keynesianische Kapitalprojekt einbinden und damit ruhig stellen ließen. Immerhin versprach dieses etwas, was den damals herrschenden Vorstellungen von »Sozialismus« und den trivialisierten Utopien der alten Arbeiterbewegung recht nahe kam: Arbeit für alle, mehr soziale Gleichheit und Sicherheit, stetig wachsender Warenkonsum. Und man sollte nicht darüber hinwegsehen, daß viele nationale Befreiungsbewegungen in der Peripherie mit dem Anspruch und Programm auftraten, im Sinne einer nachholenden Entwicklung eben solche Verhältnisse zu schaffen. Das Debakel des Sozialismus beruht nicht zuletzt darauf, daß die mit ihm verbundenen Vorstellungen nie

weit über das Bild eines besseren, d.h. einigermaßen sozial abgesicherten und halbwegs krisenfreien Industriekapitalismus hinausgekommen sind.

Damit ist es nun vorbei, und selbst die schrumpfende Zahl derer, die in den prosperierenden Sektoren der Weltmarktökonomie verblieben sind, ist bedroht. Allmählich müssen alle die Gefahren realisieren, die mit der aktuellen Umwälzung der Klassenstrukturen und der Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse im Zuge des Globalisierungsprozesses verbunden sind. Aber was folgt daraus? Die alte industriegesellschaftliche Utopie ist nicht nur ihrer ökonomischen Grundlagen beraubt, sondern hat auch an Legitimationskraft verloren. An ihre Stelle ist jedoch kein überzeugendes Bild von einer besseren Gesellschaft getreten. Es ist nicht zuletzt dieser Utopieverlust, der das Feld der sozialen Kämpfe und die politischen Kräfteverhältnisse auf der ganzen Welt bestimmt.

Daraus resultiert sicherlich auch der eigentümlich konservative Charakter der gegenwärtigen sozialen Konflikte. Auf der einen Seite wird immer noch zäh an der Vorstellung festgehalten, der industrielle Wachstumskapitalismus könne – nötigenfalls »ökologisch« modernisiert – wiederhergestellt werden, das industriekapitalistische Wachstumsmodell sei auch zukünftig tragfähig, die gegenwärtige Krise stelle nicht mehr als einen Betriebsunfall dar. Während es also offensichtlich schwer fällt, sich vom scheinbar »goldenen Zeitalter« des Fordismus zu verabschieden, kämpfen andere schlicht um die Herstellung von Bedingungen, die ein Leben frei von den kapitalistisch transformierten kolonialen Herrschaftsverhältnissen ermöglichen. Nicht mehr Fortschritt nach westlich-kapitalistischem Muster, sondern Selbstbestimmung im Rahmen der besonderen historischen und regionalen Gegebenheiten wird hier zur bestimmenden Orientierung. Zwischen den jeweiligen Erwartungen und Interessen, zwischen der deutschen IG Chemie und den brasilianischen Landbesitzern, liegt wahrlich sehr viel mehr als nur eine geographische Distanz.

Indessen kommt möglicherweise einem bestimmten Konservatismus heute sogar revolutionäre Qualität zu. Daß der globale Kapitalismus den Charakter einer unkontrollierbaren, alles umwälzenden und sich alle unterwerfenden Maschinerie angenommen hat, ist nicht nur von Marx vorausgesagt worden. Auch Max Weber sprach höchst weitblickend von einem sich

entwickelnden »Gehäuse der Hörigkeit«. Das heißt, daß es heute nicht mehr nur um schlichte Eigentums- und Verteilungsprobleme, sondern stärker denn je um die Frage von *Selbstbestimmung und Freiheit*, um die Bedingungen geht, das eigene Leben leben und gestalten zu können. Ins Zentrum des sozialen Konflikts rückt somit das, was in der traditionellen Arbeiterbewegung und in der sozialistischen Theorie bestenfalls am Rande stand: Die Frage der Demokratie – und zwar einer Demokratie, die über die strukturellen Beschränkungen und Deformationen der real existierenden bürgerlichen hinausweist.

Weil die kapitalistische Gesellschaft den Charakter eines scheinbar unabhängig von allen Individuen funktionierenden und damit tatsächlich totalitären Zwangszusammenhangs angenommen hat, kann es nicht mehr einfach um einen linear gedachten »Fortschritt« gehen. Es kommt vielmehr, um Walter Benjamin zu zitieren, darauf an, dieser Maschinerie in die Räder zu greifen, sie anzuhalten, Schluß zu machen, nicht mehr immer nur mitzumachen – und sei es im Kopf noch so kritisch und reflektiert. Es gilt, sich von der alten sozialistischen Vorstellung eines besseren Industriekapitalismus zu verabschieden und zu realisieren, daß Befreiung weder eine vordefinierte andere Gesellschaftsform, noch die wie auch immer geartete »Modernisierung« der bestehenden Verhältnisse, sondern nur die Schaffung der Bedingungen heißen kann, die es den Menschen möglich machen, das eigene gesellschaftliche Leben frei zu gestalten.

Wenn es derzeit ein übergreifendes »Klasseninteresse« gibt, dann am ehesten dieses. Das läßt sich nicht nur theoretisch begründen, sondern drückt sich immer deutlicher auch in den aktuellen sozialen Kämpfen aus. Je mehr das bürgerlich-liberale System der Demokratie im Rahmen des »Wettbewerbsstaats« selbst in den sogenannten »entwickelten Ländern« ihre Substanz verliert, desto entscheidender wird der Kampf um die Bedingungen realer Selbstbestimmung und desto deutlicher gewinnt er weltweite Dimensionen.

Daß die Forderung nach »Demokratie« und »Menschenrechten« immer stärker die politisch-sozialen Auseinandersetzungen bestimmt, ist kein Zufall und schon gar nicht ein bloßes ideologisches Machwerk. Die aktuelle Konjunktur des Demokratiebegriffs hängt nicht nur damit zusammen, daß

er die ideologische Begleitmusik der kapitalistischen Globalisierung darstellt, sondern verweist auch auf eine grundsätzliche Widersprüchlichkeit dieses Prozesses.

Reale Demokratie ist freilich immer auch eine Frage materieller Lebensverhältnisse, und die augenblicklichen sozialen Auseinandersetzungen werden sehr wesentlich von deren immer weiter wachsenden Ungleichheit bestimmt. Die unmittelbaren Interessen sind nicht nur höchst verschieden, sondern vielfach sogar entgegengesetzt. Was den einen Arbeit und Einkommen verschafft, setzt die anderen der physischen Vernichtung aus. Anders als Marx noch annehmen konnte, haben einige Teile des internationalen »Proletariats« einiges mehr zu verlieren als nur ihre Ketten. Die Polarisierung zwischen »Modernisierungs«-GewinnerInnen und -VerliererInnen schreitet im weltweiten Maßstab voran. Die Struktur der »internationalen Arbeiterklasse« ist deshalb so kompliziert, weil immer noch und sogar verstärkt Teile davon auf Kosten der anderen leben (müssen). Über diese Realität von Globalisierung darf nicht hinweggesehen werden.

Das heißt, daß der Klassenkampf im globalisierten Kapitalismus auf Seiten der Ausgebeuteten und Unterdrückten von partiellen, isolierten und oft gegeneinander geführten Auseinandersetzungen und Rebellionen bestimmt bleiben wird. Eine »Vereinheitlichung« der Kämpfe, die Wahrscheinlichkeit, daß dem internationalen Kapital ein geschlossener Gegner erwächst, ist eher gering. Ganz im Gegenteil. Es wäre allerdings die Wiederholung eines alten Fehlers, Befreiung in den Dimensionen eines heroischen Endkampfes sich in festen Formationen gegenüberstehender Klassen begreifen zu wollen. Wirklich revolutionäre Prozesse, auch das wissen wir längst, sind weder eine Angelegenheit von Generalstäben noch von uniformen Massen, sondern resultieren aus der Verdichtung von Widersprüchen und Konflikten. Sie entstehen dadurch, daß sich vielfältige Gegensätze und Interessen über bestehende Differenzen hinweg zu einer Bewegung formen. Dies kann nicht durch abstrakte »Vereinheitlichung« geschehen, sondern nur dadurch, daß die unmittelbar Beteiligten Erfahrungen machen, Erkenntnisse gewinnen und Kompromisse schließen. Entscheidend ist daher, *daß* Kämpfe geführt werden, *daß* rebellisches Bewußtsein nicht erstirbt und *daß* sie nicht in nationalistischer, rassistischer, sexistischer und wohlstandschauvinistischer Regressi-

on versinken. Dann bleibt zumindest die Möglichkeit, daß in der und durch die konkreten Auseinandersetzungen hindurch soziale Veränderungen und Lernprozesse in Gang kommen und dadurch Gemeinsamkeiten entstehen und erkannt werden.

Dies allerdings setzt erst einmal die Anerkennung der bestehenden Unterschiede, der verschiedenen historischen Traditionen und Lebenslagen sowie der tatsächlich bestehenden materiellen Interessendifferenzen voraus. In der Bundesrepublik Deutschland, die über eine weitgehend durchkapitalisierte Gesellschaft verfügt, in der das durchschnittliche materielle Lebensniveau immer noch vergleichsweise hoch ist und in der zumindest formell einigermaßen funktionierende bürgerlich-demokratische Institutionen vorhanden sind, muß emanzipative Politik etwas anderes bedeuten als in Mexiko, wo noch sehr viel mehr traditionelle Produktions- und Lebensformen existieren, ein Großteil der Bevölkerung in absoluter Armut lebt und die rechtsstaatliche Demokratie bestenfalls auf dem Papier steht.

An dieser Gegenüberstellung läßt sich vielleicht zeigen, was Internationalismus heute heißen muß: Projektionen vermeiden, sich von illusionären Gemeinsamkeiten verabschieden und sich genau über die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Interessen verständigen. Wenn Interessen und Ziele nicht gleich sind, bedarf es der kritischen Auseinandersetzung über sie, und es gilt zu realisieren, daß Kämpfe zuallererst vor Ort geführt werden müssen.

Gleichzeitig werden diese aber in eine Sackgasse führen, wenn ihre internationalen Bedingungen und Auswirkungen nicht berücksichtigt werden. Es ist beispielsweise durchaus denkbar, einige politische und soziale Errungenschaften durch konsequenten Ausbau einer deutschen oder europäischen Wohlstandsfestung zu sichern. Der Preis dafür wäre allerdings eine weitere Verstärkung der internationalen Ungleichheiten und die Vertiefung der Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie. Das bedeutet, daß Internationalismus nicht nur die Anerkennung von Unterschieden, sondern zugleich die Bereitschaft für materielle Kompromisse und für die Veränderung der eigenen Lebensweise einschließt. Auf dieser Basis wäre zwar keineswegs eine »Vereinheitlichung« der Kämpfe, aber Solidarität, Unterstützung und Aufklärung über gemeinsame Abhängigkeiten und Perspektiven zu erwarten.

Je mehr das Kapitalverhältnis die Welt umgreift und durchdringt und je geringer dadurch die Möglichkeiten werden, eigenständige nationale Politiken und Entwicklungswege zu beschreiten, desto perspektivloser werden politische und soziale Kämpfe, die sich auf diesen Rahmen beschränken. Gerade deswegen, weil sich das Kapital als Klasse immer stärker international organisiert, hängt emanzipative Politik heute sehr wesentlich von der Verwirklichung eines neuen Internationalismus ab, eines Internationalismus, der sich nicht zuletzt angesichts schwindender einzelstaatlicher Spielräume auf autonome Organisationsformen gründen muß und der in der Lage ist, über die wachsenden politisch-sozialen Fragmentierungen hinweg Interessenübereinstimmungen und Solidaritäten zu entwickeln. Wenn es in diesem Rahmen wieder eine »Klassenpolitik« geben sollte, dann kann sie sich weniger denn je auf vorgegebene »objektive« Gemeinsamkeiten stützen, sondern bedarf vor allem politischer Visionen und Projekte.

Selbstverständlich ist Klassenkampf auch eine Frage der Theorie. Wenn eine sich als kritisch und revolutionär verstehende Gesellschaftstheorie wieder halbwegs auf die Höhe der Zeit kommen sollte, wäre inzwischen allerdings einiges nachzuholen. »Klassenpolitik« kann im globalisierten Kapitalismus kaum noch den Mustern folgen, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts gültig waren. Es geht offensichtlich heute nicht mehr um die Befreiung von Armut durch Industrialisierung und kapitalverwertungsgesteuerten technischen Fortschritt. Nicht die »Fesselung«, sondern die katastrophische Freisetzung der Produktivkräfte ist das Problem. Der gesellschaftliche Herrschaftszusammenhang wird nicht mehr so sehr durch die Existenz entgegengesetzter »feindlicher Lager«, sondern immer stärker durch den Totalitarismus der Eindimensionalität bestimmt. Und dies bedeutet, daß in der Tat die »demokratische Frage« zentral wird. Allerdings nicht in der Weise, wie es die ideologischen Wasserträger der sich gerade selbst aufhebenden liberalkapitalistischen Demokratie, nicht zuletzt auch die zivilgesellschaftlich konvertierten linken, verstehen. Angesichts der technischen Möglichkeiten, die heute zur Verfügung stehen, geht es mehr denn je darum, die Verhältnisse abzuschaffen, in denen der Mensch ein elendes, erniedrigtes und geknechtetes Wesen ist, um noch einmal Marx zu zitieren. Was dies praktisch heißt, ist allerdings erheblich komplizierter, als er es sich vorgestellt hatte.

Die Utopie, die einst »Sozialismus« oder »Kommunismus« hieß, hat sich sowohl verflüchtigt als auch konkretisiert. Es gilt anzuerkennen, daß gesellschaftliche Befreiung nicht die Durchsetzung eines vorgefertigten Gesellschaftsmodells bedeutet, sondern nur darin bestehen kann, Raum zu schaffen für die Verwirklichung *unterschiedlicher* Lebensentwürfe und Gesellschaftsvorstellungen. Dem dient keine »Klassenbewegung« traditionellen Musters, sondern die Vielzahl und Vielgestaltigkeit der Kämpfe. Es gilt zu realisieren, daß man den jetzt wirklich zu sich selbst kommenden Kapitalismus nicht einfach »gestalten« kann. Eine demokratische Politik, die diesen Namen verdient, muß darauf abzielen, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse nicht nur zu modifizieren, sondern aufzuheben. Es geht darum, die gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen in einer Weise umzuwälzen, die weit über die traditionellen Vorstellungen von einer sozialistischen Revolution hinausgehen.

Gleichzeitig sind die Bedingungen dafür unterschiedlicher denn je. Zumindest in den kapitalistischen Zentren ist eine politische Revolution nach traditionellen Mustern weder möglich noch sinnvoll. Es geht hier – im Unterschied zu vielen peripheren Ländern – nicht um die Schaffung der ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für eine halbwegs funktionierende liberale Demokratie, sondern um eine Revolutionierung der Lebensverhältnisse, der sozialen Beziehungen und Konsummuster, der Arbeitsformen und Fortschrittsvorstellungen. Zugleich ist das kapitalistische Herrschaftsverhältnis allumfassend geworden, durchzieht alle Lebensbereiche und wird dadurch tendenziell totalitär. Gerade dadurch ist es aber auch technisch und politisch in einer bisher nie gekannten Weise verwundbar geworden. Wirklich revolutionär wäre daher nicht so sehr der Kampf um staatlich-politische Machtpositionen, sondern die konkrete Verweigerung, die Beendigung des ganz alltäglichen Mitmachens, das praktisch werdende Bewußtsein, sich nicht mehr alles zumuten zu lassen. Man muß sich immer wieder daran erinnern, daß unter »Kapital« weder Objekte noch Personen, sondern ein soziales Verhältnis verstanden werden muß, in das alle eingebunden sind und das von allen mittels ihres alltagspraktischen Verhaltens reproduziert wird. »Globalisierung« und »Neoliberalismus« kommen nicht einfach nur von außen über uns, sondern werden von allem mitproduziert und stabilisiert,

eben durch die herrschenden Alltagspraktiken, die Lebensweisen, die Konsummuster, die Geschlechterverhältnisse und die herrschenden Wertvorstellungen. Diese radikal zu verändern, würde das herrschende ökonomische und politische Räderwerk um so schneller zum Entgleisen bringen, je umfassender und komplizierter es wird. Und in einem solchen Prozeß könnten sich dann auch neue und tatsächlich demokratische Politikformen und institutionelle Strukturen herausbilden.

So gesehen stand eine »antikapitalistische« Revolution wahrscheinlich noch nie so klar auf der Tagesordnung wie heute. Das hochtechnisierte und global vernetzte kapitalistische System befindet sich nicht nur in einer permanenten Krise, sondern ist auch wirtschaftlich und politisch verwundbarer als früher. Gleichzeitig aber scheinen die Menschen unfähiger denn je, über den Tellerrand ihrer Alltagszwänge hinauszublicken und ein Gespür dafür zu entwickeln, welche Möglichkeiten ihnen fortwährend genommen werden, die reale Würdelosigkeit zu erkennen, unter der sie zu leben gezwungen sind. Die ideologische Hegemonie der kapitalistischen Lebensform war noch nie so fest in den Köpfen verankert wie heutzutage. Und die reale Fragmentierung der Welt, die Vergrößerung der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten sowohl innerhalb der nationalen Gesellschaften als auch auf internationaler Ebene wirkt ihr nicht unbedingt entgegen, sondern kann sie durchaus weiter zementieren, nämlich umso stärker, je mehr die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse als alternativlos erscheinen und der Kampf aller gegen alle um relative Privilegien ausufert. Eine wirkliche Revolution muß daher nicht nur eine soziale und politische, sondern vor allem eine *Kulturrevolution* sein. Was dies bedeutet, ist nicht überall dasselbe, aber gleichzeitig läßt sich dabei von den Traditionen und Erfahrungen anderer sehr viel lernen. Insofern ist die Unterschiedlichkeit, die Dezentralität und die Vielgestaltigkeit der Kämpfe nicht nur durch die herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen erzwungen, sondern kann sich als durchaus produktiv erweisen. Wenn Revolution die Abschaffung eines gesellschaftlichen Zwangsverhältnisses bedeutet, dann meint sie auch das Ende von »Gesellschaft« als Herrschaftszusammenhang. Rezepte dafür gibt es nicht. Aber die revolutionäre Theorie entwickelt sich immer erst im und durch den praktischen Kampf.

Perspektiven internationaler Solidarität

Wenn der Standortwettbewerb gesellschaftliches Leitprinzip wird und nicht zuletzt infolgedessen Rassismus, Nationalismus und aggressiver Wohlstandschauvinismus blühen, wird der Raum für internationale Solidarität eng. Ähnlich wie es den sogenannten »neuen sozialen Bewegungen« insgesamt ergangen ist, erscheinen die Reste der internationalen Solidaritätsbewegung heute nicht nur schwach, sondern auch politisch einigermaßen konzeptionslos. Für diese Entwicklung sind gewiß viele politische Fehler in der Vergangenheit verantwortlich zu machen, nicht zuletzt eine sehr unkritische Identifikation mit »nationalen Befreiungsbewegungen« ungeachtet der Tatsache, daß diese – u.a. wenn an die Macht gekommen – den Maßstäben einer emanzipatorischen Politik oft sehr wenig gerecht wurden.

Schwerwiegender ist allerdings, daß sich die Welt seit den siebziger Jahren dramatisch verändert hat. Der politisch regulierte »fordistische« Nachkriegskapitalismus ist der zweiten Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zum Opfer gefallen. Die neoliberale Globalisierungsoffensive, mit der die Krise überwunden werden sollte, hat zu einer tiefgreifenden Reorganisation der imperialistischen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse geführt und für viele Regionen der Welt den Begriff »Entwicklung« endgültig zu einer bloßen Schimäre werden lassen. Und schließlich hat der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht nur die globalen Kräfteverhältnisse umgestülpt, sondern auch die letzten – und wie auch immer verqueren – Hoffnungen auf die Realisierbarkeit eines etatistischen Sozialismus zum Verlöschen gebracht. In mehrfacher Hinsicht hat mit der »Zweiten« auch die »Dritte Welt« zu existieren aufgehört. Was einst als kapitalistische Peripherie bezeichnet wurde, umfaßt heute die vor kurzem noch prosperierenden »Tigerstaaten« wie völlig marginalisierte Elendsregionen und ist ökonomisch, politisch und sozial kaum noch auf einen Nenner zu bringen. Ganz zu schweigen davon, daß die kapitalistische Restrukturierung dazu führt, daß sich »periphere« Zonen inzwischen auch in den Großstädten der entwickelten Metropolen ausbreiten.

I. Konturen der aktuellen »Weltordnung«

Die veränderte »Weltordnung« am Ausgang des 20. Jahrhunderts zu beschreiben, würde hier zu weit führen. Deshalb sollen nur einige wichtige Punkte hervorgehoben werden:

(1) Die kapitalistische Globalisierungsoffensive, deren Kern die internationale Deregulierung der Kapital- und Finanzströme darstellt, hat die wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume der Einzelstaaten stark beschnitten. Mit der Beschränkung einzelstaatlicher Spielräume gehen auch die Möglichkeiten einer staatlich gestützten, eigenständig-»nationalen« Entwicklungsstrategie gegen null. Damit ist »nationalen Befreiungsbewegungen« klassischen Musters weitgehend der Boden entzogen worden.

(2) Die Krise des fordistischen Nachkriegskapitalismus hat zu einem völligen Zusammenbruch der internationalen Regulation des Weltmarkts und der globalen Finanzbeziehungen geführt. Eine politische Steuerung des globalen Akkumulationsprozesses findet nicht einmal mehr ansatzweise statt. Internationale Organisationen wie der IWF oder die Weltbank mausern sich immer unbemäntelter zu ausführenden Agenturen des internationalen Finanzkapitals.

(3) Nach dem Verlust der uneingeschränkten politisch-ökonomischen Vorherrschaft der USA und dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird das imperialistische System heute von der »Triade« USA, EU und Japan beherrscht. Den immer schärfer konkurrierenden Zentren kommt es nicht zuletzt darauf an, regionale Vor- und Hinterhöfe zu kontrollieren, die als Billiglohnreservoir, Absatzmarkt und gegebenenfalls auch Müllkippe zu dienen haben. Das Verhältnis zwischen den Metropolen ist durch eine konflikthafte Kooperation gekennzeichnet, in der sich der fortwährende Wirtschaftskrieg mit der Unterordnung unter die einzig dominierende Militärmacht USA verbindet. Diese treten immer stärker als die gemeinsame »Weltpolizei« der Metropolen auf, die es übernimmt, die zerfallende Peripherie unter Kontrolle zu halten und Konfliktherde gewaltsam ruhig zu stellen. Die militärische Machtbalance des Kalten Krieges, die abhängigen Ländern gewisse politische und wirtschaftliche Bewegungsspielräume gewährleistete, ist verschwunden. Die Vereinten Nationen, unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts in gewisser Hinsicht einst noch eine politische Plattform für die

»Dritte Welt«, werden immer eindeutiger von den Metropolen instrumentalisiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist auch die Notwendigkeit entfallen, aus politischen Legitimationsgründen ökonomisch-soziale Marginalisierungs- und Verarmungsprozesse in der Peripherie abzuschwächen oder durch Hilfsaktionen aufzufangen. Die scheinbar unentrinnbar gewordene kapitalistische Marktwirtschaft bedarf keiner Rechtfertigung mehr.

(4) Als Folge dieser Entwicklungen vergrößern sich die internationalen sozio-ökonomischen Ungleichheiten. Die soziale Spaltung und die politische Desorganisation der Unterdrückten, die immer schon ein wesentliches Moment kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse dargestellt haben, erhalten durch die Globalisierung einen neuen Schub. Die Illusion von der Möglichkeit einer allgemeinen industriellen Entwicklung der Welt nach dem Muster der kapitalistischen Metropolen ist endgültig zerbrochen. »Entwicklungshilfe« ist längst von einer Mischung von »Not«- und »Katastrophenhilfe« sowie sogenannten »humanitären« Militärinterventionen abgelöst worden. Folgerichtig wird verlangt, sie auf bloße Armenfürsorge zu beschränken. Abhängige Staaten streben nicht mehr nach Autonomie, sondern nach einer wenigstens untergeordneten Eingliederung in die herrschenden Triadenblöcke. Dieser verzweifelte Wettlauf um Abhängigkeit untergräbt die materielle Basis für internationale Solidaritäten immer stärker.

(5) Die formelle »Demokratisierung«, die seit den achtziger Jahren in einigen Teilen der Welt stattgefunden hat, muß eher als Instrument dieses Anpassungswettlaufs denn als Ausdruck eines sozialen Emanzipationsprozesses begriffen werden. Sie dient wesentlich als Rahmenbedingung des neoliberalen Politikmanagements sowie als Vehikel kapitalistischer Strukturanpassungsstrategien. Mit substanzieller demokratischer Selbstbestimmung hat sie umso weniger zu tun, je stärker die einzelstaatliche Politik dem Diktat des globalen Akkumulationsprozesses und den Weisungen internationaler Finanzinstitutionen oder multinationaler Banken unterworfen wird. Liberaldemokratische Verhältnisse, soweit sie überhaupt in halbwegs ausgebildeter Form existieren, erweisen sich immer deutlicher als Bemäntelung eines neuartigen politischen Autoritarismus in Form der »lean democracy«. Diese Aushöhlung der liberalen Demokratie im globalisierten Kapitalismus betrifft abhängige Länder noch viel stärker als die Metropolen.

II. Internationale Solidarität zwischen Traditionalismus und kulturellem Relativismus

Festzustellen bleibt also zunächst einmal, daß die herrschenden ökonomischen, politischen und ideologischen Mechanismen eher dazu beitragen, die Voraussetzungen für die Entwicklung internationaler Solidaritäten zu untergraben. Die Fragmentierung der Welt, die sich bis in die nationalen Gesellschaften hineinzieht, die Einschränkung nationalstaatlicher Politikspielräume und das Fehlen alternativer Politik- und Gesellschaftsmodelle machen es immer schwerer, einen gemeinsamen politischen Nenner zwischen den auseinanderdriftenden Teilen der »Weltgesellschaft« zu finden.

Zugleich hat sich das politische Feld dessen, was heute als »links« gilt, erheblich verändert. Bestimmt durch den Niedergang der Protestbewegungen, den Zusammenbruch des »realen« Sozialismus und den allgemein wahrgenommenen Sieg des Kapitalismus hat sich hierzulande eine »Metropolenlinke« herausgebildet, die sich auf das Phantom einer »Zivilisierung des Kapitalismus« einschwört und alle theoretischen Einsichten über die Struktur und Dynamik dieser Gesellschaftsformation längst vergessen hat. Dies ist ein wesentlicher Hintergrund für die aktuelle Konjunktur von »Zivilgesellschafts«-Theorien, deren ideologischer Charakter angesichts der realen Entwicklungen auf der Hand liegt. Das Gerede von einer »Welt-Zivilgesellschaft« wirkt jedenfalls angesichts der ausufernden Kriege und Massaker mehr als zynisch.

Ein Moment dieser ideologischen Tendenz ist ein zunehmender Verzicht auf universalistische Orientierungen und damit verbunden ein problematischer kultureller Relativismus. Einigen Teilen der Welt wird die »kulturell« bedingte Unfähigkeit zu einer selbstständigen gesellschaftlichen Gestaltung und Entwicklung bescheinigt und folglich einer Art imperialistischer Treuhänderschaft das Wort geredet. Nachdem die Illusion einer allgemeinen Entwicklung der Welt nach industriekapitalistischem Muster zerstoßen ist, gibt es daneben eine starke Tendenz, die Unmöglichkeit einer Verbesserung der realen Lebensbedingungen und der Verwirklichung eines wirklichen Fortschritts mit der Entdeckung »kultureller« Unterschiede oder der naiven Propagierung subsistenzwirtschaftlicher Mythen sozusagen ins Positive zu verkehren. Aus der begründeten Kritik eines unreflektierten Fortschrittsbegriffs folgt oft die Romantisierung von Marginalität. Dadurch werden oft

»ethnische« Besonderheiten ungeachtet der realen Interessen der Betroffenen zur neuen und nicht weniger problematischen Projektionsfolie internationalistischer Orientierungen.

Nachdem die Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen traditioneller Art mangels Masse nicht mehr viel hergibt, kommt der politisch-theoretische Traditionalismus in veränderter Gestalt wieder. Dazu gehört die Neuauflage von Verelendungstheorien, die in der weltweiten Zunahme von Armut und Marginalisierung eine Tendenz zu einer allgemeinen »Proletarisierung« am Werke sehen und darin die Grundlage nicht nur für einen Aufschwung, sondern auch für eine weltweite »Vereinheitlichung« antikapitalistischer Kämpfe erblicken.

Im Kern als nicht viel weniger problematisch erweist sich die Losung vom Kampf gegen den »Neoliberalismus«, die die versprengten Reste der Solidaritätsbewegungen als quasi kleinsten gemeinsamen politischen Nenner neuerdings auf ihre Fahnen schreiben. Dieser gilt nun als allgemeiner Feind der Menschheit, und ihm habe der weltumspannende Widerstand zu gelten. Daß das höchst verschwommene Wort »Neoliberalismus« an die Stelle des einstmals ebenfalls recht krude verstandenen Imperialismusbegriffs getreten ist, bleibt nicht ohne Folgen. Dahinter verbirgt sich ein gravierendes kapitalismustheoretisches Defizit, das verschleiert, daß die neoliberale Wende keine Abweichung, sondern viel eher die Rückkehr zur Normalität des kapitalistischen Produktionsverhältnisses ausdrückt. Unausgesprochen zielt der Kampf gegen den Neoliberalismus damit praktisch auf einen besseren, eben humaneren und zivilisierten Kapitalismus. Hier scheinen sich die etablierte Metropolenlinke und die noch vorhandenen Solidaritätsgruppen auf eigentümliche Weise zu begegnen.

Solche Orientierungen sind angesichts fehlender gesellschaftlicher Alternativen vielleicht verständlich. Nur erscheinen sie nicht nur eigentümlich defensiv, sondern auch illusorisch, weil übersehen wird, daß die »Logik« der aktuellen kapitalistischen Restrukturierungsstrategie genau darin besteht, materielle Interessengegensätze gerade unter den Ausgebeuteten und Unterdrückten zu vergrößern und sie damit gegeneinander auszuspielen. Dagegen helfen bloße Appelle und die Konstruktion abstrakter Gemeinsamkeiten wenig.

Was jenseits der großen Strategieentwürfe übrig bleibt, ist die Beschränkung praktischer Arbeit auf humanitäre Hilfs- und Menschenrechtspolitik. Diese ist zweifellos wichtig und müßte intensiviert werden. Beispielsweise wäre weder das Ende des Bürgerkriegs in El Salvador, noch der Zusammenbruch des südafrikanischen Apartheidsregimes ohne die aktive Politik von Solidaritätsgruppen – nicht zuletzt in den USA – denkbar gewesen. Die Verbrechen des türkischen Staates in Kurdistan und die Mittäterschaft westlicher Regierungen wäre ohne die Arbeit internationaler Solidaritätsgruppen und Hilfsorganisationen kaum ins Licht der Öffentlichkeit gekommen. Und daß der zapatistische Aufstand in Mexiko nicht kurzerhand militärisch zusammengeschlagen wurde, ist nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß es gelungen ist, eine wirksame internationale Öffentlichkeit herzustellen. Praktische Solidaritätsarbeit ist also zweifellos notwendiger denn je. An den grundlegenden ökonomisch-sozialen Strukturen vermag sie allerdings kaum etwas zu ändern und muß sich daher diesbezüglich ihre Hilflosigkeit immer wieder neu eingestehen.

III. Widersprüche

Das hier Skizzierte kann leicht als geschlossenes und unveränderbares Horrorszenarium verstanden werden, wenn die Widersprüche verkannt werden, die dem globalisierten Kapitalismus innewohnen. Tatsächlich hat die Globalisierung keine stabile kapitalistische »Weltordnung« geschaffen, sondern sorgt eher für die Permanenz der Krise. Je mehr der kapitalistische Markt sich verselbständigt und der globale Akkumulationsprozeß politische Regulierungen abstreift, desto stärker untergräbt er seine eigenen sozialen und natürlichen Voraussetzungen.

Gesellschaften fallen auseinander, globale Naturkatastrophen und nicht mehr nur latente »Weltbürgerkriege« drohen. Schon deshalb ist es mehr als fraglich, ob die neoliberale Krisenlösungsstrategie auf längere Sicht greift. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die erfolgreiche Stabilisierung des Kapitalprofits seinerseits die natürlichen, sozialen und politischen Grundlagen des Akkumulationsprozesses zerstört.

Auf der anderen Seite bedeutet der Globalisierungsprozeß auch eine Vertiefung der internationalen Kommunikations- und Verkehrsverbindungen

sowie des politisch-kulturellen Austauschs über nationale Grenzen hinweg. Darauf gestützt gibt es eine wachsende Internationalisierung der Politik auch jenseits multinationaler Konzernnetzwerke und Staatsbürokratien. Hier liegt ein realer Kern des Geredes vom »globalen Dorf«.

Nicht nur das Kapital hat sich globalisiert, sondern auch die Menschen sind zusammengerückt wie nie zuvor. Gerade die Aushöhlung der liberaldemokratischen Institutionen auf einzelstaatlicher Ebene hat die Entwicklung selbstorganisierter Bewegungen und Projekte vorangetrieben, die in der Lage sind, staatliche Zwangsverhältnisse und den Rahmen der Nationalstaatenkonkurrenz zu durchbrechen. Bei allen Unvollkommenheiten und Widersprüchlichkeiten bietet das sich ausweitende Feld internationaler »Nichtregierungsorganisationen« (NGOs) eine Grundlage für die Entwicklung autonomer politischer Öffentlichkeiten und unabhängiger Kooperationsbeziehungen jenseits von Unternehmen und Staaten, das allmählich festere institutionelle Formen anzunehmen beginnt. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter dem Begriff NGO höchst Verschiedenes verbirgt, von autonomen Gruppen bis hin zu Quasi-Staatsapparaten. Das heißt, daß dieser Sektor keine »zivilgesellschaftliche« Idylle, sondern selbst ein Feld fortdauernder Auseinandersetzungen und Kämpfe ist und bleibt.

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme hat zwar die internationale Machtbalance und die politisch-sozialen Kräfteverhältnisse entscheidend verschoben, birgt aber auch die Chance, traditionelle ideologische Korsette und dogmatische Orientierungen zu sprengen. Das Feld sowohl für theoretische Diskussionen als auch für politische Orientierungen ist offener geworden. Die Möglichkeit, daß aus den Ruinen gescheiterter Revolutionshoffnungen und falscher politischer Strategien doch noch etwas Neues erwächst, besteht immerhin.

Und schließlich bleibt zu berücksichtigen, daß ungeachtet aller Krisen, Fragmentierungen, Gegensätze und Zersplitterungen die Menschen sich immer noch wehren, nach wie vor Revolten stattfinden und Widerstand geleistet wird – wenn auch in machmal nach traditionellen Mustern wenig verständlichen und bisweilen auch rückwärtsgewandten Formen. Daß der globale Kapitalismus für die meisten Menschen dieser Welt keine Zukunftserheißung, sondern ein globales Katastrophenprogramm darstellt, läßt sich

auch durch postmoderne intellektuelle Diskurse und eine massive Medienpropaganda nicht völlig aus den Köpfen drängen.

IV. Politische Perspektiven

Eine Grundvoraussetzung für die Wiedergewinnung politischer Perspektiven besteht nicht nur darin, einen zureichenden und auf der Höhe der Zeit stehenden Begriff von Kapitalismus und Imperialismus zu erarbeiten, sondern die Fähigkeit zu einer darüberhinausgehenden, radikalen und praktischen Kritik gesellschaftlicher Natur- und Herrschaftsverhältnisse zu entwickeln. Erst dann wird es möglich sein, den Traditionsbestand fehlgeschlagener Konzepte von »Entwicklung«, »Revolution« und »Befreiung« politisch produktiv zu kritisieren. Das Scheitern umfassender Strategien und vorgefertigter Modelle kann auch als Chance verstanden werden. Wenn Befreiung heißt, daß sich Menschen in die Lage versetzen, ihre Lebensweise selbst zu gestalten und ihre Zielvorstellungen eigenständig zu entwerfen, so gilt es, Unterschiede und Differenzen anzuerkennen, ohne damit auf kritische Auseinandersetzung zu verzichten. Die widersprüchliche Vielfalt der Kämpfe, Konflikte und politischen Ansätze kann produktiv sein, wenn sie neuen Erfahrungen Raum gibt und Lernprozesse antreibt. Die Vorstellung, Gesellschaften ließen sich planmäßig und nach einem vorgegebenen Muster umgestalten, hat sich längst als gefährliche Illusion erwiesen.

Es geht deshalb darum, die Entwicklung regionaler und lokaler Ansätze zu gesellschaftlicher Selbstorganisation praktisch zu unterstützen, auch wenn sie sich erst einmal eher bescheiden ausnehmen und für Revolutionsromantik wenig hergeben. Nicht die abstrakte Konstruktion von »Gemeinsamkeiten« und Interessenübereinstimmungen, sondern aus höchst unterschiedlichen Bedingungen erwachsende und notwendig widersprüchliche emanzipatorische Praxisformen, die solidarische und kritische Auseinandersetzung mit ihnen und die damit verbundenen wechselseitigen Lernprozesse sind entscheidend.

Internationale Solidaritätspolitik muß nicht zuletzt die Tatsache berücksichtigen, daß das Zentrum der globalen Macht- und Unterdrückungsverhältnisse mehr denn je in den kapitalistischen Metropolen liegt. Ohne tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen dort ist eine Verbesserung der Zu-

stände in den Hinterhöfen der Welt nicht denkbar. Die Tatsache, daß hierzulande strukturell auf Kosten anderer gelebt wird, darf nicht nur Gegenstand kritischer Feuilletons und Anlaß mitleidiger Hilfe bleiben, sondern muß praktische Konsequenzen haben. Fairer Kaffeehandel oder der Boykott mit Kinderarbeit hergestellter Textilien reichen dazu allerdings nicht aus. Der Imperialismus hat nämlich eine entscheidende Wurzel in der Gesamtheit der alltäglich praktizierten Produktions-, Konsum- und Lebensformen, nicht zuletzt im herrschenden Natur- und Geschlechterverhältnis. Er ist nicht einfach eine von außen kommende Macht, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, in das wir alle eingebunden sind und das von uns allen aufrechterhalten und reproduziert wird, solange die eingeschliffenen Routinen des Lebens und Arbeitens, die herrschenden Wahrnehmungs- und Wertorientierungen nicht durchbrochen werden. Internationale Solidarität bleibt daher hilflos und irreleitend, solange sie nicht Bestandteil einer sozial- und kulturrevolutionären Politik unmittelbar vor Ort, hier und jetzt ist.

Gesellschaftliche Befreiung ist schließlich keine Angelegenheit revolutionärer Generalstäbe oder staatlicher Herrschaftsapparate, sondern muß auf eigenständige Interessenwahrnehmung, praktische Selbstorganisation und die Wiedergewinnung autonomer Öffentlichkeiten jenseits von Herrschaftswissenschaft und Medienmonopolen bauen. Insoweit geht es in der Tat weltweit um die Entwicklung einer »Zivilgesellschaft«, die jedoch erst dann wirklich demokratische Qualität erhält, wenn die bestehenden ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen grundlegend umgewälzt werden. Genau das ist es allerdings, was eine über wohlmeinenden Paternalismus und projektive Fernidentifikationen hinausgehende internationale Solidarität in einer Zeit so schwer macht, in der praktische Ansätze einer alternativen Politik gerade hierzulande weitgehend verschüttet und Vorstellungen von einer wirklich anderen Gesellschaft fast völlig verblaßt sind.

Die entfesselte Dynamik des globalen Akkumulations- und Verwertungsprozesses stempelt die Menschen ungeachtet aller materiellen Unterschiede immer mehr zu Anhängseln einer unkontrollierbaren Maschinerie. »Abhängigkeit« gewinnt damit eine neue und tiefere Dimension. Es ist nicht nur die Erfahrung mit dem gescheiterten Staatssozialismus oder mit der ebenso fehlgeschlagenen Politik vieler Befreiungsbewegungen, sondern auch diese im-

mer deutlicher hervortretende und spezifisch totalitäre Tendenz des Kapitalismus, die die »demokratische Frage« heute zentral werden läßt. Was hat eigentlich eine vom internationalen Agrobusiness ihrer einfachsten Subsistenzmittel beraubte lateinamerikanische Bäuerin mit dem Angestellten eines multinationalen High-Tech-Konzerns gemeinsam, der sich abrackert, um seine Fernreisen, sein Einfamilienhaus, die Großraumlimousine und das Handy bezahlen zu können und gleichzeitig unter der ständigen Drohung von Arbeitsplatzverlust und materieller Unsicherheit im Alter lebt? Möglicherweise vor allem dies: der Fähigkeit zur Gestaltung des eigenen Lebens immer nachhaltiger beraubt zu werden.

Es ist daher kein Zufall, daß als Folge der Globalisierung die Forderungen nach der Verwirklichung realer Demokratie und der Gewährleistung substanzieller Menschenrechte weltweit nachdrücklicher und bestimmender geworden sind. Befreiung aus Abhängigkeit und Unterdrückung kann nicht in staatsbürokratischen Formen geschehen und darf sich nicht auf militärische Auseinandersetzungen reduzieren, sondern bedarf einer direkten und praktischen Mitarbeit aller Beteiligten. Erst dann können Erfahrungen gemacht und vermittelt, Widersprüche erkannt und kritische Auseinandersetzungen produktiv geführt werden. Das heißt: Eine internationale Solidaritätsbewegung muß nicht nur »antiimperialistisch« sein, sondern ist zugleich mehr denn je nur noch als Bewegung für eine radikale Demokratie denkbar. Dies setzt allerdings die Auseinandersetzung mit den entmündigenden Strukturen und Verhältnissen der real existierenden kapitalistisch-liberalen Demokratie ebenso voraus wie die Kritik an der taktischen Verwendung von Menschenrechten im Kontext staatlicher Macht- und Herrschaftsstrategien.

Bedeutsam ist schließlich, daß der Nationalstaat immer stärker zur Schranke demokratischer Verhältnisse wird, weil unter den Bedingungen der Globalisierung inzwischen selbst minimale liberaldemokratische Prinzipien ihre Geltung verlieren und die einzelstaatliche politische Form sich immer nachdrücklicher als Grundlage sozialer Spaltungen und Konkurrenzen im Weltmaßstab erweist. Nicht zuletzt sie ermöglicht es, daß ökonomisch-soziale Ungleichheiten ständig vergrößert und Menschen fortwährend gegeneinander ausgespielt werden. Demokratische Prozesse können heute nur noch auf einer internationale Kooperation beruhen, die nationalstaatliche

Trennungen und Spaltungsprozesse überwindet, was heißt, daß sie grundsätzlich unabhängig von den Staaten und gegen diese entwickelt werden muß. Und auch hier gilt es zu realisieren, daß substantiell demokratische Verhältnisse im Rahmen der herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen nicht wirklich herstellbar sind. Wer von Demokratie redet, sollte auch von der sozialen Revolution im Weltmaßstab nicht schweigen.

Soll internationale Solidarität mehr sein als Sozialarbeitertum, avantgardhafte Kaderpolitik oder Revolutionsromantik, so muß sie also in den Dimensionen einer praktisch gesellschaftsverändernden Politik gedacht werden. Diese zielt auf mehr als ungerechte Eigentumsverhältnisse und soziale Ungleichheiten und muß sich anderer Mittel bedienen als Herrschaft und Staat. Befreiung läßt sich nicht mittels Herrschaft herbeiführen und ein revolutionärer Staat ist ein Widerspruch in sich. Freiheit bedeutet immer Vielgestaltigkeit und Differenz, was auch Auseinandersetzung und Konflikt heißt. Weil ein vorgezeichneter Weg in eine bessere Gesellschaft nicht existiert, muß internationale Solidarität immer auch Auseinandersetzungen über Mittel, Wege und Ziele beinhalten. Die Überwindung der herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen ist nicht nur eine Angelegenheit theoretischer Kritik, sondern wird erst dann möglich, wenn die Menschen ihre wirklichen Interessen und Interessengegensätze, ihre Möglichkeiten und ihre Spontaneität wiederentdecken, sich darüber frei auseinanderzusetzen vermögen und daraus Gemeinsamkeiten entwickeln. Auf diesem Wege könnten sich allmählich wieder konkretere Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft entwickeln. Andernfalls wird die soziale, kulturelle und politische Ödnis des real existierenden Weltkapitalismus alles unter sich begraben. Praktische internationale Solidarität hat nichts mit paternalistischer Hilfe und Fürsorge zu tun, sondern steht – weil Befreiung nur allgemein und umfassend sein kann – im gleichen Interesse aller.

Außerparlamentarische Politik: Ein Auslaufmodell?

Vorbemerkung

1997 hat die sozialistische Zeitung »links«, getragen vom »Sozialistischen Büro«, ihr Erscheinen eingestellt. Damit ist ein Publikationsorgan der »Neuen Linken« von der Bildfläche verschwunden, das die politische Entwicklung der bundesrepublikanischen Linken stark beeinflusst hat. Daß dieser Vorgang auch in der linken Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, deutet auf deren Zustand hin. Der nachfolgende Text wurde für die letzte Nummer der »links« geschrieben. Er wird hier noch einmal abgedruckt, weil die Gründe für das politische Scheitern dieses Blatts sicher über diesen besonderen Fall hinaus von Bedeutung sind.

Daß die »links« nach einem gewiß ehrwürdigen Vierteljahrhundert nun eingestellt wird, hat klare politische Gründe. Sie liegen vor allem darin, daß der Politiktypus, für den sie eingetreten ist, den sie zu begründen und voranzutreiben versucht hat, gegenwärtig kaum noch gesellschaftliche Resonanz findet.

Sozialrevolutionäre Politik ist nach dieser Auffassung von zwei Prinzipien bestimmt: Sie ist *erstens* »außerinstitutionell« in der Weise, daß nicht die bestehende Apparatur des kapitalistischen Staates und die ihn stützenden Institutionen, sondern selbstorganisierte Praxisformen, Kooperationszusammenhänge und Öffentlichkeiten Grundlage und Ausgangspunkt gesellschaftsverändernden Handelns bilden. Wenn die praktische Umgestaltung von sozialen Beziehungen und Lebensverhältnissen das Ziel ist, muß dies in autonomen, gegen die herrschenden Vergesellschaftungsstrukturen und ihre Zwangsmechanismen gerichteten Formen geschehen. Sozialrevolutionäre Politik zielt *zweitens* notwendig auf eine tiefgreifende Umwälzung der gesell-

schaftlichen Strukturen insgesamt, kann sich also nicht mit partiellen Veränderungen abfinden.

Hintergrund dafür sind einigermaßen alte, wenn auch immer wieder vergessene und verdrängte Einsichten. Nämlich die, daß mittels des kapitalistischen Staates die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Teil er ist, nicht grundsätzlich verändert werden können und daß revolutionäre Prozesse sich nicht in Strategien der Machteroberung erschöpfen, sondern zuallererst auf die Umwälzung der herrschenden Arbeits- und Arbeitsteilungsformen, der Wertvorstellungen, der sozialen Beziehungen und Lebensverhältnisse bis hinein in die privatesten Bereiche zielen müssen. Dies deshalb, weil »Kapital«, »Staat« und »Macht« nicht etwas den Menschen Äußerliches sind, sondern ihre Verankerung in ihnen selbst haben und von ihnen allen fortwährend mit-gemacht und reproduziert werden. André Breton hat dies einmal so ausgedrückt: »Die Welt verändern« hat Marx gesagt; »das Leben ändern«, hat Rimbaud gesagt: Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige«. So begriffen, ist Politik, die auf reale Befreiung zielt, im Kern *kulturrevolutionär*.

Herbert Marcuse hat dies wohl am deutlichsten und nachhaltigsten zum Ausdruck gebracht. Dabei handelt es sich gewiß um einen schwierigen, oft schmerzhaften, jedenfalls dornenreichen und langwierigen Weg, der keine festgefügtten Gewißheiten kennt und anspruchsvolle Lern- und Selbstveränderungsprozesse voraussetzt. Er verlangt nicht zuletzt sehr viel soziale Phantasie, die gemeinhin weder in Bürokratien und Zentralkomitees, noch in den Köpfen von Berufspolitikern und Funktionären zuhause ist. Gleichzeitig kann sich selbstbefreiendes Handeln auch nicht darin erschöpfen, »autonome« Inseln und »befreite Zonen« zu schaffen, weil wirkliche Befreiung in einem umfassenden gesellschaftlichen und Zwangszusammenhang nicht möglich ist. Gelegentlich haben wir dieses Konzept als »radikalen Reformismus« bezeichnet.

Schon hier kann man gegen die publizistische Praxis der »links« einwenden, daß diese Prinzipien zwar immer thematisiert wurden, dies aber, gerade was »kulturrevolutionäre« Prozesse angeht, meist höchst abstrakt geblieben ist. Die kritische Beschäftigung mit praktischen Ansätzen zur Revolutionierung des Alltags, die konkrete Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen

Wertorientierungen und gegenkulturellen Strömungen, mit den Formen des Alltagsverstands, mit Literatur und Kunst – also den Sphären, in denen solche Prozesse vor allem in Gang gesetzt und vorangetrieben werden, blieb redaktionell ein weitgehend blinder Fleck. Insofern war das immer wieder bemängelte Fehlen von »Kultur« nicht die Frage einer vernachlässigten Zeitungsrubrik, sondern reflektierte selbst noch einmal einen politischen Traditionalismus, vom dem sich die Redaktion nicht befreien konnte und mit dem sie sich theoretisch-politisch sozusagen selbst in den Rücken gefallen ist. Dies zu vermeiden, fiel allerdings umso schwerer, je stärker nach dem Aufbruch der sechziger Jahre die Normalisierung der gesellschaftlichen und politischen Denkmuster voranschritt, entsprechende Diskussionen versiegten und Experimente aufgegeben wurden.

Abgesehen davon verbindet sich mit dieser politischen Orientierung eine Reihe von grundsätzlichen Schwierigkeiten und Widersprüchen. Dazu zählt das Dilemma, einen sich tendenziell totalisierenden Vergesellschaftungszusammenhang quasi von innen heraus, ohne sicheren Hebel und ohne vorbestimmte Akteure aufbrechen zu wollen. Dazu gehört auch, auf die routinisierten Sicherheiten der etablierten politischen Apparatur verzichten zu müssen und gleichwohl den Anspruch nicht aufzugeben, auf diese einwirken und sie verändern zu wollen: »Politik im und gegen den Staat« zumaachen, wie John Holloway dies einmal genannt hat.

Dafür bedarf es vor allem eines langen Atems, der Fähigkeit Widersprüche auszuhalten, im praktischen Handgemenge die Orientierung nicht zu verlieren, mit anderen Worten: Man braucht Ausdauer und ein gerütteltes Maß an theoretischer Reflexivität. Politische Prinzipien dieser Art lassen sich im übrigen leicht theoretisch formulieren, praktisch entwickelt und konkretisiert werden können sie nur im Zusammenhang realer sozialer Bewegungen.

Deren Konjunkturen haben dementsprechend die Entwicklung – und das Ende – der »links« entscheidend mitbestimmt. Aus dem ursprünglich eher noch traditionalistischen Kontext des »Sozialistischen Büros« stammend, wurden die Erfahrungen und Einsichten der 68er-Protestbewegung und der darin sich formierenden »Neuen Linken« für das politische Konzept der Redaktion mehr und mehr bestimmend. Theoretisch maßgebend waren

deren Staats- und Parlamentarismuskritik ebenso wie ihr »kulturrevolutionärer« Impetus, die Einsicht in die Notwendigkeit des alltagspraktischen Bruchs mit den herrschenden Lebens-, Vergesellschaftungs- und Politikformen. Damit konnte sie eine substantielle linke Kritik sowohl an der Revolutionsmetaphysik und am politischen Autoritarismus der K-Gruppen als auch an der sich verselbständigenden Militanz der RAF formulieren. Die »links« stand insoweit für eine wichtige und politisch einflußreiche Strömung innerhalb der westdeutschen Linken.

Ihre weitere Entwicklung war eng verbunden mit dem Aufstieg und Fall der sogenannten »neuen sozialen Bewegungen«, der schließlich in die 1989 perfekt gemachte politische Wende einmündete. Die Bewegungen der siebziger Jahre standen zwar in enger Beziehung zur Protestpolitik der sechziger, waren aber in wesentlichen Teilen pragmatischer, realpolitischer und im traditionellen Sinne »reformistischer«. »Systemfeindlich« wurden sie zwar gelegentlich, aber meist eher gezwungenermaßen. Der gesellschaftskritische Horizont vereinfachte und verengte sich – auf Patriarchat, Umweltzerstörung, Krieg. Die kritische Theorie der Gesellschaft als komplexem Herrschafts- und Ausbeutungs- und Entfremdungszusammenhang trat in den Hintergrund. Das Verhältnis zwischen der »Neuen Linken« und den sozialen Bewegungen blieb vielfach von einer Mischung aus wechselseitigem Unverständnis und eher pragmatischen bis taktischen Annäherungsversuchen geprägt – ein Umstand, der zum Niedergang beider viel beigetragen hat.

Das hat sich auch auf den Seiten der »links« niedergeschlagen. Das Verhältnis zur Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung war insgesamt eher vom Bemühen geprägt, deren für irgendwie wichtig gehaltenen Themen recht und schlecht mit zu beackern, statt sich ebenso hart wie konsequent politisch und theoretisch mit ihnen *auseinanderzusetzen*. Für das redaktionelle Dauerloch »Frauenbewegung« gilt dies in besonderer Weise, wäre doch eine genaue Kritik ihrer oft verkürzten Gesellschaftskritik und ihrem immer weniger heimlichen Konservatismus ebenso wichtig wie fruchtbar gewesen. Die auch von der »links« praktizierte Fehleinschätzung des politischen Charakters der Bewegungen wäre zweifellos immer noch einer nachträglichen Aufarbeitung wert. Jedenfalls blieb die durchaus vorhandene Kritik an der allmählichen Re-Parlamentarisierung und an den konservativen Elementen

der Bewegungen – institutionell symbolisiert durch die Erfolge der GRÜNEN –, weitgehend folgenlos. Es ist kein Zufall, daß das Erscheinen der TAZ, dieses sozusagen organischen Blatts der grün-alternativen Szene, der »links« eine glatte Halbierung ihrer Auflage bescherte.

Es spricht einiges dafür, daß wichtige Gründe für den Niedergang der »Neuen Linken« in ihrem theoretischen und praktisch unentschiedenen und des öfteren auch opportunistischen Verhältnis zu den »neuen sozialen Bewegungen« zu suchen sind. Endgültig besiegelt wurde er mit der Wende von 1989, der deutschen »Vereinigung« und dem Zusammenbruch des »realen« Sozialismus. Es gelang nicht mehr, diese so gar nicht ins linke Weltbild passenden Ereignisse in einem übergreifenden und selbstkritischen Diskussionsprozeß zu verarbeiten. Statt dessen kam die Zeit der angestregten Anpassungsleistungen und Verabschiedungen, nachdrücklich manifest geworden im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg – ein Ereignis, das auch die Redaktion spaltete.

Jetzt zeigte sich, in welcher dramatischer Weise Internationalismus, die Kritik an Kapitalismus, Imperialismus, Staat und liberaler Demokratie für viele längst zu abgestaubten Ladenhütern geworden waren. Was hierzulande als »links« zu verstehen ist, verfiel sozusagen einer neuen Unübersichtlichkeit. Zwischen einer Metropolenlinken, die daran ging, die Freundlichkeiten der herrschenden »Zivilgesellschaft« zu entdecken und sich in der Verteidigung der »Bürgergesellschaft« schließlich zum ideologischen Staatsschutz mauserte, vereinzelt Bewegungen, diversen alternativen Subkulturen, intellektuellen Theoriezirkeln, die die Welt durch Interpretieren verändern zu können glauben und einigen versprengten autonomen Grüppchen gibt es praktisch keine Verbindung mehr.

Dazu kam, daß sich im Zuge des Zusammenbruchs des »fordistischen« Nachkriegskapitalismus, der für ihn charakteristischen sozialdemokratischen Reformpolitik und der diesen Prozeß begleitenden neoliberalen Wende das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein dramatisch veränderte. Das nun eilig verkündete »Ende der Geschichte«, d.h. die Behauptung, zum herrschenden Gesellschafts- und Politikmodell gäbe es keine Alternative, begann immer deutlicher die Köpfe zu beherrschen. Von Revolution zu reden, gilt heute bestenfalls als altmodisch. Linke Politik reduzierte sich immer

mehr auf die Verteidigung der sozialpolitischen und liberaldemokratischen Errungenschaften der Nachkriegszeit. An die Stelle des Kampfs um neue Arbeits- und Lebensformen, gegen gesellschaftliche Eindimensionalität und »Konsumterror« rückten die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Verteidigung des Sozialstaats und einmal erreichter Konsumstandards in den Vordergrund. Die Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen verdünnte sich zum Antirassismus und Antifaschismus.

Natürlich wäre es falsch, darin nichts anderes als eine durchgängige Verfallsentwicklung zu sehen. Politisch-theoretische Auseinandersetzungen führen notwendig zu Spaltungen und Ausdifferenzierungen, neue historische Erfahrungen zu Umorientierungen, und keine Bewegung entwickelt sich linear weiter. Auch die Staats-, Parlamentarismus- und Demokratiekritik kann natürlich nicht auf dem Stand der sechziger und siebziger Jahre stehen bleiben, und das Konzept des »radikalen Reformismus« bedürfte gerade angesichts des Scheiterns der »neuen sozialen Bewegungen« einer Überprüfung. Nicht zuletzt wird die Frage immer drängender, ob und auf welche Weise eine auf die Veränderung gesamtgesellschaftlicher Strukturen gerichtete Politik im Zeitalter der Globalisierung, der Aushöhlung liberaldemokratischer Strukturen und massiver gesellschaftlicher Fragmentierungs- und Auflösungstendenzen überhaupt noch möglich ist. Angesichts dieser Entwicklung wären Konzepte für eine neue internationalistische Politik gefragt, die auch im Umfeld der »links« bestenfalls punktuell und ansatzweise bearbeitet werden könnten.

Die Welt und damit auch die Bedingungen für eine emanzipative Politik haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Gravierend ist, daß es unmöglich war, diesen Prozeß selbst noch einmal zu reflektieren und produktiv zu verarbeiten. Einen fehlenden kontinuierlichen und praktischen Diskussionszusammenhang, verbunden mit massiven theoretischen Verzichtleistungen, kann eine einzelne Zeitung freilich nicht ersetzen. Deshalb bewegte sich die »links« mehr und mehr in einem politisch luftleeren Raum. Ihre Funktion als Generalanzeiger für eine wichtige linke Strömung hatte sie längst verloren, und zum Kristallisationspunkt eines neuen linken Projekts zu werden, hat sie nicht geschafft und konnte es angesichts der herrschenden Bedingungen wohl auch nicht.

Daraus zieht die Redaktion jetzt die – wie ich meine richtige – Konsequenz und stellt das Blatt ein. Höchstwahrscheinlich wird sich aus der zersplitterten politischen Gemengelage irgendwann einmal wieder Neues, Zukunftsweisenderes entwickeln, wird es gelingen, wieder theoretische und praktische Perspektiven zur Überwindung des herrschenden gesellschaftlichen Katastrophenzustands zu entwickeln. Dafür spricht zumindest der immer unabweisbarer werdende Zwang der realen Verhältnisse. Gerade der weltweite Durchmarsch des Kapitalismus macht immer nachdrücklicher deutlich, daß dieses Gesellschaftsmodell keine Zukunft hat. Zu Ende ist die Geschichte, auch die der revolutionären Bewegungen, sicher nicht. Und es gibt immer noch viele, die nicht aufhören können und wollen, die Welt *und* das Leben zu verändern. Neue Zeiten, neue Zeitungen – vielleicht.

Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. 1966: Gesellschaft, in: Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart, Sp. 636 ff.
- Balibar, Etienne 1993: Die Grenzen der Demokratie, Hamburg
- Balibar, Etienne und Wallerstein, Immanuel 1992: Rasse-Klasse-Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin, 2. Aufl.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 1993: Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M.
- Brumlik, Micha 1991: Was heißt »zivile Gesellschaft«?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, S. 987 ff.
- Castells, Manuel 1994: European Cities, the Informational Society, and the Global Economy, in: New Left Review Nr. 204, S. 18 ff.
- Elam, Mark 1994: Puzzling out the Post-Fordist Debate, in: Ash Amin (Hg.), Post-Fordism, Oxford – Cambridge/Mass., S. 43 ff.
- Fach, Wolfgang und Ringwald, Anette 1993: Postmoderne Stammesfehden, in: links, Jg. 25, Nr. 273
- Friedeburg, Ludwig v. und Dubiel, Helmut 1995: Gemeinsam tun, was alle echten Forscher immer getan haben, in: Frankfurter Rundschau v. 19.12.1995
- Gramsci, Antonio 1986: Selections from Prison Notebooks, hg. v. Q. Hoare u. G.N. Smith, London
- Held, David 1991: Democracy, the Nation State and the Global System, in: Ders. (Hg.), Political Theory Today, Cambridge, S. 197 ff.
- Hirsch, Joachim 1986: Der Sicherheitsstaat, Frankfurt/M., 2. Aufl.
- Hirsch, Joachim 1993: Internationale Regulation, in: Das Argument, Jg. 35, Nr. 198, S. 195 ff.
- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat, Amsterdam/Berlin
- Holloway, John 1991: The State in Everyday Struggle, in: S. Clarke (Hg.), The State Debate, Houndmills – London 1991
- Knieper, Rolf 1993: Staat und Nationalstaat – Thesen gegen eine fragwürdige Identität, in: PROKLA Nr. 90
- Lutz, Burkhardt 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/M. – New York
- Marcuse, Herbert 1984: Versuch über die Befreiung, in: Ders., Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M.
- Marx, Karl 1969: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin, S. 111 ff.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich 1969, Die Deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, Berlin, S. 8 ff.
- Narr, Wolf-Dieter 1991: Vom Liberalismus der Erschöpften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2, S. 216 ff.
- Narr, Wolf-Dieter und Schubert, Alexander 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M.
- Oertzen, Peter v. 1994: Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, in: M. Th. Greven u.a. (Hg.), Politikwissenschaft als kritische Theorie. Festschrift für Kurt Lenk, Baden-Baden, S. 387 ff.
- Ohmae, Kenichi 1992: Die neue Logik der Weltwirtschaft, Hamburg
- Polanyi, Karl 1990: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M., 2. Aufl.
- Porter, Michael E. 1990: The Competitive Advantage of Nations, London – Basingstoke
- Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie, Hamburg
- Reich, Robert B. 1991: The Work of Nations, New York
- Ritsert, Jürgen 1988a: Über die Aeronautik von Heißluftballons. Sozialwissenschaftliche Studententexte, Sonderband 2, Frankfurt/M.
- Ritsert, Jürgen 1988b: Der Kampf um das Surplusprodukt, Frankfurt/M. – New York
- Rödel, Ulrich u.a. 1989: Die demokratische Frage, Frankfurt/M.
- Roth, Karl-Heinz 1994: Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken, in: Ders. (Hg.), Die Wiederkehr der Proletarität, Köln, S. 11 ff.
- Schulze, Gerhard 1992: Die Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/M. – New York

- Tomaney, John 1994: A New Paradigm of Work Organization and Technology?, in: Ash Amin (Hg.), Post-Fordism, Oxford – Cambridge/Mass., S. 157 ff.
- Vester, Michael u.a. 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln
- Willke, Helmut 1994: Staat und Gesellschaft, in: K. Dammann u.a. (Hg.), Die Verwaltung des politischen Systems. Festschrift für Niklas Luhmann, Opladen, S. 43 ff.
- Wingert, Lutz 1996: Unpathetisches Ideal. Mittelmaß statt Wahn: Über den Begriff des bürgerschaftlichen Wir, in: Frankfurter Rundschau v. 23.1.1996
- Ziebura, Gilbert 1993: Einwanderungsgesellschaft versus Wohlstandschauvinismus?, in: links, Jg. 25, Nr. 276

Publikationsnachweise:

- I.1–4 in: Joachim Hirsch, Globalizacion, Capital y Estado, Mexico D.F. 1996
- II.1 in: Widersprüche, Jg. 14, H. 55, 1995
- III.1 in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung, Jg. 41, H. 4, 1992
- III.4 in: G. Fuchs u.a. (Hg.), Frankfurter Aufklärung. Politische Kulturen einer Stadt, Frankfurt – New York 1997
- IV.1 in: REDaktion (Hg.), Chiapas und die Internationale der Hoffnung, Köln 1997
- IV.2 in: A. Foitzik/A. Marvakis (Hg.), Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Hamburg 1997
- IV.3 in: links. Sozialistische Zeitung, H. 320/321, 1997